

Governance, Demokratie, Zukunftsfragen –

Zur Rolle der Millenniumsentwicklungsziele und eines Global Marshall Plan im Kontext der Globalisierung¹

E. L. A. Herlyn²

F. J. Radermacher³

¹ Überarbeitung und Erweiterung eines Vortrags des 2. Autors anlässlich einer Veranstaltung der Initiative für Nachhaltigkeit der Universität Duisburg-Essen am 22. Januar 2007 im Glaspavillon, Campus Essen.

² Estelle L. A. Herlyn, Global Marshall Plan Initiative Nordrhein-Westfalen, E-Mail: estelle@herlyn.com

³ Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm, Präsident des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), Berlin, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome

Korrespondenzadresse: FAW/n, Lise-Meitner-Str. 9, D-89081 Ulm, Tel. 0731-50 39 100, Fax 0731-50 39 111, E-Mail: radermacher@faw-neu-ulm.de, <http://www.faw-neu-ulm.de>

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	4
I. Globale Herausforderungen	5
I.1 Zur Bedeutung des Ökonomischen und des Weltfinanzsystems	5
I.2 Die Rolle der Rahmenbedingungen.....	7
I.3 Die Klimaproblematik	9
I.4. Die Armutsfrage	12
I.5 „Spielen“ mit dem Armutsbegriff.....	15
I.6. Der „Charme“ einer hohen sozialen Ungleichheit.....	21
I.7. Besteuerung – ein leidiges Thema.....	23
I.8. Warum ändert die Globalisierung dramatisch die Verhältnisse bzgl. sozialem Ausgleich und sozialer Demokratie?	25
I.9. Was wird die Zukunft bringen - was sind die wesentlichen Alternativen?.....	27
I.10. USA – das Dilemma der Supermacht.....	29
II. Governance und Demokratie.....	34
II.1 Governance und Demokratie – worum geht es?.....	34
II.2 Die US-Demokratie – quo vadis?	39
II.3 Sozialer Ausgleich und soziale Demokratie – wie sind die Zusammenhänge?	47
II.4 Demokratie, sozialer Ausgleich, soziale Demokratie – weitere-Zusammenhänge.....	49
II.5 Demokratie und Frieden – wie hängen beide Begriffe zusammen?.....	54
II.6 Die soziale Demokratie unter dem Druck der Globalisierung	55
II.7 Die Demokratie in einer weltweiten Perspektive – wo liegt das eigentliche Problem?	56
II.8 Klimaproblematik und Weltdemokratie	59
II.9 Armutsfragen und Weltdemokratie.....	62
II.10 Governancefragen und spieltheoretische Konstellationen – was tun?	66
III. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen.....	67
III.1 Einordnung der Thematik.....	67
III.2 Millenniumsziel 1 – Halbierung der Armut	69
III.3 Millenniumsziel 4 – Reduzierung der Kindersterblichkeit	70
III.4 Millenniumsziel 8 – ein Einfallstor für vieles.....	72
IV. Die Global Marshall Plan Initiative	74
IV.1 Zur Logik des Herangehens.....	74
IV.2 Die Global Marshall Plan Initiative – Herkunft, Programm, Zielvorstellungen.....	75
IV.3 Der Global Marshall Plan – ein kompakter Überblick	77
IV.4 Warum unterstützt die Global Marshall Plan Initiative die Millenniumsentwicklungsziele?.....	78
IV.5 Warum setzt sich die Global Marshall Plan Initiative für die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ein?	80
IV.6 Woher soll aus Sicht der Global Marshall Plan Initiative neues Geld für Entwicklung kommen?	81

IV.7	Wie sieht die Global Marshall Plan Initiative Fragen des welt-institutionellen Designs?.....	83
IV.8	Wie soll „neues“ Geld für Entwicklung eingesetzt werden?	84
IV.9	Global Marshall Plan - Zusammenfassung und Ausblick.....	84
V.	Macht der Versuch zu helfen überhaupt Sinn?	86
V.1	Einstieg in die Debatte	86
V.2	Ohne Geldeinsatz keine Lösung der weltweiten Entwicklungsprobleme	87
V.3	Korruption anderswo und bei uns.....	88
V.4	Wie „Failing States“ und „böse Potentaten“ erzeugt werden	93
V.5	Hilfe, die ankommt	96
	Danksagung	99
	Literaturverzeichnis	100

Vorbemerkungen

Der vorliegende Text ist aus der Überarbeitung eines Vortrags anlässlich einer Veranstaltung der Initiative für Nachhaltigkeit der Universität Duisburg-Essen am 22. Januar 2007 zum Thema „Millenniumsziele und Global Marshall Plan Initiative - Welche Zukunft liegt vor uns?“ entstanden. Er beleuchtet aktuelle weltweite Herausforderungen und stellt spezifische Überlegungen heraus, die teilweise auf der aktuellen Publikation [65] des zweiten Autors aufbauen und teilweise in laufenden Untersuchungen des ersten Autors vertieft werden. Mit der **Initiative für Nachhaltigkeit** in Essen gibt es dabei vielfältige thematische Berührungspunkte, vor allem auch in Richtung auf einen **Global Marshall Plan**.

Der Text ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird in **Teil I** eine Deutung der heutigen globalen Zusammenhänge versucht. Wie sehen die globalen Herausforderungen aus? Warum läuft so viel in die falsche Richtung? Wer kontrolliert die Stellschrauben, wo könnte man ansetzen? In **Teil II** wird die zentrale Rolle der Global Governance und der Bezug zur Demokratie als Organisationsform von modernen Gesellschaften analysiert. In der Demokratiefrage liegt ein wichtiger Ansatzpunkt für ein besseres Verständnis der heutigen weltweiten Probleme, aber in anderer Weise, als diese Frage üblicherweise thematisiert wird. Auf der Basis der Überlegungen in den Teilen I und II wird in den Teilen III und IV auf Lösungsvorschläge für eine „bessere Welt“ eingegangen, einerseits in **Teil III** auf die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen und andererseits in **Teil IV** auf die Global Marshall Plan Initiative. Die beiden ersten Teile sind dabei zentral für das Verstehen. Hier wird klar, welche Herausforderungen im Kontext der Millenniumsentwicklungsziele bestehen und warum der Global Marshall Plan die Struktur hat, die er hat. In **Teil V** wird schließlich zusammenfassend auf Fundamentalkritiken reagiert, die Hilfe für Entwicklung weitgehend ganz ablehnen. Besorgnisse, Missverständnisse und Interessen hinter derartigen Argumentationsstrategien werden dargestellt.

I. Globale Herausforderungen

I.1 Zur Bedeutung des Ökonomischen und des Weltfinanzsystems

Die Welt befindet sich zu Beginn des neuen Jahrhunderts in einer extrem schwierigen Situation. Als Folge der ökonomischen Globalisierung befindet sich das weltökonomische System in einem Prozess **zunehmender Entfesselung und Entgrenzung** unter teilweise inadäquaten weltweiten Rahmenbedingungen [2, 3, 5, 9, 15, 44, 56, 66, 84, 94, 103]. Das korrespondiert zu dem eingetretenen **teilweisen Verlust des Primats der Politik**, weil die politischen Kernstrukturen nach wie vor national bzw., wie z.B. im Falle der EU in einem gewissen Umfang kontinental, jedoch nicht global sind. In diesem Globalisierungsprozess gehen die Entfaltung der neuen technischen Möglichkeiten zur Substitution menschlicher Arbeitskraft wie auch die zunehmende Integration von Teilen des Arbeitskräftepotentials der ärmeren Länder in den Weltmarkt teilweise zu Lasten der Arbeitsplatzchancen der weniger qualifizierten Arbeitnehmer in den reichen Ländern, die sich deshalb zu Recht aus nachvollziehbaren Gründen als **Verlierer der Globalisierung** wahrnehmen [15, 33, 38, 44, 52, 58, 60, 62, 63]. Die beschriebenen Prozesse beinhalten zwar gewisse Chancen für Entwicklung, laufen aber gleichzeitig wegen fehlender internationaler Standards und Regulierungsmöglichkeiten und der daraus resultierenden Fehlorientierung des Weltmarktes dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. Die Entwicklungen erfolgen zu Lasten des sozialen Ausgleichs, der Balance zwischen den Kulturen und der **globalen ökologischen Stabilität** [11, 16, 17, 18, 56, 65, 68, 70, 92, 100, 101].

Das rasche Wachsen der Weltbevölkerung in Richtung auf **10 Milliarden Menschen** [30] und das Hineinwachsen von Hunderten Millionen weiterer Menschen in ressourcenintensive Lebensstile verschärfen die Situation [40, 56, 65, 100].

Die Frage der **Limitation des Verbrauchs** nicht erneuerbarer Ressourcen und der Begrenzung der Umweltbelastungen in einer globalen Perspektive tritt vor dem beschriebe-

nen Hintergrund in das Zentrum aller Versuche zur Erreichung zukunftsfähiger Lösungen, denn der technische Fortschritt alleine, so sehr er die Umweltbelastungen pro produzierter Einheit zu senken vermag (Dematerialisierung, Erhöhung der Ökoeffizienz, Faktor 4/Faktor 10-Konzepte [76, 93]), führt aufgrund des sogenannten **Bumerangeffekts** [48, 56, 65] in der Summe zu eher mehr als weniger Verbrauch kritischer Ressourcen und zu eher höheren als geringeren Gesamtbelastungen der ökologischen Systeme. Mit jeder Frage nach Begrenzung, etwa der CO₂-Emissionen, stellt sich aber unmittelbar die weltweite und bis heute unbeantwortete **Verteilungsproblematik** in voller Schärfe [46, 56, 59, 65, 99, 100, 101].

Dabei ist zwischen »**großvaterartigen**« Aufteilungsansätzen, bei denen man sich im wesentlichen am Status quo (oder alternativ und für die zurückliegenden Staaten noch weniger akzeptabel am BIP) orientiert (und dadurch der armen Welt ein »Aufschließen« an das Niveau der Erzeugung von Umweltbelastungen der reichen Welt massiv erschwert bzw. ganz vorenthält) oder »**pro Kopf gleichen Zuordnungen**« von Verschmutzungsrechten zu unterscheiden. Verschmutzungsrechte würden dann an einer geeignet organisierten zwischenstaatlichen Börse zwischen den Staaten gehandelt.

Deutlich ist, dass Fragen der Ökonomie, der Regulierung der Ökonomie und der **Organisation des Geldsystems** [65, 70, 79, 80, 81] von zentraler Bedeutung für das Geschehen in (weltweiten) Märkten sind. Will man verstehen, warum die Dinge auf der Welt so geschehen, wie sie derzeit geschehen, dann geht es im Kern immer wieder um die **Natur des Ökonomischen** und - verbunden mit der Ökonomie - um die **Finanzseite**, also um Geld und Macht, auch bezüglich des **Zugriffs auf Ressourcen**.

Hier gibt es eine Historie der brutalen Aneignung der „Schätze“ schwächerer Länder, z. B. als Teil von und in der Folge des **Kolonialismus**, ferner in jüngerer Zeit der **Ausplünder-**

rung staatlicher Strukturen durch Eliten, teils in **Korporatismus**, in jüngerer Historie massiv unter dem Banner?? des Marktliberalismus alla Milton Friedman. Die entsprechenden Aneignungsprozesse sind immer mit **brutaler Gewaltanwendung** verbunden, wie dies Naomi Klein sehr pointiert in ihrem neusten Buch „Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“ beschreibt.

Mittlerweile hat die Finanzseite eine unglaubliche Bedeutung gewonnen. In der Marktka-pitalisierung der weltweit agierenden Unternehmen deckt dieser Sektor bereits ein Drittel des gesamten Aktienvolumens ab. Sehr viel des immer wieder hoch gelobten US-Wachstums ist Wachstum im Finanzsektor (dies drückt sich als Wachstum bei Dienstleis-tungen aus). Mit der aktuellen **Subprime-Krise** und der deutliche werdenden Dollar-schwäche relativieren sich einige dieser Entwicklungen, wie zuvor auch in der damaligen **New Economy** [55]. In jedem Fall muss man sich deshalb sowohl mit der physischen Ökonomie beschäftigen, aber genauso auch mit dem Finanzsektor. Letzterer dominiert heute die Verhältnisse als **Zentrum weltweiter Macht**. Dies bedeutet, dass das **Welt-finanzsystem heute eine wesentliche Rolle in den bestehenden Global Govern-ance Strukturen** einnimmt [79]. Die auftretenden Verluste tragen aber regelmäßig die großen Mehrheiten der durchschnittlichen Akteure, nicht die Macher hinter den Kulissen.

I.2 Die Rolle der Rahmenbedingungen

Will man die Ökonomie verstehen, muss man zwei Dinge unterscheiden: Den **Wettbe-werb** einerseits und die **Rahmenbedingungen**, unter denen der Wettbewerb stattfindet, andererseits. Diejenigen, die die Welt so wollen, wie sie ist, thematisieren immer nur **Effizienz und Wettbewerb**. Viel wichtiger für den Zustand der Welt sind aber die Rah-menbedingungen, unter denen der Wettbewerb stattfindet [56, 60, 68, 70]. Wettbewerb als Konzept ist vergleichsweise trivial, die Rahmenbedingungen hingegen sind kompliziert.

Beschäftigt man sich beispielsweise mit dem Klimasystem, so bemerkt man, dass dieses kompliziert ist und **nah-chaotische** Elemente umfasst. Betrachtet man die Ökonomie - vor allem die Finanzmärkte - dann findet man Ähnliches gerade auch in den globalen Finanzmärkten. Chaotische und nah-chaotische Systeme haben häufig trotzdem eine Logik. Oft gibt es so genannte **Attraktoren**. Systeme bewegen sich in Richtung auf diese Attraktoren, die ihrerseits „getriggert“ werden über die Randbedingungen. Variiert man die Randbedingungen - sofern man dazu über Stellschrauben verfügt - variieren dazu korrespondierend die Attraktoren, auf die sich das System zu bewegt. Wenn man also erreichen möchte, dass sich das System in die eine oder andere Richtung bewegt, dann muss man an den Randbedingungen „drehen“. **Die Stellschrauben des Ökonomischen sind die Randbedingungen**, unter denen das ökonomische System abläuft, viel mehr als der Wettbewerb - eine klassische **ordoliberal** Position. Hier geht es um Umweltschutz, Sicherheitsvorschriften, Haftungsfragen, Ausschluss von Zusammenballungen ökonomischer Macht, Steuerpolitik etc. Der Wettbewerb ist demgegenüber „nur“ ein Suchmechanismus für gute Lösungen unter gegebenen Randbedingungen. Die Frage ist dabei immer, wodurch gute Lösungen definiert werden. Bezugsgröße sind hierbei immer die Randbedingungen.

Ein kleines Beispiel aus dem alltäglichen Leben soll das beleuchten: Es geht um ein Experiment, das ein Wirtschaftsprofessor jedes Jahr mit seinen jeweils neuen Seminarteilnehmern durchführt. Mit diesen Teilnehmern geht er während des Semesters zwei Mal in ein Restaurant zum Abendessen. Einmal - das kann beim ersten oder beim zweiten Mal sein - sagt er "Jeder zahlt selber.", beim anderen Mal "Wir legen um." Interessant ist das Jahr für Jahr gleiche Ergebnis: Bei der Variante, bei der umgelegt wird, ist der mittlere Verzehr immer mindestens doppelt so hoch wie bei der Variante, bei der jeder selber zahlt. Es ist interessant zu sehen, wie in einer Welt sich frei fühlender Individuen, die in freien Märkten operieren und ganz persönliche Entscheidungen treffen, einerseits bereits

vergleichsweise kleine Geldbeträge sich immer wieder **als enorm verhaltenswirksam** erweisen, andererseits die Änderung eines auf den ersten Blick eher nachrangigen Parameters in Bezug auf die Rahmenbedingungen des eigenen Tuns starke Effekte zeigt, bis hin zu der Frage, was man isst, mit entsprechenden Einflüssen bzgl. der Größenordnung der eigenen Ausgaben.

Es macht also einen wesentlichen Unterschied aus, *wie* die Dinge geregelt sind. Das merkt man auch an jedem Flughafen, wenn man einen Wagen braucht, um das Gepäck bequem zu transportieren. Ob man einen Euro Pfand einwerfen muss oder nicht, hat einen erheblichen Einfluss darauf, wo sich die Wagen nach Benutzung wiederfinden. Und das, obwohl ein Euro für viele beteiligte Akteure eine Größenordnung ist, die nicht einmal Prozente der Portokasse ausmacht. Das zeigt erneut: Die **Rahmenbedingungen haben allerhöchste Bedeutung** für das Geschehen in den Märkten. Der Kampf um das Ökonomische ist der „Kampf“ um die Rahmenbedingungen. Gesellschaftliche Macht liegt vor allem in der Möglichkeit, solche Rahmenbedingungen durchzusetzen. Im Rahmen dieses „Kampfes“ wird dann entschieden, ob am Ende des ökonomischen Prozess ein System entsteht, welches die meisten Menschen als wünschenswert ansehen oder eines, welches nur bestimmte Machteliten herbeiführen wollen. Diese beiden sind in der Regel nicht identisch. Das zeigen nicht zuletzt jüngere Untersuchungen aus dem Bereich der **Ökonomie zur Frage des Glücks** [7, 37].

I.3 Die Klimaproblematik

Die Welt steht vor einem **gewaltigen Klimaproblem** [8, 16, 17, 21, 36, 47, 65, 99], das wiederum extrem eng mit der **Energiefrage** verknüpft ist. Die reiche Welt hat in den vergangenen Jahrzehnten gigantische Mengen von Klimagasen ungeachtet in die Atmosphäre entlassen. Weitere Staaten, besonders hervorgehoben seien China und Indien,

folgen jetzt diesem Vorgehen, was gefährliche Folgen hat. Notwendig wäre eine weltweite Einigung und Klärung, wie die **Emissionsumfänge weltweit limitiert** werden sollen. Dazu müsste festgelegt werden, wer wie viel emittieren darf. Nähert man sich der Thematik, stellt sich sofort die Frage, warum 5 Prozent der Weltbevölkerung in den USA ein Viertel der weltweiten Emissionen verursacht bzw. verursachen darf. Diese Frage mündet unmittelbar in eine Debatte: Dürfen die USA das, ohne dafür zu bezahlen? Ist das **gerecht**? Müssten eigentlich nicht alle Menschen **dieselben Emissionsrechte haben**? Wie sollte man alternative Gerechtigkeitsprinzipien festlegen [67, 100]? Stellt man diese Fragen, so könnte man sie natürlich auch hinsichtlich Öl, Kohle und Gas stellen. Wem gehören diese wichtigen Ressourcen in welchem Umfang? In diesen Kontexten ist die Frage allerdings schon weitgehend beantwortet, und zwar über Eigentumsverhältnisse, die im Kontext einer Welt **souveräner Staaten** national geregelt sind.

Anders gestaltet es sich mit der Luft. Das macht die Situation hier besonders schwierig. Dabei kann es nicht darum gehen, eine Situation zu schaffen, in der jeder Mensch (nur) gleich viel verbraucht. Dafür sind die Verhältnisse und die Menschen viel zu verschieden. Wenn aber schon ein Reicher mit seinem Lebensstil besonders viele Emissionen erzeugt, dann sollte er dem Ärmeren Rechte abkaufen müssen, die dieser nicht nutzt, weil er ohnehin zu arm ist, um sie zu nutzen. Die **Rechteverteilung an den als möglich erachteten CO₂-Emissionen** ist eine der größten Streitfragen, die im Moment rund um die Klimaproblematik bestehen, auch wenn diese meistens nicht so deutlich artikuliert wird.

Diejenigen, die meinen, dass reiche Menschen per Geburt besondere Rechte hätten, nennen dies das **Großvaterprinzip**. Dieses Prinzip besagt in etwa folgendes: Wenn jemand einen Vater und einen Großvater hatte, der schon viele Ressourcen verbraucht und viele Umweltbelastungen verursacht hat, dann steht dieses Recht auch dem Nachkommen zu. Er bekommt besondere Rechte dieser Art, aus Gewohnheit. Ein Armer, dessen

Großvater wenig verbraucht und wenig Belastungen erzeugt hat, bekommt entsprechend weniger Rechte. Dies hat übrigens zur Folge, dass der Arme nur dann reich werden kann, wenn er dem Reichen Rechte abkauft, die der Reiche nie selbst käuflich erwerben musste.

Der **US-Präsident** und der **US-Kongress** favorisieren bei der Lösung der Klimaproblematik aus nachvollziehbaren Gründen das Großvaterprinzip. Es ist ebenso verständlich, dass Inder und Chinesen pro Kopf gleiche Rechte für alle Menschen anstreben. Ihr Argument lautet: **Jeder Mensch hat dieselben Rechte**. Diesen Ansatz nennt man **Klimagerechtigkeit** [56, 65, 99], ein Ansatz, für den die Global Marshall Plan Initiative [57], der Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) [60], der Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg [47] wie auch das Land Baden-Württemberg als erstes deutsches Bundesland eintritt. Jüngst wurde diese Herangehensweise auch von der **Bundeskanzlerin Angela Merkel** zur Klimagerechtigkeit in Japan thematisiert (www.bundeskanzlerin.de/nn_5296/Content/DE/Rede/2007/08/2007-08-31-rede-merkel-inamori-stiftung.html). In der sogenannten **Potsdamer Erklärung** ([www.nobel-cause.de/Potsdam Memorandum.pdf](http://www.nobel-cause.de/Potsdam_Memorandum.pdf)) hat des Weiteren ein großer Kreis **Nobelpreisträger** ebenfalls diese Position vertreten.

„Es ist schon wahr“, mag da der US-Präsident denken, „Jeder Mensch hat dieselben Rechte – aber nicht, wenn er in einem Volk lebt, das zu viele Menschen hat. 1,35 Mrd. Chinesen und 1,05 Mrd. Inder mit denselben Rechten wie wir US-Amerikaner, das hält der Globus nicht aus. Und wir Amerikaner wollen nicht plötzlich Inder und Chinesen für etwas bezahlen, was uns bisher – wie jedem – in beliebigem Umfang frei zur Verfügung stand.“ In eindringlicher Weise hat der US-Präsident diese Sicht noch in jüngster Zeit öffentlich vertreten [22], und zwar als Begründung für seine Ablehnung des Kyoto-Protokolls: „Kyoto treaty would have ‚wrecked‘ US economy“.

I.4. Die Armutsfrage

Die **Welt-Armutsfrage** hat eine ähnliche Brisanz wie die Klimafrage. Es geht dabei um die **Verteilung von Einkommen**, also um die Frage der **Equity** bzw. des **sozialen Ausgleichs** innerhalb einer Gesellschaft. Die mathematisch-abstrakte Frage ist die, wieviel Prozent des nationalen Einkommens nach Steuern, Sozialtransfers und Ausgleich innerhalb von Familien bei welcher Gruppe der Bevölkerung ankommt [28, 29, 42, 56]. Interessant ist in diesem Kontext die Betrachtung der Gruppe der 80 Prozent Menschen mit den niedrigeren, und die Gruppe der 20 Prozent Menschen mit den höheren Einkommen. Hierbei sollten in Demokratien idealtypisch die 80 % die meiste politische Macht haben, dafür im Ökonomischen die 20 % dominieren. Viele kluge Denker, wie **Carl Friedrich von Weizsäcker** und **George Soros** (vgl. Zitate in [14]) sehen in diesem Machtgleichgewicht die Basis für die Überlegenheit der Demokratien, der sozialen Marktwirtschaft und offener Gesellschaften über jedes andere gesellschaftliche System. Insbesondere führt Marktmacht ohne die demokratische Kontrolle der 80 % in eine gefährliche Richtung von Machtdominanz der 20 %. Dies beinhaltet auch, dass Kapitalismus nicht an sich zur Demokratie führt, sondern durch eine funktionierende Demokratie so ausbalanciert werden muss, dass er zum Vorteil aller Menschen wirksam wird.

Wenn man bezüglich der gestellten Fragen die globale Situation betrachtet, dann zeigen sich erhebliche Ungleichgewichte, die in [20] als **Champagnerglasverteilung bezeichnet werden** (vgl. Abb. 1).

Champagnerglasverteilung: Verteilung der Einkommen in einer weltweiten Perspektive

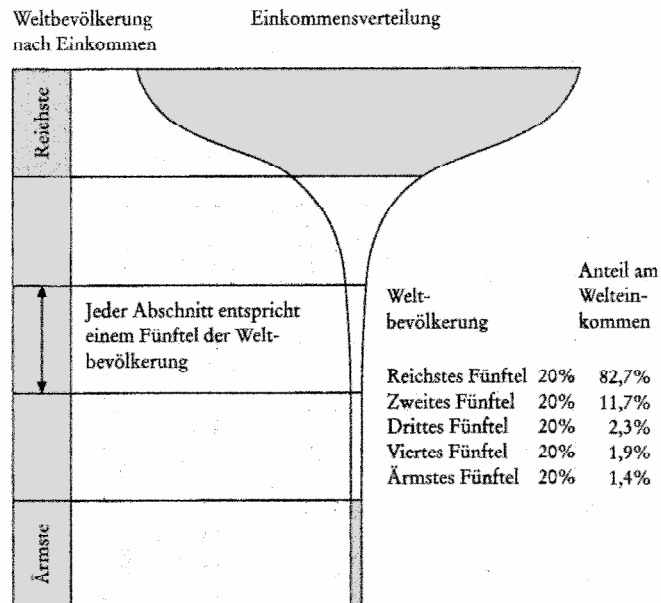


Abb. 1 Champagnerglasverteilung der weltweiten Einkommen (aus [20], S. 67)
(Quelle: Wade, R.: *The rising inequality of world income distribution. Finance and Development, 2001*)

Ähnliche Ergebnisse, vgl. Abb. 2, zeigen sich in Arbeiten aus dem Umfeld des 2. Autors [28, 29, 54, 56]. Die Welteinkommensverteilung [29] hat folgende Quantile:

Werte der Lorenzkurve	
x-Wert	y-Wert
10,56 %	0,28 %
19,47 %	0,90 %
40,70 %	2,30 %
60,03 %	5,01 %
80,04 %	12,61 %
90,00 %	31,33 %

Abb. 2 Welteinkommensverteilung (aus [29])

Beide Zugänge zeigen das gleiche Bild: In grober Annäherung haben die 20 Prozent Reichsten 80 Prozent vom Kuchen und für die übrigen 80 Prozent verbleiben gerade noch 20 Prozent [5, 20, 29, 56]. Das Pro-Kopf-Wohlstandsverhältnis zwischen armer und reicher Welt liegt damit bei etwa 1:16. Selbst in den Staaten mit der höchsten sozialen Ungleichheit innerhalb der Staatenwelt, **wie z. B. Brasilien**, ist das Verhältnis 35 % zu 65 %: In den USA ist es etwa 50 % zu 50 %. In **sozialen Demokratien** dominiert die 80 % Gruppe, besonders stark in einem so erfolgreichen Land wie Finnland und anderen nördlichen Staaten mit 65 % zu 35 %. Einen Überblick über die Situation gibt die nachfolgende Grafik (Abb. 3).

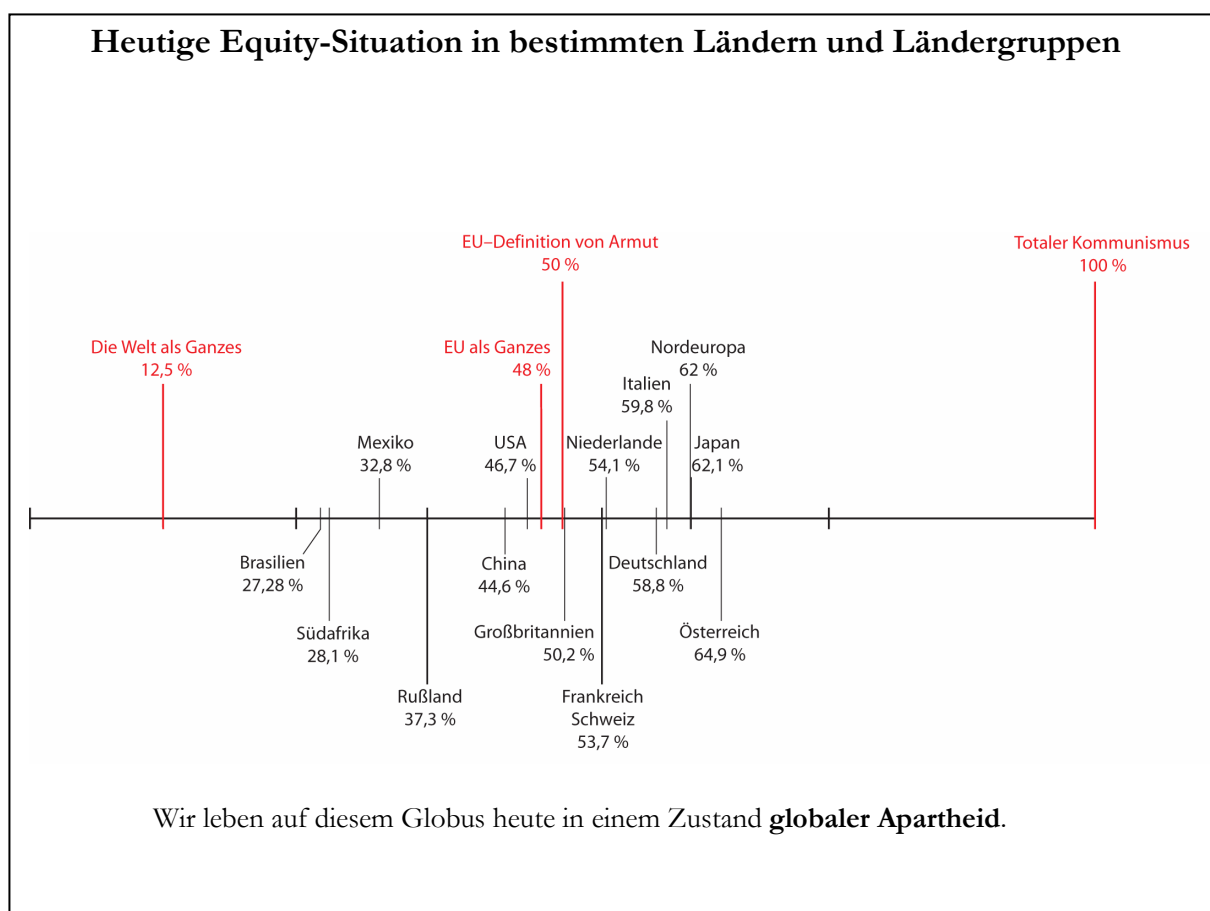


Abb. 3: Heutige Equity-Situation in bestimmten Ländern und Ländergruppen

Die reiche westliche Welt tut immer so, als wolle sie die Armut auf dem Globus überwinden. Aber warum gelingt das nicht, vor allem angesichts der ungeheuerlichen Unverhältnismäßigkeit von Mittelverwendungen, wie sie in Abb. 4 dargestellt sind. In Wirklichkeit scheint es aus Sicht vieler einflussreicher Akteure eher darum zu gehen, den derzeitigen Zustand zu erhalten wie er ist und besser noch, diesen sogar auf den ganzen Globus auszudehnen (**Brasilianisierung**). Dies scheint auf eine Weise geschehen zu sollen, dass selbst eine aufgeklärte Bevölkerung nicht versteht, was abläuft. Es ist nicht so einfach, gut ausgebildete Menschen in die Irre zu führen. Man muss dazu an der richtigen Stelle ansetzen, z. B. bei der Sprache, bei den Begriffen [18, 35, 50], in diesem Fall beim **Armutsbegriff**.

UN	ohne Blauhelme	1,25 Milliarden USD
USA	Konditoreiwaren	27 Milliarden USD
	Haustiere	40 Milliarden USD
	Alkohol	70 Milliarden USD
	Autos	550 Milliarden USD
	Militär	550 Milliarden USD
		10 Mrd. für D, GB, F

Abb. 4: Geldausgaben für die UN und für andere Anliegen

I.5 „Spielen“ mit dem Armutsbegriff

Eine entscheidende, extrem unterschätzte Stelle zur Beeinflussung der aktuellen Diskussion über Armut ist der **zugrunde gelegte Armutsbegriff**. Wie definiert man Armut? Lange Zeit wurde in der EU eine plausible Definition verwendet: Arm ist jemand, dessen

Einkommen geringer ist als die Hälfte des Durchschnittseinkommen. Dies betont den **relativen** Aspekt von Armut. Man ist arm, wenn man deutlich weniger hat als die meisten anderen. Wenn also in einem Land das Durchschnittseinkommen 30.000 Euro beträgt, ist jemand arm, wenn er über weniger als 15.000 Euro pro Jahr nach Steuern und Transfer und unter Einbezug des Familienausgleichs verfügt. Die EU benutzt eine Definition dieser Art auch, wenn sie über die **Vergabe ihrer Strukturmittel** entscheidet, z. B. die so genannten Ziel-2-Mittel.

Empfänger dieser Mittel sind Regionen, deren Durchschnittseinkommen unter 75 Prozent des Durchschnittseinkommens der EU liegt. Die EU will also nicht, dass Regionen im mittleren Einkommen unter 75 Prozent des EU Durchschnittseinkommens liegen. Das ist nach der Wiedervereinigung in Deutschland besonders den neuen Bundesländern zugute gekommen. In Österreich gilt ähnliches für Regionen wie Oberkärnten und Obersteiermark. Mittlerweile sieht die Situation anders aus: Die EU hat sich erneut erweitert und eine Reihe vergleichsweise armer Länder aufgenommen. Durch diese Aufnahmen ist das EU-Durchschnitts-BIP gesunken und somit auch die 75 %-Grenze des Durchschnittseinkommens. Nicht überraschend ist, dass viele Regionen der neuen Mitgliedsländer unter 75 % des EU-Durchschnitts liegen, aber inzwischen fast alle Regionen der alten Mitgliedsländer oberhalb dieses Wertes.

Materiell betrachtet ist die Anknüpfung der Armutsdefinition an das Durchschnittseinkommen ein sehr brauchbares Konzept, wenn das Ziel **sozialer Ausgleich** ist [28]. Verdoppelt sich das BIP, so verdoppelt sich nämlich auch das Durchschnittseinkommen. Wenn man nicht anschließend mehr Arme haben will als vorher, muss sich auch bei den Armen tendenziell das Einkommen verdoppeln. Das erinnert an Tarifverhandlungen in der „guten alten Zeit“, als sich alles parallel nach oben bewegte.

Wenn gleiche Zuwächse für alle **nicht** das Ziel sind, gibt es 2 Logiken, wie man Zuwachsraten modifizieren kann: (1) Die Ärmeren bekommen etwas mehr Zuwachs, z. B. über einen für alle gleichen Sockelbetrag der Erhöhung. Das führt zu immer mehr Ausgleich, bedroht dann irgendwann die Idee der Lohndifferenzierung und indirekt den **Leistungswillen** und den **Willen zu Übernahme von Risiken**. Dieser Weg hat daher seine Grenzen. (2) In der modernen Welt wird in der Regel der umgekehrte Ansatz praktiziert. Einige der hochdotierten Leistungsträger bzw. sogenannten „Wertschöpfer“ sind nicht zufrieden, wenn bei ihnen nur dieselben proportionalen Zuwächse wie bei den mittleren Einkommensgruppen oder den Ärmeren anfallen. Bei einer Verdoppelung des kumulierten Einkommens reicht ihnen die Verdoppelung ihres (hohen) Jahreseinkommens nicht. Waren es bisher 4 Millionen Einkommen und werden daraus 8 Millionen Jahreseinkommen, ist das einfach zu wenig. Es stört, dass der Ärmere mit seinen 5.000 Euro oder 20.000 Euro nun auf 10.000 Euro oder 40.000 Euro kommt, wenn man mehr will als 8 Millionen. Dann muss für geeignete ökonomisch-gesellschaftliche Bedingungen gesorgt werden, unter denen den Anderen geschickt etwas von diesen potentiellen 10.000 oder 40.000 vorenthalten wird, je mehr, desto besser. Am besten gleich der ganze potentielle Zuwachs. Dies führt dann zu **absurd überhöhten Einkommen** oben und zu „**Hungerlöhnen**“ unten, ein Thema, das mittlerweile in der Debatte über „**Maßhalten**“ von Führungskräften und **Mindestlöhne** für einfache Aufgaben die Ebene der praktischen Politik in Deutschland erreicht hat.

Wenn man das Ziel einer massiven Umverteilung nach oben verfolgt oder wenn man so geartete „Gerechtigkeitsvorstellungen“ hat, ist es klug, das nicht öffentlich zu sagen [35]. Denn die anderen sind die große Mehrheit im demokratischen Prozess, sofern dieser sich frei entfalten kann. ‚Besser‘ erscheint es daher, am Armutsbegriff anzusetzen und ihn vom Durchschnittseinkommen zu lösen. Wo steht denn, dass der Arme immer mitprofitieren muss, wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. die Einkommen insgesamt wach-

sen. Reicht es nicht, dass die **Grundbedürfnisse des Ärmeren**, seine sogenannten **Basic Needs** erfüllt sind (diese Basic Needs kann man definieren, wie beim Sozialamt, wie bei Hartz IV)? Wenn die Basic Needs erfüllt sind, ist der Arme per Definition nicht mehr arm. Dann braucht er auch keinen Zuwachs, egal wie sehr das BIP wächst. Der Zuwachs kann dann zu denen gehen, bei denen ohnehin schon das meiste ankommt, ohne dass sich dies an der Zahl der Armen bemerkbar macht. Noch besser: Man kann alles zu sich hinlenken und trotzdem als Kämpfer gegen die Armut auftreten.

Wie erreicht man ein derartiges Ziel, ohne es so klar zu sagen? Ein interessanter „Trick“ besteht darin, den **Erwartungswert (Durchschnittseinkommen)** durch den **Modalwert** der Einkommensverteilung zu ersetzen, der so definiert ist, dass die eine Hälfte der Bevölkerung mehr und die andere Hälfte weniger als diesen Wert verdient. Wenn man dann Armut so definiert, dass dies die Menschen betrifft, die weniger als 60 % des Modalwertes der Einkommensverteilung haben, dann versteht den Unterschied zur Durchschnittswert-Definition ohnehin fast niemand, denn der Modalwert ist ja auch eine Art Mittelwert. Und jetzt sieht es doch sogar so aus, als hätte man etwas für die Armen getan, weil man jetzt 60 statt 50 Prozent des „Mittelwertes“ zur Definition der Armutsgrenze heranzieht.

Die Wirkung dieser kleinen Veränderung ist gewaltig. Dies wird im Weiteren für die **Welteinkommensverteilung** erläutert. Auf diesem Globus herrscht eine **extreme soziale Ungleichheit** (vgl. hierzu Abb. 1 und Abb. 2). Die Hälfte der Weltbevölkerung muss mit weniger als 2 \$ pro Tag auskommen; 24.000 Menschen sterben täglich an Hunger. Der Anteil des Welt BIP, der bei der ärmeren Hälfte ankommt, beträgt etwa 3 %, in sozialen Demokratien liegt er bei etwa 20 %. Würde man die ärmere Hälfte der Menschheit mit 2 \$ pro Tag ausstatten, würden dies 4 % des Welt BIP kosten.

Interessant ist nun folgende Feststellung: Seit Jahrzehnten liegt der **Modalwert** der Welteinkommensverteilung bei etwa 2 \$ pro Tag. Die Hälfte der Menschheit hat also weniger, die andere Hälfte mehr. Das Weltwirtschaftswachstum ist in diesen Jahrzehnten etwa zu 96 % zu der reichen Hälfte geflossen. Wachstum ist bei diesem Verteilungsmuster also offensichtlich nicht der richtige Mechanismus zur Überwindung der Armut.

Tatsächlich ist es so [92], dass das **globale Sozialprodukt** zwischen 1990 und 2001 real um 11´179 Milliarden Dollar (bzw. um 770 Dollar pro Kopf) gewachsen ist. Davon sind aber nur gerade 100 Milliarden Dollar an die Menschen mit einem Tageseinkommen von weniger als einem Dollar gegangen. Weitere 290 Milliarden gingen an die Menschen mit einem Tageseinkommen von 1 bis 2 Dollar.

Mit anderen Worten: Vom globalen Wachstum tröpfelt nur sehr wenig zu den Armen hinunter. In Zahlen: Die 45 Prozent Ärmsten haben zusammen nur gerade 3 Prozent des zusätzlichen Kuchenstücks erhalten. Ihr durchschnittliches Tageseinkommen ist in den elf Jahren nur um 15 Cent gestiegen, das der der reicheren Hälfte jedoch um 3,8 Dollar, also um das 26-fache. Noch beunruhigender: **Der Anteil der Armen am globalen Wachstum nimmt ab**. Zwischen 1980 bis 1991 sind die Einkommen der Ärmsten prozentual noch leicht überdurchschnittlich gestiegen. Seit 1991 wachsen die ohnehin schon geringen Einkommen der Armen nur noch halb so schnell wie die der Reichen. Die Kluft wird nicht nur in absoluten Zahlen immer größer, sondern auch relativ. Nun könnten wir Reichen unser Gewissen damit beruhigen, dass fast nichts immer noch besser sei als gar nichts. Doch dieses Argument ist aus zwei Gründen fragwürdig: **Erstens ist Armut eine relative Größe**. Unabhängig vom Einkommen fühlt man sich umso ärmer, je reicher der Nachbar ist – und je mehr man von diesem Reichtum in den Massenmedien sieht. Kurz, wer die Armut mit Wachstum bekämpfen will, schießt gleichsam mit Kanonen auf Spatzen. Und diese Kanonen (Die 112 Dollar die es braucht, damit 1 Dollar zu den Ärmsten

hinunter tröpfelt), zerstören auch die die Umwelt. Das ist das **zweite** Problem, welches **ökologischer Natur** ist. Bereits heute sind die ökologischen Kapazitäten der Mutter Erde um rund 20 Prozent übernutzt. Und jedes Prozent Wachstum erhöht den globalen Energieverbrauch und die Umweltbelastung um je runde 0,5 Prozente. Die konkreten Folgen dieses Raubbaus sind Wetterkatastrophen, Versteppung, unfruchtbare Böden, Wassermangel, Luftverschmutzung usw. **Diese Belastungen wiederum treffen vor allem die Armen.** Ein typisches Beispiel ist die Flutkatastrophe von New Orleans, wo ausschließlich die armen Quartiere überschwemmt wurden und die billigen Häuser einstürzten.

Für die Lebensqualität oder nur schon die Überlebenschancen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung sind die ökologischen Umstände (Wasser, Luft, Verkehrslärm und Verkehrsunfälle, Arbeitssicherheit usw.) mindestens ebenso wichtig wie das monetäre Einkommen. Verseuchtes Wasser kann zum Tod führen. Es ist deshalb anzunehmen, dass die Rechnung für die Armen überhaupt nicht aufgeht: Die durch das Wachstum bedingte Verschlechterung ihrer Umwelt dürfte weit schwerer wiegen als das bisschen Wachstum, das für sie dabei abfällt. Das Fazit lautet somit: Das Wachstum hat bei den heutigen Verteilungsmechanismen bisher nichts zur Bekämpfung der Armut beigetragen.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich in einem signifikanten Wachstumsprozess die **Nachteile des Wachstums** weit überproportional bei den Ärmeren auswirkten, der Zugewinn aber die andere Hälfte erreichte. In der Folge blieb der Modalwert der Welteinkommensverteilung im Wesentlichen immer gleich, obwohl sich in den betrachteten 12 Jahren das Welt-BIP um mehr als 50 % vergrößert hat, der Durchschnittswert des Welt-BIP ebenso. Damit blieb die Grenze, die Armut definiert, im Wesentlichen konstant, während bei der reicheren Hälfte der Reichtum weiter wuchs, und das, obwohl wir die ganze Zeit über angeblich immer bemüht waren, den Armen zu helfen. Dieses Beispiel demonstriert sehr anschaulich die große Bedeutung der Begriffswahl. (Mehr zu dem Thema folgt im Abschnitt II.9 „**Armutsfragen und Weltdemokratie**“.)

I.6. Der „Charme“ einer hohen sozialen Ungleichheit

An dieser Stelle muss man sich fragen, worin der „Charme“ einer Lösung liegt, die die meisten Menschen arm hält, denn genau diese verfolgen sozial unausgeglichene Länder. Interessanterweise entsteht nämlich das **höchste Volkseinkommen pro Kopf** unter Bedingungen eines hohen sozialen Ausgleichs (vgl. hierzu erneut Abb. 3), wie z.B. die nordeuropäischen Demokratien beweisen [20, 28, 42, 51, 52, 56, 58, 63, 65], und nicht unter Bedingungen großer sozialer Unterschiede. Dies ist das Gegenteil der **subkutanen Propaganda** zugunsten des global entfesselten Kapitalismus. Warum gibt es dann aber in ärmeren Ländern, z. B. in Brasilien, so wenig Druck in Richtung auf sozialen Ausgleich? **Warum handeln die Eliten nicht in diese Richtung?** In Zeiten der Formierung der großen nationalen Demokratien in den vergangenen Jahrhunderten war die Situation eine andere: Die **Konkurrenz um Weltmachtstatus** trieb damals die nationalen Eliten in Richtung besserer Ausbildung für alle, Förderung von Handel und Gewerbe, Wissenschaft, Mittelstand und letztlich sozialen Ausgleich, um nämlich so das Wirtschaftswachstum und damit die **ökonomische und militärische Stärke des eigenen Landes** zu fördern.

Heute gestaltet sich die Lage anders: Als Reicher kann man in einem vergleichsweise armen Land **doppelt profitieren**, am weltweiten Reichtum und an der Armut zu Hause. Was ist das Attraktive an Brasilien für dortige Eliten im Verhältnis zu Deutschland? Bei genauer Analyse stellt man fest, dass es Eliten heute nicht primär darum geht, ein möglichst reiches Land zu schaffen. Denn alles, was man als Folge von Reichtum für sich persönlich haben will, kann man global kaufen und haben. Es geht daher eher darum, in einem Land zu leben, in dem man als Reicher besonders gut leben kann, indem man z. B. in großem Umfang auf **preiswerte personennahe Dienstleistungen** zugreifen kann. Preiswerte Dienstleistungen kann man jedoch nur bekommen, wenn es genügend viele Arme ohne vernünftige Ausbildung sowie Zugriff auf Technik und Infrastrukturen

gibt [62, 63]. Das ist der tiefere Grund dafür, dass man in reicheren Ländern kaum Dienstboten findet und sich manche Vertreter von Eliten in einer **Dienstleistungswüste** wähnen (gemeint sind extrem preiswerte Dienstleistungen, nicht diejenigen von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern), während in armen Ländern jeder Reiche von Dienstboten umlagert ist.

Diese hohe Zahl an extrem preiswerten Dienstboten sind aber letztlich der Grund dafür, dass das Land arm ist. Wenn nämlich jeder Reiche von zahlreichen Dienstboten umgeben ist, dann stellt dies keine **substantielle Wertschöpfung** dar. Den Unterschied zwischen Brasilien und Deutschland erfasst man vielleicht am besten in einem Vergleich zwischen einem Land mit „Herrenreitern“ und einem Land mit „Frauenbeauftragten“. „Herrenreiter“ sind Teil einer **neofeudalen Struktur** und sehr zufrieden mit ihrer Lage. Aus einer bestimmten Eliteposition heraus ist das „Spitze“. Dabei sind die Reichsten armer Länder aufgrund der massiven Umverteilung nach oben in ihrem Land ähnlich reich (im absoluten Sinne) wie die Reichen in einem Land wie Deutschland [28, 58]. Da Deutschland nämlich ein sehr viel ausgeglicheneres Land ist, ist der Anteil der deutschen Elite absolut nicht größer als der Anteil der brasilianischen Elite. Weil aber in Brasilien die meisten Menschen so viel ärmer sind, gibt es dort für Eliten viel attraktivere Möglichkeiten des Zugriffs.

Warum ist die Situation in den heute reichen Ländern, vor allem in Kontinentaleuropa heute besser? Sie ist die Folge historischer Prozesse, welche zu einer **sozialen Demokratie** [20] geführt haben. Es ist die soziale Demokratie, die durchsetzt, dass die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung sich behaupten gegen die Interessen einer Elite, die gerne einen preiswerten Dienstleistungssektor um sich herum sehen würde. Allerdings währt dieser Zustand nur so lange, wie die Mehrheit der Bevölkerung (die 80 %) dem ökonomischen System immer wieder die **richtigen Rahmenbedingungen auferlegen kann**. Die wichtigsten Rahmenbedingungen haben immer mit **Besteuerung** zu tun, denn

aus dem ökonomischen Prozess heraus muss man da, wo die höchsten Volumina anfallen, Mittel zur **Querfinanzierung** generieren. Querfinanzierung ist eine Hauptvoraussetzung einer guten Ausbildung für alle und für Partizipationschancen und Behauptungsfähigkeit der 80 % [52, 58, 63, 65]. Die Durchsetzung einer **adäquaten Besteuerung** - insbesondere hoher Einkommen und Vermögen - ist eine Kernaufgabe zur Erreichung eines sozialen Charakters der Ökonomie und zur Schaffung einer sozialen Demokratie. Sie ist für die weit große Mehrheit der Bevölkerung die beste Lösung, auch wenn Marktfundamentalisten unentwegt das Gegenteil behaupten.

I.7. Besteuerung – ein leidiges Thema

Marktfundamentalisten bzw. **Turbokapitalisten** bzw. **Freimarkt-Enthusiasten** sehen das anders. Der extrem Neoliberale hat folgendes Bild der Welt: Der „Wertschöpfer“ ist konfrontiert mit einer Mehrheit, die leistungsunwillig ist. Wie Wegelagerer rottet sich diese Mehrheit zusammen, um mit den Mechanismen der Demokratie dem „Wertschöpfer“ das abzujauchen, was er in eigener Leistung an Werten geschöpft hat. Er, der „Wertschöpfer“, **alimentiert** die große Masse. „Dann sollen diese aber bitte nicht noch weitere Forderung stellen, sondern zufrieden sein, dass sie so großzügig alimentiert werden“.

Aus ökosozialer Sicht ist die Situation eine ganz andere: Der „große Wertschöpfer“ schöpft große Werte, die er aber nur aufgrund der Existenz eines Systems schöpfen kann, das die Wertschöpfung ermöglicht. Dieses System baut auf dem Beitrag vieler kleiner Leute auf und auf den Leistungen der Generationen vor uns. „**Wir sind alle Zwerge auf den Schultern von Riesen**“. Von diesem System profitiert der „große Wertschöpfer“ mehr als jeder andere, weil er in einer bevorzugten Position sitzt. Deshalb muss er von den geschöpften Werten die gesellschaftlichen Vorleistungen, auch zur Sicherung des **sozialen Friedens**, zurückbezahlen, die es überhaupt erst ermöglicht haben, so viele

Werte zu schöpfen. Nach dieser Betrachtung verdient man nicht sein Brutto, sondern man verdient sein Netto [62, 65] und sollte dankbar dafür sein, dass man von einem Brutto seine Steuern zahlt, so dass man ein Netto behalten darf. Die Differenz zwischen Brutto und Netto bezahlt die Vorleistungen eines Systems, das es ermöglicht, ein Brutto zu verdienen, von dem man das Netto behalten darf.

Die obige Argumentation zeigt, dass schon der Begriff der **Umverteilung über Besteuerung** ein **marktradikaler Kampfbegriff** ist. Alleine mit einer Aussage, dass über die Besteuerung umverteilt wird, akzeptiert man de facto, dass die ursprüngliche Verteilung eine richtige Verteilung war. In Wirklichkeit aber wird gar nicht umverteilt. Bereits in der Ausgangssituation erfolgen Zugriffe auf Vorleistungen, die in der marktradikalen Argumentationskette nicht berücksichtigt werden. ‚Vorlieferanten‘ müssen bezahlt werden, so wie auch BMW und Audi ihre Lieferanten bezahlen. Es geht also um Querfinanzierungs- und Rückzahlungsprozesse, nicht um Umverteilung. Im Kampf um die Begriffe muss man höchste Sensibilität dafür entwickeln, worum es wirklich geht. Dies hat **George Lakoff** sehr schön in seinem Buch „Don’t think of an elephant“ herausgearbeitet [35].

Die Wunschwelt aus der Sicht bestimmter Eliten ist eine Welt, in der sie möglichst wenig Steuern zahlen, damit von den exorbitanten Finanzvolumen, mit denen sie operieren, möglichst alles bei ihnen bleibt. Die bisherigen Globalisierungsprozesse haben mittlerweile zu einer substantiellen Veränderung in genau diese Richtung geführt [25, 26, 27, 65, 72, 79]. **Steuern zahlen sollen primär die Arbeitnehmer.** Die Sichtweise einer großen Mehrheit von Menschen in einem demokratischen, wertschöpfenden System ist naturgemäß eine andere. Diese besagt, dass man aus dem Erwirtschafteten in fairer Weise, **gemäß Leistungsfähigkeit**, Steuern generieren muss, damit sich das System immer wieder auf hohem Niveau reproduzieren kann. Dafür ist eine Schlüsselfrage die **Ausbildung aller Menschen**, die Finanzierung des **Gesundheitssystems** für alle und ebenso die

Finanzierung des **Lebensabends** für die ganze Bevölkerung [52, 58, 62]. Hier geht es um **Kernfragen der sozialen Demokratie** [20].

I.8. Warum ändert die Globalisierung dramatisch die Verhältnisse bzgl. sozialem Ausgleich und sozialer Demokratie?

Das beschriebene komplizierte Gleichgewicht sozialer Demokratien wird heute empfindlich durch die Kräfte der Globalisierung gestört. Die Globalisierung ist ein Prozess, in dem sich das Ökonomische weit über die Ländergrenzen hinweg organisiert, ohne dass dies in entsprechender Weise für die politische Regelungsmacht gilt [9, 20, 65]. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht kommt hinzu, dass die **neuen Kommunikationsmöglichkeiten** zur Entstehung unterschiedlicher **gesellschaftlicher Räume** geführt haben [23]. Mit den neuen Möglichkeiten der **Informations- und Kommunikationstechnik** [15, 51, 56] und den neuen **Verkehrssystemen** kann man Arbeit bequem aus der Triade in Niedriglohnländer wie beispielsweise Indien auslagern. Dort leben qualifizierte Menschen in großer Zahl, die für ein Zehntel der Kosten arbeiten, die hier pro Arbeitnehmer anfallen. Hätten Unternehmer eine solche Verlagerung in größerem Umfang innerhalb der alten Bundesrepublik vorgenommen, hätten Unternehmer damals einen „Trick“ gefunden, durch die Verlagerung von Arbeit doppelt so viel zu verdienen wie zuvor, nämlich durch reduzierte Löhne, reduzierte Sozialabgaben und reduzierte Steuern, hätte sich die deutsche Bevölkerung über die demokratischen Prozesse zu wehren gewusst.

Das, was der Unternehmer oder die Shareholder zusätzlich verdient hätten, hätte die Demokratie mit neuen Steuerabgaben versehen und mit diesem Geld andere Arbeitsplätze geschaffen, z.B. im öffentlichen Dienst zur Kontrolle der Aktivitäten solcher Unternehmen, die massiv Arbeitsplätze verlagern. In einer globalisierten Welt ist dies nicht mehr ohne weiteres möglich. Einerseits ist es für Unternehmen viel leichter geworden,

ihren Hauptsitz vollständig zu verlagern und dabei auch die **stillen Reserven mitzunehmen**. Andererseits konkurriert das Unternehmen auf dem globalen Markt gegen andere ausländische Unternehmen. Wenn diese anderen Unternehmen dürfen, was z.B. deutsche Unternehmen nicht dürfen, wenn wir diese deutlich mehr besteuern als andere besteuert werden, z. B. in **Steuerparadiesen** [65, 72, 75, 79], dann führt das an den internationalen Börsen zu einer deutlich höheren **Marktkapitalisierung** der anderen – weil diese ja höhere Gewinne machen und mehr Rendite bieten können. Am Ende des Tages werden unsere Unternehmen aufgekauft. Es ist offensichtlich, dass dies keine Lösung ist.

Deshalb muss unter den heutigen Weltmarktbedingungen ein reiches Land, ob soziale Demokratie oder nicht, die Steuern für Unternehmen und auf Dauer auch für besonders erfolgreiche Individuen senken, weil in einer globalisierten Welt außerhalb sozialer Demokratien erlaubt ist, was zu Hause nicht erlaubt ist. Aus diesem Grund können unsere Unternehmen nicht überleben, wenn wir uns nicht anpassen. So hebelt eine global in vielen Aspekten unzureichend regulierte Ökonomie die nationalen Ökonomien und die nationalen Demokratien zunehmend aus. Marktfundamentalisten lieben das und nennen das den **Wettbewerb von Systemen**. Leider ist es ein Wettbewerb unter falschen Rahmenbedingungen oder anders ausgedrückt: Eine falsch laufende Globalisierung erzeugt bei uns eine Bewegung weg von der sozialen Demokratie hin **in Richtung Brasilianisierung**. Nicht, weil brasilianisierte Strukturen sich – wie so oft gerne dargestellt – in einem „vernünftigen Wettbewerb“ oder aus der Sicht der meisten Menschen als überlegen erweisen, sondern weil die globalen Spielregeln das Falsche belohnen und das Richtige bestrafen. Ein kluger Philosoph hat das, was hier geschieht, in die Worte gefasst: **„Überlebt die Demokratie ohne Globalisierung“**.

I.9. Was wird die Zukunft bringen - was sind die wesentlichen Alternativen?

Richtet man den Blick auf das weltweite Geschehen und berücksichtigt die kommenden 50 Jahre, so resultieren - im Sinne dreier Attraktoren - aus der beschriebenen Gesamtkonstellation **drei mögliche Zukünfte**, von denen zwei extrem bedrohlich und nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar sind. Diese werden im Weiteren kurz diskutiert. Hierbei handelt es sich um ein Thema, mit dem sich der 2. Autor über viele Jahre beschäftigt hat [42, 56, 63, 64, 65, 66]. Die drei Zukünfte ergeben sich aus der Frage, ob die beiden großen **weltethischen Postulate** [32, 33, 34]

(1) Schutz der Umwelt und Ressourcenverbrauch und

(2) Beachtung der Würde aller Menschen

umgesetzt werden. Gelingt (1) nicht, machen wir also weiter wie bisher, kommt es zu einem ökologischen **Kollaps** [8]. Gelingt (1), ist die Frage „Wie?“. Gelingt die Erhaltung der Natur und die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs durch Machteinsatz zu Gunsten weniger und zu Lasten der großen Mehrheit weltweit, so ist die Perspektive die so genannte **Brasilianisierung**, also eine massive Verarmung großer Teile der Bevölkerung der reichen Länder. Dies ist ein Prozess, der bereits begonnen hat. Nur im Konsensfall ist das Zielszenario ein Modell mit Perspektive: Eine weltweite **Ökosozialen Marktwirtschaft**, also eine Extension desjenigen Marktmodells auf dem Globus, wie wir es z.B. in Europa kennen [9, 56, 68].

Wie oben dargestellt, ist unklar, wohin sich die Welt auf Dauer entwickeln wird. Es bleiben, wie dargestellt, drei prinzipiell verschiedene Zukünfte: **Kollaps, Brasilianisierung** oder das **ökosoziale Balancemodell**. Wenn man allerdings diese Balance erreichen will, muss man die **ökosoziale Lösung auf dem ganzen Globus durchsetzen**. Notwendig wird dann eine globale Verständigung über weltweit geltende Umweltstandards und über sozialen Ausgleich. Es wird dafür zu sorgen sein, dass die Ärmsten rund um den Globus

endlich ausgebildet werden und eine Perspektive bekommen. Dieses ist das einzige mit Nachhaltigkeit kompatible Szenario. Es schafft einen reichen und ausgeglichenen Globus. In diesem Szenario beginnt die Weltbevölkerung ab etwa 2050 abzunehmen [19, 54, 56], der Lebensstil wird stark **dematerialisiert, Kunst und Ästhetik** gewinnen erheblich an Bedeutung [45], es kommt zu einer **Wiederentdeckung der Langsamkeit** [3], es entsteht eine neue Dimension der Politik, die **Weltinnenpolitik** [2, 20, 94], Bürgerrechte werden zu weltweiten Rechten, Glück und Zufriedenheit der Menschen werden zunehmen [7, 37]. Die materielle Seite dieser Entwicklung manifestiert sich in einer vom 2. Autor entwickelten **Zukunftsformel** $10 \sim > 4:34$. Sie besagt im Wesentlichen [54, 56], dass wir in 50 - 70 Jahren einen 10 Mal so reichen Globus haben können wie heute bei 10-fach höherer Ökoeffizienz (doppelter Faktor 10) und einer weltweiten Balance à la Europa (Wohlstandszuwachsverhältnis 4 : 34 zwischen reicher und armer Welt).

Dieses positive Bild der Zukunft setzt allerdings ein Programm gemäß der bisherigen EU-Logik „**Standards gegen Querfinanzierung**“ in einer weltweiten Orientierung voraus [12, 56, 65]. Ein solches Programm ist möglich. Man kann es in seiner zukünftigen Wirkung sehr schön am Beispiel der Erfolgsgeschichte Spaniens in der EU studieren. **Spanien** ist in 30 Jahren Mitgliedschaft in der EU ein reiches Land geworden. Spanien ist dabei nicht reich geworden, weil die z.B. Deutschen arm geworden sind. **Die Deutschen mussten nichts abgeben**, damit Spanien reich werden konnte. Nein, während die Spanier reicher wurden, wurden die Deutschen noch reicher. Auf den ersten Blick beinhaltete die Entwicklung aus der Perspektive der Deutschen dennoch einen negativen Aspekt: Obwohl sie absolut betrachtet reicher geworden sind, sind sie relativ zu den Menschen in Spanien ärmer geworden. Dies bedeutet lebenspraktisch, dass **Spanien für Deutsche kein günstiges Urlaubsland** mehr ist. Ökonomisch-materiell steht z.B. dahinter, dass kein Spanier mehr für sehr geringen Lohn Hotelzimmer säubern muss. In Spanien sind nun ähnliche Löhne zu zahlen wie in Deutschland. Diesem scheinbaren „Nachteil“ steht

aber ein Vorteil gegenüber: Jetzt machen Spanier auch Urlaub in Deutschland. Natürlich bedeutet das lebenspraktisch, dass in Deutschland jetzt die Zimmer für spanische Gäste gesäubert werden müssen. Dafür wird aber zumindest auf europäischem Niveau bezahlt.

Wenn man nun weltweit dasselbe Programm wie in Europa umsetzen würde, dann würde es langfristig eine viel reichere Welt geben. Die Menschen in der heute reichen Welt werden in dieser Zukunft absolut reicher als heute sein, aber – der bereits genannte negative Aspekt – wird auch hier der sein, dass diese relativ ärmer werden. Auf Dauer wird es also weder in Bangladesh, noch in Thailand, noch in Bolivien günstige Urlaubsgebiete mehr geben. Dafür werden dann Menschen aus diesen Ländern ihren Urlaub bei uns in Europa verbringen, so wie man es nun schon seit vielen Jahren mit den Japanern und seit kurzem auch mit den Chinesen erleben kann.

I.10. USA – das Dilemma der Supermacht

Soll man den Weg in eine ausgeglichene Zukunft wollen? Wie stellt sich das Thema aus Sicht Europas dar, wie aus Sicht der USA? Was ist gleich, was ist ungleich hinsichtlich der Ausgangssituationen und der Betrachtung? Aufgrund ihrer Historie und aufgrund der Strukturen der EU ist Europa konzeptionell in Richtung Balance, Vielfalt der Kulturen, sozialen Ausgleich sowie Multilateralismus orientiert, auch wenn wir gerne an der Seite der USA partizipieren von den Vorteilen, die diese bisher der reichen Welt sichern. Die USA befinden sich in einer ganz anderen Lage als Europa. Sie haben heute die **Premium-Position** auf dem Globus. Sie haben die mit Abstand größte Macht in dieser Welt, und das mit nur 5 % der Weltbevölkerung. Sie kontrollieren nicht nur weitgehend den Ressourcenzugriff, auch in Form von „Plünderungsprozessen“, die mit Gewalt durchgesetzt wurden und werden, so aktuell im Irak [31]. Sie haben auch großen Einfluss auf die „Terms of Trade“, z. B. durch globale Institutionen, die sie weitgehend nach ihren Vor-

stellungen nach dem 2. Weltkrieg geschaffen haben. Sie **kontrollieren auch weitgehend die Schaffung von neuem Geld**. Die US-Ökonomie kann sich bisher zu einem großen Teil finanzieren indem sie „Geldscheine“ exportiert, während der Rest der Welt richtige Güter als Gegenleistung schickt [79]. Es gibt nichts Attraktiveres als die Mechanismen im inneren Kern des Geldsystems zu kontrollieren. Aus dieser Sicht lohnen sich rein ökonomisch auch die gigantischen Aufwendungen der USA für Militär, etwa **540 Milliarden Dollar pro Jahr**, die Hälfte der weltweiten Militärausgaben. Auf diese Weise wird die Dominanz der USA in allen **Eigentumsfragen** abgesichert. In diesem Kontext ist zum Beispiel auch die **Kontrolle des Weltraums** ein wichtiges Instrument und ebenso die immer währende Betonung des **Sicherheitsthemas** [18, 64, 89].

Insbesondere in der Folge von **Basel II** und der Veränderung der Konditionen, unter denen Kreditinstitute und Investmentbanken Geld (im Sinne der so genannten „Verbrie- fung“ von Ansprüchen auf Zentralbank-Geld) praktisch aus dem Nichts heraus schaffen können, hat sich die Geldmenge auf dem Globus in nur 13 Jahren verdreifacht, während sich das Welt-GDP nicht einmal verdoppelt hat [79]. Diese Geldmenge bewegt sich nicht im Bereich des normalen Konsums, deshalb merkt man den Effekt auf der Ebene der üblichen Inflationsrate bisher kaum. Auch wird hier mit dauernden „Innovationen“ in der Messung von Wachstum und Inflationsrate gegen gehalten. Das neue Geld bewegt sich im Wesentlichen auf der Ebene des Eigentums an Assets. Darum ist die Welt mittlerweile Zeuge einer so genannten **Asset-Inflation**, z.B. im Bereich der **Immobilien und Finanzen**. Alles, was materiellen Wert hat, wird gekauft: Produktionsstätten, Häuser, Rohstoffe, Wälder, Land, Infrastrukturen etc. Wir erleben mittlerweile einen Zugriff auf praktisch alles, was man sich nur irgendwie aneignen kann. Rund um den Globus wird die Wasserversorgung, werden Straßen, öffentliche Unternehmen, öffentlicher Wohnungsbestand verkauft und **privatisiert**, oft zum Schaden der Bürger [39, 95]. Mittlerweile wird alles auf irgendeine Weise werthaltig **verbrieft**, selbst Kreditrisiken.

Ziel der Politik ist es notgedrungen, dass die „Gewinner“ dieser **Geldmengeninflation** noch irgendetwas Werthaltiges für ihr Geld kaufen können. Noch konkreter: **Steuern werden nicht bezahlt** (via Globalisierung). Deshalb häufen sich **exorbitante Vermögen bei wenigen Familien, den sogenannten Superreichen, an** [72, 79], während sich die Staaten immer weiter verschulden müssen. Die Staaten schaffen dazu Möglichkeiten der Ausweitung der Geldmenge, weil es sonst zu einer Strangulierung der Ökonomie und einem Liquiditätsproblem der öffentlichen Hand käme (die Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand würden nicht mehr gekauft). Das neue Geld geht an diejenigen, die sowieso auf dem Geld sitzen. Dafür stellen diese den Staaten weiter günstige Kredite zur Verfügung. Die Staaten selber dürfen das aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht mehr tun. So läuft die „Todesspirale“.

Wenn die Superreichen irgendwann nichts mehr für ihr Geld kaufen können, wird sich ihre Kaufkraft auf die Ebene der normalen Ökonomie bewegen und dann bekommen wir eine Superinflation, dann **könnte das ganze Geldsystem kollabieren**. Die US-Verschuldung, wenn man eine vergleichbare Verbindlichkeit zugrunde legt, ist ca. doppelt so hoch wie die deutsche, die Verschuldung der US-Bürger ebenso [79]. Auf diesem Globus sind Geldsurrogate (beispielsweise Ansprüche auf Zentralbank-Geld) für über 100 Billionen Dollar im Umlauf (zzgl. 50 Billionen Dollar an Aktien), während das eigentliche Zentralbankgeld nur etwas mehr als 3 Billionen Dollar beträgt. Wir haben also als Weltgesellschaft direkte und indirekte Ansprüche an zukünftige Leistungen verabredet, die etwa um den Faktor 30 (unter Einbeziehung von Aktien sogar Faktor 50) größer sind als überhaupt Zentralbankgeld vorhanden ist. Die Ansprüche in der Zukunft (ohne Aktien) belaufen sich heute auf etwa das Doppelte des Welt-BIP [79].

In einer sozial ausgeglichenen, balancierten Welt, in einer Welt, in der in Anlehnung an die EU-Armutdefinition alle Menschen ein Einkommen nach Steuern, Sozialtransfers und Familienausgleich mindestens in der Größenordnung der Hälfte des durchschnittlichen Welt-BIP's hätten, wäre es unvermeidbar, dass die tendenziell **stärksten Ökonomien diejenigen mit den meisten Menschen sind**. Das größte BIP hätten in 2050 wahrscheinlich China und Indien mit dann je **1,5 Milliarden Menschen**, oder eine EU, die um die Türkei, Russland und weitere Länder erweitert wäre, und vielleicht 800 Millionen Menschen zählen würde. Dagegen wäre die USA mit heute 300 Millionen Menschen eine zweitklassige Ökonomie und damit nicht mehr in der Prime Position. Es sei denn, sie würden die Grenzen nach Mexiko öffnen – aber da baut die USA derzeit eine Mauer. Alternativ könnten die USA auch die Einwanderung ausgewählter Menschen forcieren - aber da gibt es Grenzen dessen, was verkraftbar ist und da hat auch der 11.09.2001 ein Abbremsen zur Folge gehabt. Was sollen die USA tun?

Der US-Präsident hat einer **strategischen Doktrin** zu folgen. Diese verpflichtet ihn, Sorge dafür zu tragen, dass keine Macht auf diesem Globus je an die US-Macht heran- kommt. Er ist eben primär für das Wohl der US-Amerikaner zuständig, nur sekundär für das der Menschheit. Anders ausgedrückt: 5 % der Weltbevölkerung wollen den Globus auch weiterhin kontrollieren. Wenn sie diese Doktrin haben, dann müssen sie dafür Sorge tragen, **ein größeres Militär zu haben als alle anderen zusammen, die Energie- quellen zu kontrollieren, den Weltraum zu kontrollieren, Weltverträge zu ver- hindern** und ganz gewiss keine globale ökosoziale Welt zuzulassen. Sie müssen vielmehr einen Weg finden, wie 5 % der Weltbevölkerung den Rest der Welt auf Dauer dominieren können. Nur mit einer **Brasilianisierung** des Globus können sie mit wenigen Prozent der Menschen den Globus beherrschen. Wenn sie die Brasilianisierung des Globus wollen, können sie die Brasilianisierungstendenzen in reichen Ländern nicht verhindern, ja, müs- sen sie eigentlich sogar wollen.

Für die USA ist dieser letzte Aspekt, anders als für Europa, kein unüberwindbares Problem. Die USA sind ohnehin schon weit in dieser Richtung orientiert. Das hängt u. a. mit ihrem Status als Einwanderungsland und dem dortigen rigiden Kapitalismus zusammen. Der hier angedeutete Weg für die Welt hat die Brasilianisierung zur Folge. Die Normalbevölkerung eines Landes wie Deutschland wird – relativ betrachtet – deutlich ärmer werden. In der Folge wird die Normalbevölkerung in Deutschland auch nicht mehr so gut wie bisher ausgebildet sein, die Sozialversicherung wird schlechter werden, auch die Altersversorgung. Dabei wird zugleich über Verarmung, Marginalisierung, stärkere Manipulierbarkeit des Einzelnen die Demokratie in Deutschland im Sinne einer **sozialen Demokratie** ausgehebelt werden. Das ist ein Prozess, der durch die Globalisierung schon heute bei uns begonnen hat. Wenn sich also heute jemand für eine ökosoziale Gestaltung der Globalisierung einsetzt, dann kämpft er in der Regel nicht nur für den Schutz der Biosphäre und die Überwindung der Armut auf dieser Welt, sondern auch für sich selber: „**Insightful Selfishness**“ als Motivationsquelle. Diese ist eine der Hauptbotschaften des **Ökosozialen Forums Europa** und der **Global Marshall Plan Initiative**.

II. Governance und Demokratie

II.1 Governance und Demokratie – worum geht es?

Governance bezeichnet politisch-gesellschaftliche Steuerungs- und Regelungssysteme, mit deren Hilfe die Menschen die Verhältnisse untereinander regeln. In ~~vernünftig~~ funktionierenden Staaten ist jeweils das **Rechtsstaatlichkeitsprinzip** zentral. Alle Akteure bewegen sich in rechtlich geregelten Umfeldern, in denen eine **neutrale Justiz** die Rechtsaufsicht führt und Letztentscheidungen trifft. Viele Staaten sind über das Rechtsstaatlichkeitsprinzip hinausgehend als **Demokratien** organisiert. In diesen spielen der demokratische Prozess, die Verfassung, das Verfassungsgericht, oft auch die föderale Struktur und ebenso Selbstorganisationsstrukturen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine große Rolle. Die **EU als supranationale Struktur** weist ein interessantes, viele Staaten umfassendes, vertragsbasiertes Governancemodell auf, das für die zukünftige Organisation der Welt wichtige Anregungen geben kann [12, 56]. Betrachtet man jedoch die Tatsache, dass dieses System nicht in der Lage war, zum Einmarsch in den Irak eine konsistente Antwort hervorzubringen, werden seine Schwachpunkte deutlich. Ein Teil Europas marschierte mit den USA ein, ein Teil blieb draußen. Die **Vereinten Nationen** sind eine globale Governancestructur mit enormen Schwächen. Dies hat u.a. mit Vetopositionen verschiedener Staaten zu tun, die oft konträre Interessen haben.

Globalisierung bedeutet, dass Governance mehr und mehr durch **zwischenstaatliche Regelungen** erfolgt bzw. erfolgen sollte. Diese Entwicklung hebt teilweise die etablierte Governance in intakten Staaten aus. In einer globalisierten Welt erleben wir deshalb gleichzeitig (1) **inadäquate internationale Governance** bei (2) zunehmender **Aushebung bisher gelingender nationaler Governance**.

Demokratie in rechtsstaatlicher Umsetzung ist die übliche Governancestruktur erfolgreicher entwickelter Staaten. **Demokratie heißt Herrschaft des Volkes**. Jeder hat eine Stimme, jeder kann sich politisch engagieren. Dies ist ein sehr mutiges Prinzip: Eine Stimme, ob Mann oder Frau, jung oder alt, reich oder arm, klug oder dumm, qualifiziert oder nicht etc. Hier lässt sich bei jeder einzelnen Position argumentieren, dass das Stimmengewicht in diese wie in jene Richtung differenziert werden sollte. Letztlich scheint aber das Prinzip „**Jeder eine Stimme**“ dennoch das überlegene Prinzip zu sein, insbesondere, wenn es das Ziel des demokratischen Prozesses ist, die **Würde aller Menschen** ernst zu nehmen und zu sichern. Und richtig betrachtet ist es auch das Prinzip, das zu einer verantwortlich verstandenen „**Freiheit**“ korrespondiert. Diesen Aspekt diskutiert Amartya Sen [77] und ebenso in jüngerer Zeit Felix Ekardt [9] sehr überzeugend.

Gleiches Stimmrecht für alle betrifft die rechtlich-formale Seite der Demokratie, die mittlerweile in vielen Staaten nach harten Kämpfen in historischen Prozessen durchgesetzt ist. Sie korrespondiert weitgehend zu der Durchsetzung der klassisch-politischen **individuellen Menschenrechte**, also etwa dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, Gleichheit vor dem Recht, Recht auf politische Betätigung etc. Diese Rechte sind ohne Zweifel von höchster Bedeutung – nicht ohne Grund wurde hart dafür gekämpft, nicht ohne Grund haben **Feudalstrukturen** lange Zeit dagegen gehalten und brutale Gewalt angewendet, um sie zu verweigern. Rein lebenspraktisch können diese individuellen Rechte jedoch oft nicht oder nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Was tut jemand, der nicht ausgebildet bzw. nur unzureichend informiert ist, der marginalisiert, arm oder gebrechlich oder krank ist, mit diesen Rechten? Oft fehlt die **materiell-soziale Basis**, die die Voraussetzung dafür bildet, formale Rechte überhaupt voll wahrnehmen und voll teilhaben zu können. Damit werden viele ausgeschlossen, während privilegierte Gruppen profitieren. Nicht überraschend gibt es vielerorts massiven Widerstand dagegen, die tatsächliche Durchsetzung der sozialen Rechte zu fördern, denn das hätte Konsequenzen: Zusätzliche Besteuerung für Eliten, mehr Querfinanzierung zugunsten sozial Benachteilig-

ter, eine veränderte Machtverteilung. Das **marktfundamentale Globalisierungsprogramm** ist ein Programm zur lebenspraktischen Beschneidung sozialer Rechte. Die Realität gestaltet sich häufig derart, dass zwar die politischen Menschenrechte durchgesetzt sind, nicht aber die sozialen.

Sind die sozialen Rechte durchgesetzt, spricht man auch von **sozialer Demokratie**, ein Thema, mit dem sich **David Held** intensiv beschäftigt [20]. Eine soziale Demokratie erlaubt es insbesondere den 80 % Ärmeren, ihre Interessen gegen einen spezifischen Macht- und Interessenzugriff der 20 % Reichsten abzusichern, weil eben die 80 % demokratisch betrachtet die große Mehrheit der Wähler stellen und diese in sozialen Demokratien über das **Primat der Politik**, sofern dieses in Zeiten der Globalisierung noch durchgesetzt werden kann, über die Macht verfügen, ihre Position zu wahren [13, 44, 61]. In der Demokratie im Allgemeinen gilt dies oftmals nicht, sonst gäbe es nur soziale Demokratien.

Soziale Rechte, wie z.B. eine gute Ausbildung für alle und der Zugang zu Infrastrukturen, sind - nicht überraschend - gerade in Zeiten der Globalisierung ein „Kampffeld“ des politischen Prozesses. Hier wird teils mit verdeckten Karten gespielt [35]. Denn das Bildungsthema ist bezüglich des sozialen Ausgleichs einerseits und bezüglich der Machtverteilung andererseits das **vielleicht wichtigste Thema** überhaupt.

Al Gore, Friedensnobelpreisträger und früherer Vizepräsident der USA, ein Vorreiter in Sachen Klimaschutz, globaler Marshall Plan und Entwicklung, hat diesen Aspekt in seinem sehr empfehlenswerten neuesten Buch [18] sehr einprägsam anhand der **Sklaverei und ihrer Durchsetzung** in der damals jungen US-Demokratie beschrieben, und zwar am Beispiel eines früheren Sklaven mit Namen Douglass, der frei gelassen wurde, sich **heimlich** Lesen und Schreiben beigebracht hatte und später im politischen Kampf gegen

die Sklaverei eine große Rolle spielte. Al Gore schreibt hierzu mit Bezug auf die einschlägige Literatur Folgendes:

*„Dazu schrieb der Historiker François Furstenberg, der sich mit Douglass beschäftigte: „Bemerkenswert ist, dass Douglass, der die brutale Gewalt der Sklaverei am eigenen Leib zu spüren bekommen hatte, zu der Einsicht gelangte, dass **das Analphabetentum** (im Gegensatz zur rohen Gewalt) für ‚die Macht des weißen Mannes, den schwarzen Mann in die Sklaverei zu zwingen‘ eine Erklärung lieferte. Dies war mehr als eine intellektuelle Einsicht. Es war eine ‚Offenbarung‘ in einem geradezu religiösen Sinn. Der Eintritt in die Gemeinschaft derer, die des Lesens mächtig waren, glich einer **Wiedergeburt**, die Douglass aus dem sozialen Tod in ein neues Leben führte. Douglass ging der wesentliche Zusammenhang zwischen Alphabetisierung und Freiheit, zwischen Unwissenheit und **der ‚Eignung‘ als Sklave** auf.“³ (S. 360)*

Globalisierung erschwert heute den sozialen Ausgleich in entwickelten Ländern. Die Politik muss in Ländern wie Deutschland teilweise Prozesse des **sozialen Rückbaus** managen, die eigentlich die große Mehrheit der Wähler wie auch der Politiker ablehnen, die aber **nicht verhindert werden können**, weil andernfalls Kapital, Unternehmen und Köpfe verstärkt begännen, das Land zu verlassen. Wie argumentiert man als Politiker in derartigen Situationen? Oft, indem man das eigentliche Problem leugnet und „Verlierer“ zu „Schuldigen“ macht.

In diesem Kontext entstehen dann merkwürdige Konstellationen öffentlicher Kommunikation. Als Bürger fragt man sich dann manchmal, wie einzelne unserer politischen Führer heute die Themen Demokratie und soziale Demokratie betrachten. Bei der letzten Bundestagswahl zeigte der Ministerpräsident eines leistungsstarken süddeutschen Bundeslandes eine gewisse Irritation über das demokratische Prinzip „Jeder Mensch hat eine Stimme“. Der Ministerpräsident gab nämlich zu verstehen, dass er irritiert darüber sei, dass unter Umständen **„Frustrierte“** im Osten Deutschlands die Wahl entscheiden könnten. Was wollte er uns damit sagen? Wollte er sagen, dass „Frustrierte“ oder „Verlierer“

nicht mitwählen dürfen, oder wollte er sagen, dass „höchstens so viel Frustrierte mitwählen dürfen, dass sie keinen Einfluss auf das Wahlergebnis haben“? Das wäre jedenfalls eine sehr interessante Variante von Demokratie, wenn „Frustrierte“ und „Verlierer“ nicht mehr wählen dürften. Wenn man diese Meinung vertritt, diese aber letztlich nicht artikulieren darf, dann müsste man vielleicht gewaltige Manipulationsinstrumente – oder auch Frustrationsinstrumente – fördern, damit „Frustrierte“ und „Verlierer“ nicht mehr zu Wahl gehen – sonst könnten diese mit ihrer Stimme ja tatsächlich die Rahmendbedingungen ändern.

Vor kurzem war ein anderer Ministerpräsident aus einem weiter nördlich gelegenen Bundesland an dieser Stelle ebenfalls irritiert. Ihn irritierte, dass in Vorpommern schon mehr als die Hälfte der Wähler **Empfänger von Transfereinkommen** sind. Was wollte er uns damit sagen? Vielleicht wollte er gegen ein ökonomisches System argumentieren, das so viele Arbeitslose produziert, während **gleichzeitig viele Arbeitnehmer von ihrem Lohn kein würdevolles Leben mehr führen können**. Aber nein, das war nicht sein Thema. Eher schien er die Sorge zu haben, diese Hälfte von „Alimentierten„ könnte einmal beschließen, sich das Transfereinkommen zu verdoppeln. Das wäre ja bedrohlich für die Demokratie!? Am liebsten wäre ihm vielleicht, dass Empfänger von Transfereinkommen, weil sie ja mit Transfer bedient (alimentiert) werden, im Gegenzug nicht mehr wählen dürfen. Zumindest sollten sie keinen Einfluss auf die Höhe von Transfereinkommen nehmen dürfen. **„Volles Wahlrecht nur für Bürger, die kein Transfereinkommen in Anspruch nehmen.“** Wenn man in diese Richtung weiterdenkt, erreicht man de facto irgendwann wieder das **„Preußische Dreiklassenwahlrecht“**, von dem manche Eliten nach wie vor träumen. Interessanterweise war die Frage, ob man den Kreis der Wahlberechtigten auf „Eigentümer von Sachwerten“ beschränken soll, auch eine zentrale Frage bei der Ausgestaltung der US-Demokratie im Kontext des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, wobei diese Forderung schließlich fallengelassen wurde [18].

Anders formuliert: Unter dem Druck der Globalisierung erodiert die Zustimmung zur sozialen Demokratie Schritt für Schritt an vielen Stellen. **Wachsamkeit tut Not.**

II.2 Die US-Demokratie – quo vadis?

In einer historischen Perspektive steht die US-Demokratie für einen vielversprechenden Anfang, einen grandiosen Erfolg und eine „**Fackel**“ für die Welt. Von den Anfängen her musste dieser Erfolg gegen viele Anfeindungen verteidigt werden. Zugleich mussten im historischen Prozess massive Schwachstellen der jungen US-Demokratie, etwa in der Frage der Sklaverei, ausgemerzt werden. Schlüsselthemen des historischen Prozesses waren u.a. der **Bürgerkrieg**, die **Abschaffung der Sklaverei**, die Stärkung der Rechte von Menschen schwarzer Hautfarbe im Rahmen der **Bürgerrechtsbewegung**, der **New Deal** unter Präsident Roosevelt, der **Marshallplan** nach dem 2. Weltkrieg, die **Auseinandersetzung mit der Sowjetunion**, das **neoliberale Programm** der jüngeren Zeit und die **Verfehlungen und Verwerfungen** in der Regierungszeit von **George W. Bush** in der Folge des 11. September 2001. Hierbei handelt es sich um ein auch von **religiösem Fundamentalismus** [91] geprägtes Programm der Hegemonie und Dominanz, das einen völkerrechtswidrigen Krieg, den Bruch von UN-Konventionen und die Ausspionierung der eigenen Bevölkerung beinhaltet [71] und einen großen Schatten auf die USA und die dortige Demokratie geworfen hat. Diese Sichtweise ist aus US-Perspektive auch in extrem deutlicher Sprache im neuesten Buch des **früheren Oskar Preisträgers, US-Vizepräsidenten und Friedensnobelpreisträgers Al Gore** [18] dargestellt, das als Lehrstück für die Frage gelten kann, was eine Demokratie im Kern ausmacht, wo die Gefährdungen liegen und wo Aufmerksamkeit geboten ist. Al Gore zeigt für die USA auf, wie weit sich die **Demokratie in den USA** von den Vorstellungen ihrer Gründungsväter entfernt hat.

Al Gore steigt tief in die Grundfragen der Demokratie ein. So beleuchtet er die Wechselwirkung zwischen bürgerlichen Rechten und ökonomischer Leistungsfähigkeit bzw. Verfügbarkeit über **Eigentum**, geht dazu zurück in die Gründungsphase der Vereinigten Staaten bis hin zum Thema **Sklaverei** und den damit verbundenen Besitzfragen. Fast skurril erscheint im Rückblick die **Drei-Fünftel-Mensch-Regel für Sklaven** (ohne Rechte für Sklaven) bei der Festlegung der Wahlbezirke für den Kongress. Im Einzelnen schreibt Al Gore [18]:

„Leider reichten weder Moral noch Logik, um das krude Verständnis von „Eigentum“, auf dem die Sklaverei basierte, abzuschaffen. Die Sklaverei war leibhaftige Verhöhnung der Prinzipien der Demokratie. An der Aufnahme der berüchtigten „Drei-Fünftel-Klausel“ (Sklaven hatten zwar kein Wahlrecht, wurden aber für die Zuteilung der Sitze im Kongress zum Vorteil der Sklaven haltenden Südstaaten als Drei-Fünftel-Menschen eingerechnet) in die US-Verfassung zeigt sich die moralische Blindheit der Verfassungsväter gegenüber der Sklaverei. Die Aufnahme dieser Klausel in die Verfassung von 1789 war ein Beispiel für die Korruption der Demokratie durch das Festhalten an einem unmenschlichen Eigentums-„Recht“.“ (S. 115)

Genauso intensiv widmet sich Al Gore der Frage der **Freiheit** in ihren verschiedenen Ausprägungen, insbesondere der **politischen** und **ökonomischen Freiheit**. Beide sind miteinander verknüpft, aber nicht in „platter“ Form, wie sie gerne von Marktfundamentalisten dargestellt wird, sondern in diffiziler Weise. Im Einzelnen schreibt Al Gore [18]:

„Im Kern besteht die Freiheit aus einer Doppelhelix: Zwei Stränge tauschen sich miteinander aus: die politische Freiheit und die ökonomische Freiheit. Soll die Struktur der Freiheit gewahrt bleiben, dann müssen allerdings beide Stränge trotz der engen Verschlingung ihre Unabhängigkeit behalten. Wenn man die politische und die ökonomische Freiheit in der Geschichte der Freiheit als Geschwister ansieht, dann stellt die inzestuöse Verbindung von Wohlstand und Macht die tödlichste Gefahr für die Demokratie dar. Wo Einfluss für Geld zu kaufen ist, da reicht schon die Konzentration auf einen der beiden Faktoren aus, um die korrumpierende Wirkung zu verdoppeln. Dann dreht sich die Spira-

le der Freiheit unweigerlich abwärts in Richtung schädlicher Verbindungen von politischer und wirtschaftlicher Macht." (S. 98/99).

Weiter führt er aus:

„Die Väter der US-Verfassung kannten die Gefahren, die eine Konzentration des Wohlstands mit sich bringt. Sogar der große Konservative Alexander Hamilton beschrieb kurz vor dem Verfassungskonvent von 1787 in Philadelphia „den wahren Charakter der menschlichen Natur“, der dem neuen Staat Schaden bringen könnte: „Wenn die Privatvermögen wachsen und sich in wenigen Händen konzentrieren; wenn die Gesellschaft vom Überfluss bestimmt wird; dann wird die Tugend bald nur noch als schmückendes Anhängsel des Reichtums gelten und der Staat wird sich von seinen republikanischen Idealen entfernen.“¹

Schon der römische Geschichtsschreiber Plutarch, mit dessen Schriften viele der amerikanischen Gründerväter vertraut waren, hat gewarnt, dass „ein Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich der älteste und tödlichste Fehler aller Republiken“ sei.

Der Philosoph des Kapitalismus Adam Smith schrieb in Der Wohlstand der Nationen über die reichen, mächtigen und korrupten Eliten der gesamten Menschheitsgeschichte vor dem Anbruch des von ihm erhofften, neuen Zeitalters: „Alles für uns und nichts für die anderen scheint zu jeder Zeit der schändliche Grundsatz der Herrschenden zu sein.“² (S.100/101)

Besonders wichtig ist Al Gore [18] die **Verteidigung des öffentlichen Raumes** und eines **gleichmäßigen Zugangs** zu dieser „Bühne“ für alle Menschen in der Organisation einer Konkurrenz der besten Idee, gerade nach den Erfahrungen mit dem Totalitarismus des 20. Jahrhunderts. Hierzu zitiert er Hannah Arendt und führt weiter aus:

„Hannah Arendt hat über den Totalitarismus im 20. Jahrhundert geschrieben und die Bedeutung des öffentlichen Raums für diesen Prozess betont: „Das einzige Mittel, das Eindringen korrumpierender Privatinteressen in den öffentlichen Raum zu verhindern, ist die Öffentlichkeit selbst, da jegliches, was öffentlich geschieht, dem Lichte der Öffentlichkeit preisgegeben ist, und jeder, der öffentlich agiert, weithin sichtbar ist.“⁵

Ist dieser Raum nicht wirklich offen, dann werden diejenigen, die den Zugang kontrollieren, zu Torwächtern. Verlangen sie Geld für den Zutritt, dann haben Wohlhabende mehr Möglichkeiten der Einflussnahme. Gute Ideen aus den Köpfen von Männern und Frauen, die sich den Zugang zum öffentlichen Raum nicht leisten können, sind dann auch nicht mehr zur Erwägung verfügbar. Werden diese Meinungen aber blockiert, dann leidet die Meritokratie der Ideen darunter, die schon immer der Herzschlag des Prinzips Demokratie war. Der Prozess der Demokratie ist dann nicht mehr durch das Vernunftprinzip abgesichert und kann manipuliert werden.

Genau das ist in Amerika geschehen. Ein leicht zugänglicher Marktplatz der Ideen in den Printmedien wurde abgelöst durch einen Bereich im Fernsehen mit beschränktem Zugang, was in den Vereinigten Staaten zu einem radikalen Umbruch bei der Art und Weise des Meinungs austauschs geführt hat.

Wenn sich nur noch die Vermögenden den Eintritt in das Forum leisten können, aus dem die Mehrheit der Bevölkerung ihre Informationen bezieht, dann gewinnen diejenigen, die den Eintritt bezahlen können, automatisch an Einfluss und ihre Ansichten erhalten mehr Gewicht. Die Schwerpunkte des Staates verlagern sich.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Abschaffung der Erbschaftssteuer für das reichste Hundertstel von einem Prozent der amerikanischen Familien erhielt weitaus mehr Aufmerksamkeit in den neuen Medien als die Einrichtung wenigstens einer minimalen medizinischen Grundversorgung für viele Millionen Familien, die heute überhaupt nicht krankenversichert sind." (S. 102/103)

Als großes heutiges Problem der Demokratie in den USA identifiziert Al Gore also die **Dominanz der Kommunikation über ein Fernsehen** ohne Rückkanal als Instrument der politischen Beeinflussung, mit dessen Hilfe **Menschen getäuscht und dumm gehalten** werden können. Der aktuellen Administration wirft er vor, dass die **Verdummung und Täuschung** der Bürger zentrales Politikziel ist. In [18] heißt es hierzu:

„Die Ahnungslosigkeit der Bürger wird einfach vorausgesetzt. Bush könnte ein Gesetz, das die Luftverschmutzung verschlimmert, niemals glaubwürdig „the clear skies initiative“ (Programm für einen sauberen Himmel) nennen – oder ein Gesetz zum vermehrten Holzeinschlag in den geschützten Staatswäldern „the healthy forests initiative“ (Programm für gesunde Wälder) -, wenn er nicht absolut sicher sein könnte, dass die Öffentlichkeit nie etwas über die tatsächlichen Folgen dieser Gesetze erfährt.“ (S. 106)

Al Gore´s Botschaft lautet kurz zusammengefasst: Die Demokratie wird ausgehebelt, wenn **politische Durchsetzungsmacht** sich auf die Platzierung von Fernsehspots in einem von privaten Eigentumsrechten und administrativen Genehmigungsrechten her bestimmten Mediensystem reduziert. Al Gore beschreibt, was es bedeutet, wenn die Finanzierung entsprechender Fernsehspots im Wahlkampf im Wesentlichen über **Spenden vermögender Persönlichkeiten** an den Kandidaten gesichert werden muss – und welcher Preis dafür bezahlt wird.

Die Hinweise von Al Gore leiten sich ab von einer Gleichgewichtsanalyse mit Blick auf das **Prinzip der Gewaltenteilung**. Hierzu schreibt er:

„Die amerikanische Demokratie funktioniert nach einer zweigeteilten Zauberformel: aus einem System der gegenseitigen Machtkontrolle und der Machtbalance (checks and balances) zwischen den drei staatlichen Gewalten auf der einen und aus dem Vernunftprinzip im politischen Handeln (rule of reason) auf der anderen Seite.“

„Mit anderen Worten: Im Staatsgefüge muss der Verstand von der „Eigenliebe“ der Individuen unabhängig funktionieren und sich vielmehr auf das Gemeinwohl richten, indem sichergestellt wird, dass jeder Einzelne oder jede kleine Gruppe bei der Ausübung von Macht stets in Verhandlungen mit anderen tritt und sie davon überzeugt, dass ihre Art der Machtausübung einer Überprüfung durch die Vernunft standhält.

Die Verfassungsväter bauten auf eine „gut informierte Bürgerschaft“, um dem Vernunftprinzip und der freien Meinungsäußerung zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei reichte aber Vernunft allein nicht aus, um den Bestand der Demokratie zu sichern. So stellte Madison in Artikel 51 der Federalist-Papers fest: „Die Abhängigkeit vom Volk stellt zweifellos die wichtigste Kontrolle der Regierung dar. Aber die Erfahrung hat die Menschheit gelehrt, dass zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen erforderlich sind.“²“

Bei diesen „zusätzlichen Vorsichtsmaßnahmen“ dachte er an jenes System der Machtkontrolle und Machtbalance, das von der US-amerikanischen Verfassung dazu ausersehen ist, einer Konzentration von Macht in den Händen weniger vorzubeugen und die jeweiligen Machthaber zu zwingen, ihre Ansichten nach dem Vernunftprinzip voreinander zu

rechtfertigen. Nur wenn diejenigen, die Macht ausüben, dabei in einen Prozess der Beratungen eingebunden sind, kann bei der Machtausübung Vernunft eine zentrale Rolle spielen. Die Gewaltenteilung und das System der Machtkontrolle und Machtbalance bilden somit die wesentlichen Bestandteile des demokratischen Rahmens, in dem Vernunft sich entfaltet." (S. 288/289)

Wichtig ist insbesondere auch, die **Übersetzung finanzieller Macht in politische Macht zu verhindern**. Hierfür hatten die Verfassungsväter besondere Mechanismen entwickelt, die mittlerweile ausgehebelt wurden. Im Einzelnen führt Al Gore [18] aus:

„Es muss unbedingt daran erinnert werden, dass der Präsident neben seiner Autorität, „die Gesetze getreu auszuführen“ – so Artikel II der Verfassung –, weitere Befugnisse ausübt, die ihm der Kongress durch besondere rechtliche Regelungen mit zahlreichen Schutzbestimmungen überträgt: Letztere sollen sicherstellen, dass die jeweiligen Gesetze auf sorgfältige und angemessene Weise umgesetzt werden. Dabei wird häufig ausdrücklich das Ziel hervorgehoben, finanzkräftige und einflussreiche Kreise mit Privatinteressen daran zu hindern, die Kontrolle über jene Verfahren zu gewinnen, welche die Wahrung des öffentlichen Interesses gegen private Einflussnahme gewährleisten sollen.“ (S. 303)

Zur Eindämmung der heutigen Dominanz des Fernsehens und kurzer Fernsehspots zur Durchsetzung politischer Interessen schlägt Al Gore vor:

„Als eine weitere wichtige Aufgabe in dieser Phase der Verletzlichkeit brauchen wir neue Ansätze, die dafür sorgen, dass hohe Einzelspenden an Kandidaten für wählbare Ämter nur noch eine beschränkte Bedeutung haben. Ich bezweifle die Wirksamkeit jeder Art von Reform, solange die kostspieligen TV-Werbespots von 30 Sekunden das wichtige Mittel für Kandidaten bleiben, um sich dem Wähler zu präsentieren. Trotzdem trete ich seit langem für eine umfassende und ausreichende öffentliche Finanzierung aller Wahlkämpfe auf Bundesebene ein – wobei sich die Kandidaten im Gegenzug natürlich zu einem Verzicht auf private Spenden bereit erklären müssen. Obwohl ich der Verabschiedung eines solchen Gesetzes nur geringe Chancen gebe, lohnt sich dennoch der Vorstoß angesichts des erheblichen Schadens, den die vornehmlich private Finanzierung des Wahlkampfs in unserer Demokratie anrichtet.“ (S. 343)

Eine Hoffnung für die Zukunft sieht er in den Möglichkeiten des Internet, vor allem der Nutzung als Rückkanal und als Medium zur Bildung sozialer Koalitionen und **Netzwerken im Sinne des WEB 2.0**. Im Einzelnen führt er aus:

„Zum Glück verfügen wir bereits über ein Instrument, mit dem sich der einzelne Bürger über eine solide Verbindung wieder in einen lebhaften und offenen Gedankenaustausch zu den Themen einbringen kann, die den Verlauf der Demokratie bestimmen: Das Internet birgt das Potential, den Bürgern jene Rolle zurückzugeben, die ihnen der Geist der Verfassung einst zugewiesen hat.

So wie der Buchdruck die Demokratie entscheidend förderte und die elektronischen Medien ihr ab dem ersten Viertel des 20. Jahrhunderts neue Impulse gaben, so bietet jetzt das Internet dem Einzelnen neue Möglichkeiten, um die Demokratie wieder mit gesundem Leben zu erfüllen, obwohl das Internet mit dem Fernsehen als Massenmedium bislang nicht konkurrieren kann.

Tatsächlich ruhen auf dem Internet die wohl größten Hoffnungen darauf, einen offenen kommunikativen Raum für die demokratische Diskussion zu schaffen, die Hürden für einen Einstieg sind niedrig. Und die Gedanken, die der Einzelne einbringt, stellen sich dort den Regeln des geistigen Wettbewerbs. Das Internet ist das interaktivste Medium der Geschichte mit dem bedeutendsten Potential, die einzelnen Bürger untereinander und mit einem Universum des Wissens zu vernetzen.“ (S. 345)

Dass auch hier Wachsamkeit erforderlich bleibt, etwa bezüglich der **Regulierung des Internet**, ist klar. Hierzu führt Al Gore aus:

„Das Internet ist wie jedes Instrument für perverse und für gute Zwecke nutzbar. Und wie immer muss der Einzelne die klugen Entscheidungen treffen, wie und wozu er die enormen Möglichkeiten dieses Mediums einsetzt, insbesondere in einer Demokratie.

Gerade so, wie die Märkte entwickelt und geschützt werden, muss auch das Internet ausgebaut und reguliert werden – durch die Einführung von fairen Regeln für den Zugang und die Nutzung nach rechtsstaatlichen Prinzipien. Ebenso begeistert, wie einst die US-Gründerväter für die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse eintraten, müssen wir heute darum kämpfen, die Freiheit im Internet zu bewahren. Und wie damals geht es dabei auch heute um einen Beitrag zum Fortbestand unserer Republik.“ (S. 346)

Des weiteren ist es ihm ein Anliegen, das Internet vor dem Zugriff starker ökonomischer Akteure, z. B. Netzbetreiber oder Systemanbieter, zu schützen und als **neutrales offenes Netzwerk** zu erhalten. Im Einzelnen sagt er hierzu:

„Dabei ist sicherzustellen, dass das Internet allen Bürgern offensteht und der Einzelne uneingeschränkt die Möglichkeit hat, unabhängig von dem Provider, über den er mit dem World Wide Web verbunden ist, alle verfügbaren Informationen abzurufen. Doch dies steht für die Zukunft leider in Frage. Wir müssen gewappnet sein angesichts der Gefahr, dass einzelne Unternehmen im Internet eine marktbeherrschende Stellung erringen und damit auch eine Kontrolle über den Marktplatz der Ideen. Dies darf niemals geschehen. Vielmehr müssen wir alles daransetzen, dass dieses Medium, das die Zukunft der Demokratie mit prägen wird, mit Blick auf seine Rolle als einem offenen und freien Forum der Gedanken und Meinungen ausgebaut wird.

Dem stehen indes verschiedene technische und politische Hindernisse entgegen, und wie diese zu überwinden sind, müssen wir kollektiv auf nationaler Ebene entscheiden.

Wie Vinton G. Cerf, einer der Gründerväter des Internet, 2006 vor dem Kongress verkündete: „Das pulsierende Ökosystem der Innovationen im Internet verschafft Millionen von Amerikanern Wohlstand und Chancen. Dieses System, das auf einem neutralen offenen Netzwerk beruht, muss gepflegt und gefördert werden.“¹⁹ (S. 347)

Abschließend sei auch der Blick von Al Gore, der sich seit Jahrzehnten für Umweltschutz, einen globalen Marshall Plan und Entwicklung engagiert, auf das Thema **Sicherheit** wiedergegeben, das in der jüngsten US-Politik eine so dominante und fehlorientierte Rolle spielt.

„Im vergangenen Jahrhundert hat sich die Erdbevölkerung von 1,6 Milliarden im Jahr 1900 auf 6,6 Milliarden vervierfacht. Zudem hat sich die durchschnittliche Umweltbelastung, die im Durchschnitt jeder Einzelne verursacht, durch neue Technologien tausendfach erhöht. Diese Veränderungen haben die Grundbeziehungen zwischen dem Menschen als Spezies und dem Planeten Erde radikal verändert. Unser „Fußabdruck“ ist dabei nicht nur an den Auswirkungen der gesamten CO₂-Menge messbar, die wir täglich in die Erdatmosphäre entlassen, sondern auch daran, dass wir in jeder Sekunde an jedem Tag eine Waldfläche von der Größe eines Fußballfeldes vernichten und dass bei der Beibehaltung

der gegenwärtigen Fangquoten praktisch jede bedeutende Fischart in den Weltmeeren in knapp einem halben Jahrhundert ausgerottet sein wird." (S. 272/273)

„Von diesem neuen Standpunkt aus können wir ein neues Sicherheitskonzept für die USA und die Welt entwickeln und es umsetzen. Unsere Sicherheit wird vor allem bedroht von der globalen Umweltkrise, die den gesamten menschlichen Fortschritt zunichte machen könnte, wenn wir ihr nicht entschlossen und wirkungsvoll begegnen. Schon jetzt richten die immer häufigeren schweren Dürren, die gewaltigen Überschwemmungen und heftigen Stürme verheerende Schäden an.

Zweitens bahnt sich bei der Versorgung der Weltbevölkerung mit Wasser eine Krise an, bei der mehrere Faktoren zusammenwirken: das rasante Wachstum der Nachfrage, das Abschmelzen der Schneemassen und Gebirgsgletscher durch die globale Erwärmung sowie die Verminderung der Wasserqualität durch die zunehmende Umweltbelastung und eine unzulängliche Aufbereitung bereits genutzten Wassers." (S. 219/220).

Al Gore hat ein bemerkenswertes Buch geschrieben, über die US-Demokratie im Speziellen, über die Demokratie im Allgemeinen und darüber, wie alle diese Themen zusammenhängen. Wie bei Al Gore wird in dem vorliegenden Text **Bildung für alle** als zentrale Voraussetzung für Teilhabe, für sozialen Ausgleich und für eine funktionierende Demokratie angesehen [52]. Deshalb wird diesem Aspekt in dem Kapitel III und IV als Teil der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen viel Aufmerksamkeit gewidmet. Dieses wichtige Themenumfeld leitet dann auch über zu einer vertieften Thematisierung der sozialen Demokratie im nächsten Kapitel.

II.3 Sozialer Ausgleich und soziale Demokratie – wie sind die Zusammenhänge?

Dem Begriff des **Sozialen** kann man sich von mehreren Seiten nähern. In den politischen Wissenschaften hat Held [20], wie schon erwähnt, den Begriff der **sozialen Demokratie** geprägt. Es geht dabei um die Durchsetzung der **sozial-ökonomischen Menschenrechte**, also um die materielle Basis dafür, seine bürgerlichen Rechte überhaupt wahr-

nehmen zu können. Wichtige Themen sind Ausbildung, Partizipation, Beschäftigung, Gesundheitssystem, Rentensystem etc. Eine Gesellschaft ist in diesem Sinne **sozial**, wenn sie für alle Menschen ein Leben in Würde und die Entfaltung ihrer Potentiale, eine volle Partizipation am gesellschaftlichen Leben und Teilhabe am Zuwachs des Wohlstands ermöglicht. Es geht um **Chancengleichheit** als Eingangsvoraussetzung für Teilhabe, aber auch um das **Ergebnis am Ende des ökonomischen Prozesses**. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Amartya Sen [77] und Felix Ekardt [9] von Fragen der Freiheit her kommend.

Ein anderer Zugang zum Sozialen findet sich in den **stärker von der Mathematik her kommenden** Untersuchungen des 2. Autors und weiterer kooperierender Wissenschaftler [28, 29, 42, 52, 54, 56, 61, 62, 63] zum Thema. Dieser zielt auf den Anteil des Volkseinkommens, der bei den 80 % Ärmeren eines Landes als Einkommen nach Steuern, Sozialtransfers und Familienausgleich ankommen sollte, damit ein Land in einem guten Zustand ist, auch was die Lage der Demokratie anbelangt. **Empirisch** wie **theoretisch** liegt diese Situation vor, wenn ein günstiger so genannter Equity-Faktor von 50 % - 65 % vorliegt (vgl. hierzu erneut Abb. 3). Die **Armutsdefinition der EU** entspricht dabei einem Equityfaktor von (wenigstens) 50 %. Wie zuvor in Verbindung mit der EU-Armutsdefinition schon diskutiert, spannt dies den Raum des Anzustrebenden von der Situation in den **USA** (Grenzfall; Equity knapp unter 50 %) bis zu **Finnland** (Equity 65 %). Größter Reichtum, gute Ausbildung für alle, langfristig höchstes Wachstum, hoher sozialer Ausgleich fallen weitgehend zusammen. Hier muss nicht das eine zu Lasten des anderen gewählt werden, wie Marktfundamentalisten gerne suggerieren. Dies wird in [52, 58, 65] begründet. Im Zentrum steht die Rolle einer **Ausbildung für alle** und die (aus guten Gründen) **hohen Kosten für Ausbildung** [1, 52], wenn man nicht auf **Einwanderung und „Brain Drain“** als kostengünstige Alternative setzt – eine Variante, die die USA als Einwanderungsland schon lange zu ihren Gunsten und zum Nachteil ärmerer Länder nutzen. (Dem steht nicht entgegen, dass Einwanderer oft viel Geld in ihr Heimat-

land zurück überweisen). Hier sei erneut auf die Arbeiten von Sen [77] und Ekardt [9] verwiesen, ebenso auf den Bezug zu den Millenniumsentwicklungszielen.

Der interessante Befund aus der Equity-Theorie der Folgende: Die soziale Demokratie im Sinne von Held [20] und eine „balancierte“ Equity im Sinne von [28, 52, 65] sind als Konzepte **weitestgehend identisch**. Ausnahmen betreffen (**kleine**) **Enklaveländer** wie einerseits Steuerparadiese à la Lichtenstein oder Ressourcenlieferanten wie Kuwait mit sehr kleiner Bevölkerung. Reichtum ist hier „**geliehener**“ **Reichtum**. Diese Lösung ist nur für wenige Menschen möglich. Häufig ist dann ein patriarchalisches System der Preis, das den „geliehenen“ Reichtum als Privilegien verteilt. Von dieser Seite her ist dann die Demokratie nur eingeschränkt verwirklicht. Daher gilt weitgehend:

Soziale Demokratie = Demokratie mit balancierter Equity

II.4 Demokratie, sozialer Ausgleich, soziale Demokratie – weitere Zusammenhänge

Im Folgenden werden für eine genauere Unterscheidung der Verhältnisse drei Arten von sozialem Ausgleich im Sinne der Equity Theorie unterschieden, nämlich **balancierte Equity**, **unbalancierte Equity** und **Apartheid**. Es wird gefragt, in wie weit dies zu **demokratischen Verhältnissen** korrespondiert bzw. korrespondieren kann.

In großen Ländern mit Mehrheitswahlrecht, primär wirtschaftsfinanzierten Parteien etc., haben die 80 % es oft nicht leicht, was den sozialen Ausgleich anbelangt. In Ländern wie Brasilien ist die Lage der 80 % noch schwieriger, weil die Staatsmacht oft die Interessen

der 20 % verfolgt. Nur da, wo Demokratie sozial ausgerichtet und balanciert ist, setzen die 80 % generell durch, dass ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt „ausreichend“ hoch ist. „Ausreichend“ bedeutet, dass **Verkleinerungen der Quote für die 80 % zu größerem Wachstum führen**. Nicht durchsetzbar sind Verkleinerungen der Quote für die 80 %, wenn diese zu geringerem Wachstum führen, denn **warum sollten in einer Demokratie die 80 % einen kleineren Anteil von einem kleineren Kuchen akzeptieren?** Insofern kann es in sozialen Demokratien eine Situation, in der die 80 % weniger haben als 80 % vom Bruttoinlandsprodukt, nur dann geben, wenn dieser „Verzicht“ das Wachstum fördert und zugleich das Wachstum und die resultierende Ungleichheit sozial „verkräftbar“ sind. Wie oben bereits erwähnt, gilt dies allenfalls bis in die Nähe einer Quote von 50 %. Sinkt die Quote der 80 % unter 50 %, wird das Wachstum geringer als möglich. **Der Optimierungsbereich bewegt sich dabei zwischen 50 und 65 %.**

Ist die Demokratie in ihrem Charakter eher formal, nicht sozial, gibt es z.B. ein **Mehrheitswahlrecht** (oft problematisch für soziale Demokratien) und/oder rassische oder religiöse Spaltungen, einen **Sprachenstreit**, historische Altlasten (wie bei der Auflösung des früheren Jugoslawiens) oder dominiert eine Elite und beherrscht die Medien und die Presse, dann kann voller sozialer Ausgleich nicht durchgesetzt werden. Oft wird nur ein Minimum an sozialem Ausgleich erreicht, das dennoch **mehr ist als nichts**. Dies hat der erste Nobelpreisträger aus einem Entwicklungsland, Amartya Sen, so formuliert: **„In Demokratien verhungert man nicht.“** In Demokratien gilt außerdem meist **Niederlassungsfreiheit**. Die Ärmsten dürfen z.B. in die Slums am Rande der Großstädte ziehen, was oft mehr Optionen bietet, als auf dem Land zu bleiben.

Der Globus ist, wie bereits beschrieben, keine Demokratie. Deshalb geht es den Ärmsten im globalen Vergleich noch viel schlechter als es in einer Verhältnisbetrachtung den ärmsten Menschen in Demokratien geht, die nicht sozial sind. Auf dem Globus verhungern jeden Tag 24.000 Menschen. Seit dem 11.09.2001 sind **12.000 Mal so viele**

Menschen verhungert, wie am 11.09.2001 in einem furchtbaren Terroranschlag in zwei Türmen umgekommen sind. Zur Lösung ihrer Probleme wird fast nichts getan. In einer Demokratie würden, wie zuvor dargestellt, alle Menschen bezüglich ihres Einkommens rasch über 2 Dollar pro Tag gehoben werden, z.B. über eine **Weltsozialhilfe** oder ein **weltweites bindungsloses Grundeinkommen**. Die Ärmsten dürften in die reiche Welt an die Ränder der Städte ziehen, was ihre Lage deutlich verbessern würde. Gerade das wird heute brutal bekämpft.

Dabei scheint es bzgl. der Situation in Europa so zu sein, dass der häufige Tod der afrikanischen „Boat People“ im Mittelmeer oder im Atlantik billigend in Kauf genommen wird. Die Opfer sind eben primär Wirtschaftsflüchtlinge. Anders war es, als zu Zeiten der vietnamesischen **Boat People** die **Cap Anamur-Aktivisten** zur Rettung aufbrachen. Damals gelang es mit Unterstützung der Medien Zustimmung zur Rettung von vietnamesischen Boat People zu gewinnen. Diese flüchteten vor dem Kommunismus und den Kommunisten in Vietnam, die damals als die „Bösen“ positioniert waren. Das Leben der damaligen Boat People war aus politischen Gründen bedroht. **Hier musste der „freie“ Westen helfen.**

Der Tod zahlreicher afrikanischer „Boat People“ wird billigend in Kauf genommen, ganz anders übrigens als zu Zeiten der vietnamesischen **Boat People**. Als die Kap Anamur-Aktivisten damals zur Rettung aufbrachen, waren sie Helden, weil sie „Helden“ retteten, nämlich vietnamesische Boat People, die vor dem Kommunismus und den Kommunisten flüchteten. Als sie 2004 das gleiche im Mittelmeer tun wollten, wurde ihr Schiff beschlagnahmt und die Besatzung angeklagt wegen **„bandenartiger Beihilfe zur illegalen Immigration nach Europa“**.

Tatsächlich gilt, dass die Abwehr des Zuzugs der Bevölkerung der ärmeren Länder einer der wichtigsten Mechanismen ist, um Armut und Reichtum in regionaler Aufteilung zu

perpetuieren. Nur in einer solchen Situation ist „Brain Drain“ ausgewählter Menschen (Humanpotentiale) der ärmeren Länder, die als Ausnahme in die reiche Welt dürfen, ökonomisch so interessant, wie das heute der Fall ist [1, 52, 56, 65].

Nicht überraschend ist, dass die Ungleichheiten auf dem Globus insgesamt eine Größenordnung über den Ungleichheiten selbst der ungleichsten Länder liegen [29], weil der Globus als Ganzes eben keine Demokratie ist (vgl. erneut Abb. 1-3).

Noch einmal gilt umgekehrt: Ein Land, das einen hohen sozialen Ausgleich hat, ein Land, in dem die 80 % Ärmere mehr als 50 % Quote haben, ist unvermeidbar ein Land, in dem die sozialen Menschenrechte erfüllt sind. Dort sind die Voraussetzungen dafür gegeben, dass alle Menschen angemessen ausgebildet werden und partizipieren können, was wiederum die beste Basis für demokratische Verhältnisse im Sinne einer **sozialen Demokratie** ist [20].

Die gegebenen Befunde über Identitäten sind nachfolgend in einer Tabelle (Abb. 5) zusammengefasst:

Kongruente Konzepte	
<p>Soziale Demokratie</p> <p>Die 80 % Ärmere in der Bevölkerung verfügen über mehr als 50 % des Kuchens. Um Leistung und Risikoübernahme belohnen zu können, ist der Wert durch etwa 65 % nach oben beschränkt (Nordeuropa). Noch höhere Werte haben nur Staaten vom Typ Planwirtschaft und Kommunismus. Das macht Staaten</p>	<p>Balancierte Equity</p> <p>Sozial und balanciert im Sinne der Equitytheorie</p> <p>(80 % Quote > 50 %)</p>

arm. Werte zwischen 50 % und 65 % scheinen das höchste Wachstum zu generieren.	
<p>Formale Demokratie</p> <p>Schlechtere Lage der 80 % als unter Bedingungen einer sozialen Demokratie und entsprechenden Gerechtigkeitsverhältnissen erreichbar wäre. Das heißt, es sind Absenkungen der Quote der 80 % Ärmern unter 50 % durchgesetzt, die nicht mehr zu erhöhtem Wachstum führen. Hier liegt eine manipulative Struktur vor, die den sozialen Charakter eines Systems und seine Gerechtigkeit in Frage stellt. Dies gilt insbesondere für Demokratien, die keine sozialen Demokratien sind. Immerhin werden aber die individuellen formalen Menschenrechte durchgesetzt. Es verhungert niemand.</p>	<p>Unbalancierte Equity</p> <p>minimal-sozial für Demokratie im Sinne der Equitytheorie = im Extremfall brasilianisiert</p> <p>(50 % > 80 % Quote > 30 %)</p>
<p>Keine Demokratie</p> <p>un-sozial, ungerecht, Menschen verhungern</p>	<p>Apartheid</p> <p>(30 % > 80 % Quote)</p>

Abb. 5: Zusammenhänge zwischen Konzepten der Demokratie und der Equity

Schließlich stellt sich eine interessante Frage **spieltheoretischer Natur**. Inwieweit können „Deals“ zwischen Eliten und Mittelstandsgruppen sinnvoll sein, um einen vorteilhaften sozialen Ausgleich für alle im Sinne von **balancierter Equity** und **sozialer Demokratie zu verhindern**? Die Equity-Theorie in [28] eröffnet Chancen, die hier bestehenden Optionen **quantitativ**, d.h. mit mathematischen und spieltheoretischen Methoden und auf der Basis präziser Zahlen, zu analysieren und so zu neuen Einsichten in wichtigen Fragen bezüglich des Funktionierens (sozialer) Demokratien zu kommen. Komplementär ist es an dieser Stelle interessant zu untersuchen, inwieweit Rasse- oder Sprachgrenzen oder Religionszugehörigkeit in diesem Kontext instrumentalisiert werden können, um soziale Anliegen auszuhebeln. Hier stellen sich wichtige Fragen zur Natur und Möglichkeit sozialer Demokratien. Wichtig ist auch eine weitere Frage, auf die zuvor schon kurz eingegangen wurde: Warum gab es historisch eine Zeitlang einen **Druck zur sozialen Demokratie** und warum existiert dieser heute nicht mehr? Mit all diesen Fra-

gen beschäftigt sich der **1. Autor** in einer breit angelegten gesonderten Untersuchung zum Thema.

II.5 Demokratie und Frieden – wie hängen beide Begriffe zusammen?

Es ist interessant, die Begriffe Demokratie und soziale Demokratie mit einem weiteren wichtigen Begriff in Beziehung zu setzen, den **Frieden**. Zum einen geht es um den **Frieden unter den Menschen**, zum anderen um den **Frieden mit der Natur**. (Anlass hierzu geben u. a. die Doppelnamen „Greenpeace“, „Ökodemokratische Partei“ und „Ökosoziales Forum Europa“.)

Der Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden ist ähnlich demjenigen zwischen Demokratie und der sozialen Seite. Der **Begriff des Friedens** beinhaltet, dass die Menschen ihre Lebenssituation positiv akzeptieren. Frieden heißt Zustimmung zu einem **Gesellschaftsvertrag** [13, 86]. In einer Demokratie herrscht in der Regel Frieden, zumindest wenn die Demokratie genügend ausgeglichen, also eine soziale Demokratie ist. Eine soziale Demokratie erzeugt sozialen Ausgleich und damit Frieden. Wenn kein sozialer Ausgleich herrscht, kann eine Art von Frieden nur mit Formen von Druck und gegebenenfalls Gewalt herbeigeführt werden. In Demokratien, die nicht sozial sind, ist das eine **strukturelle Form der Gewalt**. Diese ist dann eigentlich kein Frieden und führt manchmal zu Bürgerkriegen und Terror. Frieden zwischen den Menschen ist bei sozialer Balance zu erwarten, insbesondere in sozialen Demokratien. In Demokratien, die keine sozialen Rechte durchsetzen, kann ein unerklärter, subtiler „Krieg“ ablaufen.

Interessant ist auch die Wechselwirkung mit der Umwelt. Was geschieht, wenn die ökologischen Grundlagen des Lebens bedroht sind? Gilt der Satz von Carl-Friedrich von Weizsäcker: „**Ohne Frieden mit der Natur, kein Frieden mit den Menschen**“.

Richtig ist, dass Frieden mit der Natur den Frieden unter den Menschen begünstigt; aber ein solcher Friede muss nicht vorliegen. Hat man keinen Frieden mit der Natur und ist in einer sozialen Demokratie, muss es zum Konflikt kommen. Liegt keine soziale Demokratie oder gar keine Demokratie vor, kann durch Druck u.U. lange Ruhe erzwungen werden. Irgendwann jedoch drohen Bürgerkrieg und Terror.

II.6 Die soziale Demokratie unter dem Druck der Globalisierung

Will man - ausgestattet mit einem Erfahrungshintergrund einer **sozialen Demokratie** [20] - verstehen, welchen Veränderungsprozessen sich die Welt derzeit gegenüber sieht und weshalb, so muss man die Frage stellen, **wer heute die Macht hat**. Wer hat heute in einer Demokratie wie in Deutschland die Macht? Idealtypisch liegt sie beim Bürger, und zwar bei Mehrheiten von Bürgern. Was bewegt die Bürger, zu welchen Themen können sich Koalitionen bilden? Wie oben dargestellt, ist die **soziale Frage** eine immer wichtige Frage, genauso die Frage nach der Verteilung der Einkommen, und damit auch die Frage nach der Finanzierung von Schulen, Gesundheit, Alter, Infrastruktur und Sicherheit für alle [52].

Es stellen sich zwei Fragen:

- (1) Sind die spieltheoretischen Bedingungen so, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung dazu verbünden kann, entsprechende Regelungen durchzusetzen? Diese Bedingungen sind die Voraussetzung für die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, für die Durchsetzung der sozialen Menschenrechte. Im Kern geht es darum, ob eine Mehrheit von Bürgern die **soziale Demokratie** durchsetzen kann.
- (2) Hat angesichts der Weltmarktwänge ein demokratisch legitimes Wollen in die beschriebene öko-soziale Richtung in einem Staat wie z.B. Deutschland heute noch eine

Chance umgesetzt zu werden, ohne die globale Wettbewerbsfähigkeit der Ökonomie des jeweiligen Landes zu gefährden?

Es sind Kernthesen dieses Textes, dass in Bezug auf (1) in vielen Ländern die Demokratie so „verbogen“ ist, dass die große Mehrheit sich oft nicht mehr so zusammenschließen kann, dass die soziale Demokratie verteidigt bzw. durchgesetzt wird. Die mit der Globalisierung einhergehenden neuen Möglichkeiten von einigen und Zwänge für andere führen auch zu neuen Interessensgegensätzen und Unterschieden in den spezifischen individuellen Möglichkeiten, die die „große Koalition“ der 80 % für sozialen Ausgleich und soziale Demokratie und **alte Bündnisse der Solidarität** unterminieren.

Dies steht in Wechselwirkung mit (2), also mit der Tatsache, dass ein Mehrheitswille für eine soziale Demokratie, sollte er denn zustande kommen, oft dennoch nicht in ein entsprechendes Ergebnis übersetzt werden kann, weil die Zwänge der globalen Ökonomie, die Natur weltweiter Verträge und die im Hintergrund immer wirksamen **Drohpotenziale** bei bestimmten Akteuren dem entgegenstehen. Hieraus lassen sich ‚bequeme‘ Vorwände ableiten, sich am Aufbau eines entsprechenden Mehrheitswillens erst gar nicht mehr zu beteiligen. Da es ohnehin nicht hilft, **muss sich jeder selbst zu helfen versuchen**.

II.7 Die Demokratie in einer weltweiten Perspektive – wo liegt das eigentliche Problem?

Aus globaler Perspektive steckt hinter den gestellten Demokratiefragen eine **unheimliche Sprengkraft**. Der derzeitige US-Präsident präsentiert sich weltweit immer wieder als „obsessiver“ Demokrat. Wie er jedoch gleichzeitig wieder und wieder die US-Demokratie untergräbt und aushebelt, ist in [18, 71] in erschütternder Weise dargestellt. Der „Demokrat“ Bush führt „**Kreuzzüge für die Demokratie**“. Jedes Land soll demokra-

tisch werden. Er suggeriert der Welt, dass diese dann in Ordnung wäre, die Menschenrechte erfüllt, Gerechtigkeit verwirklicht und der Frieden gesichert. Erreichen will er, dass wir dabei nicht merken, wo **das wahre Demokratieproblem auf dem Globus liegt** [65].

So vermittelt er beispielsweise, dass das Demokratieproblem auf dem Globus darin liege, dass China noch keine Demokratie ist. Nun weiß man allerdings aus historischer Erfahrung, dass ärmere Länder, wenn sie denn eine Demokratie sind, und zudem noch Mitglied in der WTO, von den reichen Ländern „ausgenommen werden wie Weihnachtsgänse“. Es ist für ein armes Land, wenn es denn je reich werden und nicht immer ein Entwicklungsland bleiben will, wenig hilfreich, demokratisch zu sein und gleichzeitig Mitglied in der WTO. Ökonomisch aufgeholt haben Länder wie Singapur, Korea und Taiwan. Diese waren alle zum Zeitpunkt der Aufholprozesse keine Demokratien. Sie waren gut durchorganisiert, haben die Interessen ihrer Menschen gegen den Zugriff derer verteidigt, die auf dem Globus die Stärksten sind, während sie gleichzeitig geschickt mit diesen Geschäfte gemacht haben [62, 65].

Heute spielt China dieses Spiel am besten. Man kann nur höchste Hochachtung vor der chinesischen Politik haben, wenn es das Ziel des Landes und seiner Menschen ist, reich und mächtig zu werden, z.B. wie die USA. China verteidigt seine Interessen geschickt gegen den Zugriff des Weltfinanzsystems. **Präsident Putin in Russland** agiert mittlerweile ähnlich. Er will mehr Geld für sein Öl und Gas. Das wird ihm nun permanent vorgeworfen, obwohl es nachvollziehbar ist. Man stelle sich kurz vor, der Rest des Globus würde das US-Öl wollen und nicht umgekehrt und sich dann noch beschweren, wenn die US-Seite dauernd die Preise erhöht.

Wenn nun also der US-Präsident zu vermitteln versucht, das Demokratieproblem auf dem Globus sei, dass China keine Demokratie ist, dann erkennt man, wenn man die Gesamtheit genügend gut durchschaut, seine Interessenlage auf der ökonomischen wie der politischen Seite. Aber mehr noch, er will zugleich verhindern, dass wir verstehen, **worin das wirkliche Demokratieproblem** auf diesem Globus besteht.

Das tatsächliche Demokratieproblem auf diesem Globus besteht nämlich darin, dass die US-Amerikaner, mit wenigen Prozent der Weltbevölkerung, einen Präsidenten wählen dürfen und **anschließend 6,5 Milliarden Menschen mit ihm leben müssen**. Oder abgeschwächt, dass die G7-Staaten mit einem Sechstel der Weltbevölkerung ihre Führung wählen und anschließend die ganze Welt mit dieser Führung leben muss. Ergänzend erwähnt seien die extrem begrenzten Wahlmöglichkeiten z.B. für US-Amerikaner und zugleich die dort eingesetzten gigantischen Manipulationsmöglichkeiten. Hier sei erneut auf das aktuelle Buch des früheren US-Vizepräsidenten und Friedensnobelpreisträgers Al Gore [18] zum Thema verwiesen.

Warum liegt nun in der spezifischen US-Problematik auch **das eigentliche Welt-Demokratieproblem** begründet? Hier lohnt ein Blick auf die Rahmenbedingungen der Weltökonomie: Wie jeder Markt läuft auch die Weltökonomie unter Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen wiederum sind, wie oben gezeigt, von zentraler Bedeutung für das ökonomische Geschehen. Auf diesem Globus haben aber nur solche Rahmenbedingungen eine Chance, die für die US-Amerikaner, und damit für wenige Prozent der Weltbevölkerung, attraktiv sind. Außerdem müssen sie für die G7-Staaten zumindest erträglich sein. Derartige Rahmenbedingungen aber werden für die meisten Menschen auf diesem Globus eher nicht attraktiv sein. Aus diesem Grund operieren wir schon lange unter Bedingungen, die viel Ablehnung erzeugen und höchst gefährlich sind.

Dabei ist die Position der Autoren des vorliegenden Textes übrigens nicht die, dass wir einfach in eine Weltdemokratie wechseln sollten oder könnten. Dafür sind die weltweiten sozialen und kulturellen Unterschiede in allen Dimensionen viel zu gewaltig. Das Ziel einer Weltdemokratie ist allenfalls in **langen zielgerichteten historischen Prozessen irgendwann erreichbar** [4, 9, 56, 65]. Es geht viel mehr darum zu verstehen, warum die Interessen der meisten Menschen auf diesem Globus so wenig zählen im Verhältnis zu den Interessen der Reichen und mit welchen Mitteln die ‚reiche Welt‘, die immer wieder über die Demokratie spricht, ihre Interessen institutionell durchgesetzt. Es gilt zu verstehen, warum die Armen der Welt sich kaum bemerkbar machen können, während die meisten Menschen in den USA, in Deutschland oder in Japan das viel besser können und bei Bedarf auch tun, wenn auch weniger wirksam als zu früherer Zeit. Es geht um die Einordnung der Bemühungen, zumindest eine **parlamentarische Versammlung bei der UN einzurichten** [4], sei sie auch nur ein beratendes Gremium und von den nationalen Parlamenten her kommend besetzt und in der Stimmverteilung nicht voll proportional zu den Bevölkerungszahlen. Immerhin gäbe es aber mit einer parlamentarischen Versammlung bei der UN eine Annäherung an eine **demokratische Vertretung der 6,5 Milliarden Menschen**. Natürlich sind die USA tendenziell dagegen, ihr kleiner Stimmanteil legt diese Haltung sofort nah. Aber die Europäer sollten dafür sein – und wenn die USA als einziges Land zunächst bei einer solchen parlamentarischen Versammlung fehlen würden, wäre dieses weltdemokratisch wenig relevant: Es würden nur 5 % der Stimmen fehlen.

II.8 Klimaproblematik und Weltdemokratie

Exemplarisch soll an dieser Stelle die **Weltklimafrage**, auf die zuvor bereits unter I.3 eingegangen wurde, unter Weltdemokratieaspekten gedeutet werden. Es handelt sich hier um eine interessante Fragestellung, etwa in Bezug auf Eigentumsrechte an Emissionen. Die **Zuteilung von Gemeingütern** hat sich auf dieser Erde in der überwiegenden

Zahl der Fälle territorial von lokal zu national entwickelt. Aus diesem Grund haben übrigens adelige Familien überall häufig überproportional viel Grundbesitz. Krieg, Eroberung, Kolonisation, z.B. in Nord- und Südamerika, haben von der Landnahme her bestimmte Strukturen geschaffen.

Beim Klima würde nun ein **Weltgemeingut**, eine **Allmende** (nämlich das Recht, Klimagasemissionen in einem bestimmten Umfang zu tätigen), erstmalig ohne bestehende Vorverteilung weltweit zugeteilt. Das stört alle, die gewohnt sind, dass das Eigentum ohnehin bei ihnen liegt. Würde heute die Frage der Pro-Kopf-Emissionsrechte welt-demokratisch entschieden, hätte also jeder Mensch auf diesem Globus im Umgang mit dieser Thematik eine Stimme, dann ist sofort klar, dass eine großvaterartige US-Position oder Position der G7 absurd erscheinen würde. Gäben 300 Millionen US-Amerikaner ihre Stimmen ab und auf der anderen Seite 2,5 Mrd. Inder und Chinesen, dann hätte der US-Präsident - ersatzweise die reiche Welt - **nicht einmal mehr eine Minderheitsposition**.

Würden wir also auf dem Globus in demokratischer Weise abstimmen, dann würde in den meisten Themenfeldern so entschieden, wie es die große Mehrheit der vergleichsweise Armen auf diesem Globus will. Dass dies in vielen Bereichen keine gute Lösung wäre, dass kommunistisch inspirierte Umverteilungen nach unten drohten, die letztlich auch für die Armen auf Dauer keine günstige Perspektive eröffnen, ist ein anderes hier nicht weiter behandeltes Thema.

Nichts scheint die reiche Welt – uns eingeschlossen – mehr zu fürchten, als dass es irgendwann **auf diesem Globus tatsächlich demokratisch zugehen könnte**. Reden über die Demokratie bei jeder Gelegenheit, aber nur als nationales, nicht als weltweites Prinzip, das ist die Vorgehensweise: Die Regeln der Weltökonomie werden dann **supra-national** in Gremien festgelegt, in denen die reiche Welt nicht überstimmt werden kann

bzw. gleich ihren Willen durchzusetzen in der Lage ist, z.B. auch mit „Bestechungen“ und „unmoralischen Angeboten“ [20, 39]. Mit dieser Methode sichert sich ein kleiner Teil der Welt die Kontrolle über die Verhältnisse in einer extrem asymmetrischen Struktur, während gleichzeitig die Demokratie wie eine „**Monstranz**“ vor sich her getragen wird und zugleich über die Globalisierung auch zu Hause zunehmend ausgehebelt wird.

Die Ärmsten auf diesem Globus haben angesichts dieser Ausgangslage, angesichts eines höchst unfairen globalen ökonomischen Designs und angesichts von 24 Millionen Verhungerten pro Tag nur zwei Möglichkeiten: **Vogel, friss oder stirb**. Entweder sie nicken bei dem, was wir ihnen anbieten, etwa im Kontext der Welthandelsorganisation WTO, oder sie müssen sich alleine helfen, was noch hoffnungsloser wäre. Dass es eine **dritte, bessere Alternative geben könnte, wird schlicht als Diskussionsgegenstand ausgeblendet** [56]. Amartya Sen, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften indischer Herkunft, hat diesen Aspekt der verweigeren dritten Alternative am Beispiel der Situation von Frauen in ihren Familien sehr anschaulich herausgearbeitet [77]. Die Alternative ist nämlich nicht Status quo oder Einsamkeit. Auch hier ist eine bessere Lösung möglich und hart umkämpft. So ist es auch in der Klimafrage. Aber diskutiert wird anders: Die ärmeren Länder akzeptieren entweder eine für sie ungünstige Lösung oder es gibt gar keine Regelung der Rechtsfrage, z.B. bei CO₂-Emissionen.

Hier liegt im Moment das Hauptproblem im Klimabereich. Ein Angebot der USA könnten die Chinesen nicht akzeptieren, ein Angebot der Chinesen hingegen wäre für den US-Präsidenten nicht akzeptabel. Eine solche Lage aber führt dazu, dass es überhaupt keine verbindliche Regel zur Limitierung der CO₂-Emissionen gibt. Jeder macht, was er will. Die Natur wird dabei vielleicht so lange übernutzt, bis sie **kollabiert** [8]. Der Globus spielt „Poker“ und „russisch Roulette“ zugleich. Der US-Präsident sagt: „Liebes China, akzeptiere du das „Großvaterprinzip“, sonst stirbt der Globus.“ Die chinesische Seite

antwortet: „Liebe USA, wir haben die besseren Nerven und weniger zu verlieren. Akzeptiert pro Kopf gleiche Emissionsrechte, sonst fahren wir gemeinsam gegen die Wand.“ Die Welt befindet sich auf einem schweren Weg.

Zum Schluss noch ein Wort der Hoffnung: Die Vereinten Nationen haben in der Klimafrage in Form des **3. IPCC Reports** klar Position bezogen [97]. **Europa** verfolgt eine klare Linie für mehr Klimaschutz. Die Wirtschaft wird hellhörig, nicht zuletzt in der Folge des **Stern Reports** [85] an die britische Regierung. In einer Reihe von US-Bundesstaaten wird an Klimaschutzprogrammen gearbeitet. Die Idee der Klimagerechtigkeit [47, 56, 65, 99] gewinnt an Zustimmung; Baden-Württemberg unterstützt die Position als erstes deutsches Bundesland offiziell und auch **Bundeskanzlerin Angela Merkel** thematisierte kürzlich auf internationaler Ebene dieses Konzept (www.bundeskanzlerin.de/nn5296/Content/DE/Rede/2007/08/2007-08-31-rede-merkel-inamori-stiftung.html). Dies gilt entsprechend für eine große Zahl von Nobelpreisträgern in Form der **Potsdamer Erklärung** (www.nobel-cause.de/Potsdam_Memorandum.pdf). Der für das Thema zentrale **G8-Gipfel in Heiligendamm** im Juni 2008 hat zu einer bemerkenswerten Bewegung auf US-Seite geführt [19], auch wenn nicht klar ist, wie weit das trägt, wie das begrenzte Ergebnis der Klimakonferenz in Bali erneut deutlich gemacht hat. Immerhin hat auch der **US Supreme Court** vor kurzem eine wichtige Grundsatzentscheidung zu diesem Thema gefällt. Das Klimaproblem kann politisch nicht mehr geleugnet werden und die Regierungen müssen regulativ eingreifen [53]. Wir durchleben **spannende Zeiten**.

II.9 Armutsfragen und Weltdemokratie

Betrachtet man die Welt von der Einkommensverteilung her, so wie bereits in Kapitel I unter den Überschriften „**Die Armutsfrage**“ und „**Spielen**“ mit dem **Armutsbegriff** geschehen, dann stellt man in grober Annäherung Folgendes fest: Die ärmere Hälfte der

Menschheit hat seit eh und je weniger als 2 Dollar am Tag, der reichere Teil hingegen mehr, in der Regel sehr viel mehr als 2 Dollar pro Tag verfügbar. Hierauf wurde schon hingewiesen. Der **Modalwert** der Welteinkommensverteilung liegt insofern (derzeit) bei etwa 700 Dollar pro Jahr, während das Durchschnittseinkommen mittlerweile bei etwa 7.000 Dollar liegt. Würde man weltweit einer EU-üblichen Logik folgen, sollte jeder mehr als etwa 3.500 Dollar pro Jahr zur Verfügung haben. Davon kann nicht die Rede sein. Es werden nicht einmal 700 Dollar pro Jahr erreicht. Es sei angemerkt, dass die ärmste Hälfte aufaddiert nicht einmal 3 % der Welteinkommen erreicht.

Verdoppelt sich das Welt-BIP und der gesamte Zuwachs gelangt zur reichen Hälfte, sind die Reichen zwar mehr als zweimal so reich wie zuvor, da aber jetzt 3 Mrd. Menschen immer noch weniger als 2 Dollar haben und immer noch 3 Mrd. Menschen über 2 Dollar pro Tag liegen, bleibt der **Modalwert** derselbe. Man sieht, dass der **Modalwert völlig unempfindlich gegenüber vermehrtem Reichtum reagieren kann**. Aus Sicht der reichen Welt ist das ideal, die Insider begrüßen das. Aller Zuwachs kann zur reichen Welt „wandern“, ohne dass die Zahl der Armen oder die Armut insgesamt zunimmt. Darauf war zuvor schon hingewiesen worden. Dies ist der Verlauf der Dinge seit etwa 30 Jahren.

Einer der genialsten „Tricks“ in der Positionierung der Armutsdebatte ist also, wie zuvor bereits dargestellt, die Verwendung des **Modalwertes** statt des **Erwartungswertes** als „Mittelwert“ der Welteinkommensverteilung in der weltweiten Armutsdefinition. Mit dieser Methode gelingt es der reichen Welt seit etwa 30 Jahren davon abzulenken, dass der gesamte Zuwachs an Weltwohlstand im Wesentlichen ihr zukommt, um, während das passiert, dauernd dieselbe Diskussion zu führen, dass man den Armen helfen müsse, damit diese irgendwie die 2 Dollar Grenze überwinden. Alleine die seit 30 Jahren unveränderte Definition der Armutsgrenze von 2 Dollar pro Tag ist eine Zumutung. Die andere Zumutung ist, dass es trotz dieses **schönfärbenden Armutsbegriffs** immer noch 3 Mrd.

Menschen unterhalb dieser Grenze gibt. Ca. vier Prozent des Welt-BIP wären kumulativ notwendig, um der armen Hälfte der Menschheit zu helfen die 2 Dollar Grenze zu überwinden. Ein **Minimum an Welt-Sozialhilfe**, etwa im Sinne eines, gedanklich auf den Globus extendierten, bedingungslosen Grundeinkommens [98] würde dafür sorgen, dass es keinen Menschen mehr gibt, der weniger zum Leben hat als 2 Dollar pro Tag. Dann müsste auch niemand mehr verhungern, weil die **Kaufkraft** da wäre, sich die benötigte Nahrung zu kaufen. Die Welt ist aber so nicht organisiert. Sie ist z.B. keine **Demokratie**, sie hat keinen sozialen Ausgleich. Selbst Länder mit der höchsten sozialen Ungleichheit wie Brasilien sind gegenüber dem globalen Verteilungsmuster **Oasen des sozialen Ausgleichs**. Global bleibt nicht nur die Organisation des sozialen Ausgleichs aus, die Systeme sind sogar derart organisiert, dass Arme arm bleiben: „**Wir bestehlen die Ärmsten**“.

Muhammad Yunus, der Friedensnobelpreisträger 2006, hat einmal gesagt: „**Armut kommt nicht von den Menschen. Armut kommt vom System**“. Wir brauchen ein anderes Weltwirtschaftssystem [14]. Mit seinem Programm der **Mikrokredite** hat er mehreren hundert Millionen Frauen mit ihren Familien ermöglicht, sich selber aus der Armut zu befreien [83, 101]. Basis dafür war ein **Designwechsel im Kreditsystem**. Yunus' System folgt der umgekehrten Logik zu Basel II: Kredite wandern bei Yunus zu Frauen, die keine **materielle Sicherheit** bieten können, wohl aber ihren Leistungswillen und ihre Zuverlässigkeit. Unter Basel II ist das anders: Hier ist die Kreditvergabe an die Garantie höchster materieller Sicherheit geknüpft.

Mahatma Gandhi hat einmal gesagt: „Die Erde hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht genug für jedermanns Gier“. Ein weiteres Zitat vom ihm besagt, dass „**Armut der größte Terror ist**.“ Dabei wäre es möglich, die Armut weltweit zu überwinden. Mo-

hammad Yunus drückt es so aus: „In 30 Jahren könnten wir in einer Welt leben, in der wir Armut nur noch im Museum finden würden.“

Jean Ziegler, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, drückt es in seinem Buch [102] wie folgt aus: **„Wenn ein Kind heute verhungert, ist es eigentlich umgebracht worden“**. Ebenso wie Hushmand **Sabet** [70] wirft er die Frage auf, ob in Zukunft heutige Akteure dafür zur Verantwortung gezogen werden, weil sie dies haben geschehen lassen.

Um noch einmal die Größenordnungen zu beleuchten: Die 1.000 reichsten Familien der Welt (Forbes-Liste) hatten 2006 einen **kumulierten Vermögenszuwachs nach Steuern von 900 Mrd. Dollar**. Das ist das 12-fache der Weltentwicklungshilfe. Führt man sich vor Augen, dass schon ein Zehntel dieser Gruppe, also einhundert Familien, einen kumulativen Vermögenszuwachs nach Steuern haben, der der gesamten Entwicklungshilfe entspricht, wird die Unverhältnismäßigkeit dieser Situation deutlich – nicht als Vorwurf gegen diese Familien, die zum Teil große wohltätige Stiftungen ins Leben gerufen haben, aber als Vorwurf **gegen eine Weltordnung und ein weltökonomisches System**, das solche Ergebnisse hervorbringt.

Noch einmal: Alleine der Armutsbegriff erscheint als Zumutung, noch mehr aber das „scheinheilige“ Behaupten, dass ernsthaft daran gearbeitet wird, die Armut zu überwinden. Bei eindeutig vorhandenem Willen wäre es nämlich ohne weiteres möglich, die Armut zu überwinden. Ein möglicher Weg könnte z.B. die Schaffung eines Weltsozialhilfesystems sein. Gäbe es eine **Welt-Demokratie**, dann wäre diese Thematik in kürzester Zeit abgeschlossen. Kein Mensch müsste mehr mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen und niemand würde mehr aufgrund mangelnder Kaufkraft verhungern. Amartya

Sen, der erste Nobelpreisträger für Ökonomie aus einem Entwicklungsland, nämlich Indien, drückte es einmal so aus: „**In Demokratien verhungert niemand**“.

II.10 Governancefragen und spieltheoretische Konstellationen – was tun?

Fassen wir die bisherigen Aussagen noch einmal zusammen: Die momentanen globalen Prozesse laufen in eine falsche Richtung, wenn man die Intentionen und Vorstellungen der meisten Menschen zugrunde legt. Es fällt den Menschen zunehmend schwer, sich über ihre nationalen Demokratien wirkungsvoll gegen die offensichtlichen weltweiten Fehlentwicklungen zu organisieren. Dies gilt sogar auch in **sozialen Demokratien**, weil die Globalisierung massive Zwänge in eine falsche Richtung im Bereich der Ökonomie, auch auf nationaler Ebene, hervorbringt. Dagegen würden nur bessere Regelwerke der Weltökonomie helfen, aber diese setzen **supranationale Vereinbarungen** voraus. Davon stehen einerseits die Veto-Macht der USA mit ihrer spezifischen Agenda und andererseits die Interessensgegensätze der verschiedenen Länder, gegeben z.B. durch die Möglichkeiten **kleiner Länder** und **Offshore Islands**, sich am Steuervolumen reicher Länder zu bedienen. Dass bisher keine zufriedenstellende Struktur für den Globus geschaffen werden konnte, hängt u. a. auch mit **Zwängen** spieltheoretischer Natur zusammen, weil derzeit ökonomisch belohnt wird, das Falsche zu tun. Während auf WTO-, IWF- und Weltbankenebene dringend wesentliche Änderungen durchgeführt werden müssten, gelingt es derzeit nicht einmal **innerhalb der EU die notwendige Verständigung**, etwa bzgl. der Besteuerung, **herbeizuführen**. Die Marktteilnehmer sind wie in einem **spieltheoretischen Dilemma** Gefangene der Situation und machen das Falsche, obwohl sie wissen, was das Richtige wäre.

III. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen

III.1 Einordnung der Thematik

Die Vereinten Nationen verabschiedeten mit der Zustimmung aller Länder und Staatsoberhäupter im Jahr 2000 sowohl die sogenannte Millenniumserklärung, als auch die **Millenniumsentwicklungsziele** [73]. Diese sehen in Kurzform wie folgt aus:

1. Beseitigung extremer Armut und Hunger
2. Gewährleistung einer Grundschulbildung für alle Kinder
3. Förderung der Gleichstellung der Frauen
4. Reduzierung der Kindersterblichkeit
5. Verbesserung der Gesundheit der Mütter
6. Bekämpfung HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten
7. Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit
8. Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Die Hauptfunktion der Millenniumsentwicklungsziele war für viele Politiker sicher, neben oft vorhandenem gutem Willen, zu dem herausragenden Datum **Jahr 2000** ein Programm mit Perspektive vorzulegen und zugleich Zeit zu gewinnen. **Für die Politik ist Zeitgewinn aus nachvollziehbaren Gründen besonders wichtig.** Bei Wahlzyklen von 4-5 Jahren sind 15 Jahre eine lange Zeit. Wenn dann NGOs berechnete Forderungen stellen, kann man die ersten fünf Jahre lang darauf verweisen, dass man sich am Anfang eines 15-Jahre-Programms befindet und erst einmal alles anlaufen muss. „Erst wird geplant, dann wird gebaut.“ Wenn man dann nach fünf Jahren weit hinter dem Plan zurückliegt, spricht man von Anfangsschwierigkeiten und unerwarteten Hindernissen wie dem 11.09.2001. Dieses Datum erforderte besonders in den USA die Veränderung von Prioritäten in Richtung „**Heimatschutz**“. Heute wird z. B. viel mehr Geld zusätzlich für Hei-

matschutz ausgegeben als insgesamt für Entwicklung. Die Zahlen belaufen sich seit dem 11.09.2001 auf **100 Milliarden** pro Jahr mehr für Heimatschutz, bei einem aktuellen Entwicklungshilfevolumen weltweit von etwa 90 Milliarden Dollar. Der UN-Etat entspricht übrigens nur 1 Tag US-Militärhaushalt (vgl. erneut Tabelle 4). Die UN mit all ihren Nebenbudgets verfügt über weniger als 5 Milliarden Dollar Einnahmen pro Jahr, das ist weniger als 1 % des US-Militärhaushalts. Hinsichtlich der Erreichung der Millenniumsziele hört man häufig beschwichtigend: „Wir werden unseren Plan überarbeiten und jetzt mit „Extraspeed“ die zweite Phase angehen – erkundigen Sie sich in 2010 wieder“. 2010 wird die nächste Verzögerungserklärung vorliegen um dann in 2015 festzustellen, dass irgendein „böser Potentat“ oder ein „failing state“ (vgl. Kapitel V) schuld ist, dass die Ziele nicht erreicht werden konnten. Man wird dann einen neuen Plan ankündigen.

Sicherlich haben viele die Millenniumsentwicklungsziele unterschrieben, weil sie hoffen, sie tatsächlich zu erreichen, wenn auch nur wenige wirklich und voll umfänglich daran geglaubt haben mögen. Viele werden sie aber wohl auch nur unterschrieben haben in der Hoffnung, dass sie **nicht umgesetzt werden**. Ähnlich verhält es sich mit vielen Unternehmen und ihrer sozialen Verantwortung. Entwickeln die Bürger richtigen Druck, weil jetzt die Unternehmen die starken Akteure sind und ohnehin alles viel besser können als Staaten und Bürokratien, „erfinden“ die Unternehmen die **Corporate Social Responsibility** und gemeinsam mit den Vereinten Nationen den **Global Compact**. Es werden großartige Absichten formuliert und zugleich wird Sorge dafür getragen, dass alles freiwillig bleibt und keine staatliche Regulierung kommt. Die Unternehmen produzieren wunderbare Hochglanzbroschüren über Verantwortung und manche bemühen sich sogar ernsthaft darum. Jedoch liegt es außerhalb der Möglichkeiten der Unternehmen kompensatorisch die Rolle zu übernehmen, die der Staat innehaben sollte. Der Staat setzt Regeln und setzt sie für alle verbindlich durch. Deshalb ist es dann unter Marktbedingungen einerseits fast unvermeidbar und andererseits für fast alle Unternehmen möglich, sich an

diese Regeln zu halten, und diese z. B. auch gegenüber ihren Aktionären bzw. Shareholdern zu vertreten.

Spricht man hingegen über **Selbstverpflichtung**, dann kann man diese je nach wirtschaftlicher Lage und Umfeld interpretieren. Halten sich die Konkurrenten nicht daran, so setzt das auch die anderen unter Zugzwang. Dann müssen vielleicht zum Schluss alle tun, was falsch ist, sogar wenn sie es nicht wollen, weil es keinen Staat und keine internationalen Vereinbarungen gibt, die durchsetzen, dass alle das Richtige tun müssen. Aus diesem Grund haben wir heute auf dem Globus eine merkwürdige **Arbeitsteilung**: Die NGOs setzen die Unternehmen und die Staaten unter Druck. Stehen die Unternehmen zu einem Zeitpunkt selbst genug unter Druck, so geben sie diesen irgendwann ebenfalls an die Staaten weiter, damit diese endlich regeln, was geregelt werden muss. Das ist ein akzeptabler Prozess, wenn er denn geschieht.

III.2 Millenniumsziel 1 – Halbierung der Armut

Wie bereits dargestellt wurden die Millenniumsentwicklungsziele nicht zwangsläufig verabschiedet, um sie auch umzusetzen. Für manche haben sie eher die Funktion, die **Weltzivilgesellschaft temporär zu beruhigen**. Weil es sehr stark um die äußere Wirkung geht, hat man die Ziele z. T. so raffiniert formuliert, dass sie besser und umfangreicher erscheinen als sie sind. So besteht z.B. das Ziel 1 darin, die Anzahl extrem armer Menschen zu halbieren, genauer, die Zahl der Menschen zu halbieren, die weniger als einen Euro pro Tag zur Verfügung haben. Analysiert man sehr genau die Formulierung dieses Ziels, so sieht man, dass das Ziel nicht ist, **absolut** nur halb so viele extrem Arme im Jahr 2015 wie im Jahr 2000 zu haben. Vielmehr soll nur der **Anteil der extrem Armen halbiert werden**. Das Ziel, den relativen Anteil der Armen zu halbieren, kann bei rasch

wachsender Bevölkerung auch eine weit unterproportionale Reduktion der Anzahl der ganz Armen bedeuten.

Erklärt man z. B. im Jahr 2000, man wolle die extreme Armut bis 2015 halbieren, und gibt es zu diesem Zeitpunkt eine Milliarde extrem Arme (Einkommen \leq 1 Dollar pro Tag), so würden die meisten Menschen erwarten, dass es 2015 maximal noch 500 Millionen extrem Arme geben soll. Tatsächlich wurde das Ziel aber so formuliert, dass der relative Anteil der ganz Armen halbiert werden soll. D. h, von einem Sechstel der 6 Milliarden Menschen extrem Armer will man zu einem Zwölftel extrem Armer in 2015 kommen (Absichtserklärung). Wobei die Armutsgrenze 1 Dollar bleibt, es erfolgt also (von der Korrektur der Inflationsrate abgesehen) keine Anpassung an ein bis dahin um deutlich mehr als **50 % gewachsenes Welt-BIP** und das bei einer Weltbevölkerung, die dann bei 7,5 Milliarden Menschen liegen wird. Ein Zwölftel der Weltbevölkerung sind dann 625 Millionen Menschen, d. h. der Rückbau wäre von 1 Milliarde auf 625 Millionen erfolgt, nicht etwa auf die erwarteten 500 Millionen. Aber auch das wird wohl nicht gelingen. Fortschritte in der Armutsbekämpfung werden hauptsächlich aus den Fortschritten in einem Land wie China resultieren, das dauernd gezeißelt wird, zum einen wegen des **Kommunismus** (keine Demokratie) und zum anderen wegen seiner **strikten Bevölkerungspolitik** (wo bleibt die Freiheit?). Eben dieses China wird die größten Fortschritte bezüglich der Millenniumsentwicklungsziele ganz alleine stemmen. Demgegenüber wird die Lage in Afrika eher schlimmer, nicht besser, sein als heute.

III.3 Millenniumsziel 4 – Reduzierung der Kindersterblichkeit

Das vierte Millenniumsentwicklungsziel betrifft die **Senkung der Kindersterblichkeit** auf ein Drittel. Es geht also nicht - wie meist - um eine Reduktion auf 50 %, sondern sogar auf ein Drittel. Das unterstreicht die **zentrale Bedeutung dieses Themas**. Warum wurde dieses Ziel formuliert? Der Grund liegt in der Tatsache, dass man das eigent-

liche Ziel nicht nennen durfte! Das eigentliche Ziel ist nämlich die **Förderung reproduktiver Gesundheit** bei Frauen und damit indirekt die Verringerung des Bevölkerungszuwachses, einem **Hauptproblem hinter dem Problem** [30, 65, 100]. Das eigentliche Ziel ist, dass Frauen sich schützen können, dass Frauen informiert werden, wie sie verhüten können, wie sie Einfluss auf die Anzahl ihrer Kinder nehmen können und nicht jedes Jahr ein Baby bekommen (müssen). Neben der Senkung der Säuglingssterblichkeit wirken in diese Richtung auch die Millenniumsziele 3 und 5, die ebenfalls die **Lage der Frauen in dieser Welt** betreffen. So grundlegende Dinge wie reproduktive Gesundheit darf man aber heute auf UN-Ebene nicht mehr aussprechen, weil die momentane US-Administration das bei den UN als Menschenrecht verankerte Ziel der **reproduktiven Gesundheit** in vielen seiner Ausprägungen bekämpft. Der Kompromiss der **Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994** zu diesem Thema ist aufgekündigt. Stattdessen setzen sich die USA jetzt für „**Keuschheit bis zur Ehe**“ als Programm für Afrika gegen Aids und Überbevölkerung ein.

In diesem Kontext zahlen sie jetzt Gelder an Staaten, die im Kampf gegen Aids auf den **Einsatz von Präservativen** verzichten. "Keuschheit bis zur Eheschließung" ist ein wirksames Programm – allerdings nur, wenn die Menschen keusch sind bis zur Hochzeit. Dann schützt es sie vor Aids und es werden weniger Babys geboren. In Afrika halten sich allerdings die meisten jungen Menschen nicht daran. Darum ist der Nicht-Einsatz von Kondomen ein absolut ungeeignetes Programm für Afrika und erzeugt immer noch mehr Aids-Kranke und Tote.

Man muss verstehen, was in den letzten Jahren auf diesem Globus geschieht. **Begriffe werden von mächtigen Akteuren mit Zugriff auf die Nachrichtensysteme und Medien primär manipulativ eingesetzt** [18, 35, 50, 65, 71]. Die religiösen Fundamentalisten setzen ein Programm „**Enthaltsamkeit bis zur Ehe**“ durch. Im Rahmen der Ent-

wicklungshilfe wird dann Geld dafür ausgegeben, keine Kondome einzusetzen. Zugleich wird durchgesetzt, dass man in den Millenniumsentwicklungszielen „reproduktive Gesundheit“ nicht erwähnen darf. Wächst dann die Bevölkerung und der Anteil der Aids-Kranken weiter, dann waren die Betroffenen selber schuld und werden zu Recht bestraft – sie hätten ja die Option „Keuschheit bis zur Eheschließung“ wählen können.

III.4 Millenniumsziel 8 – ein Einfallstor für vieles

Das Millenniumsentwicklungsziel 8 „Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung“ ist besonders trickreich. Wie so häufig gibt es in internationalen Regimen zum Abschluss ein raffiniertes Einfallstor um möglicherweise das Gegenteil von dem zu erreichen, was zuvor verkündet wurde. Diejenigen, die dieses Ziel verfolgen, träumen teilweise von einem **neoliberalen Weltmarkt** unter Kontrolle der WTO, mit einer Durchsetzung der intellektuellen Eigentumsrechte über das TRIPS-Abkommen etc. Dies ist eine Agenda, von der mittlerweile klar ist, dass sie ohne adäquate Setzung **sozio-ökologischer Regeln** zu einer Katastrophe führt und das genaue Gegenteil der anderen 7 Millenniumsentwicklungsziele befördern wird. Man kann daher nur hoffen, dass Ziel 8 in der von manchen erhofften reinen Form nicht durchgesetzt wird. Dann haben allerdings manche einflussreiche Akteure schon ihre Erklärung, warum die anderen Ziele nicht erreicht wurden, wenn sie denn, wie zu erwarten, nicht erreicht werden. Diese Konstellation erinnert an den so genannten **Washington Consensus**, der lange Zeit die Basis für die Kreditvergabe von IWF und Weltbank an zurückliegende Staaten war. Auch hier wurde über die Forderung der Senkung der Staatsquoten zum Zwecke der Reduzierung der Auslandsschulden erreicht, dass andere Ziele, wie die Forderung einer gleichmäßigen Einkommensentwicklung und mehr Wohlstand für alle, **nicht** erreicht wurden.

Zur Wiederholung sei das immer gleiche Muster solcher Programme noch einmal formuliert: Viele Ziele erscheinen auf den ersten Blick erstrebenswert: Erhöhung von Wohlstand und sozialem Ausgleich, Ausbildung für alle etc. Am Schluss aber steht - gebetsmühlenartig - die immer gleiche Forderung: „Im Übrigen müssen die Staaten ihre Haushalte in Ordnung bringen, ihre Defizite reduzieren und ihre Schulden zurückzahlen.“ Zur Umsetzung dieser Regel, der einzigen quantifizierbaren Regel überhaupt, werden dann die öffentlichen Haushalte in den ärmeren Ländern zurückgebaut und in der Folge die Schulen geschlossen, obwohl diese ja laut Millenniumsentwicklungszielen ausgebaut werden sollten. Da aber der Staat seine Defizite senken muss, kann er die Schulen nicht mehr bezahlen. Also setzen die reichen Länder, allesamt soziale Demokratien, über WTO, IWF und WB das Gegenteil von dem durch, was im Jahr 2000 beschlossen wurde, mit einer **Entscheidungsmehrheit unserer Staaten in allen relevanten Gremien** - geführt durch die USA und flankiert durch Großbritannien. Das Vorgehen erfolgt immer wieder nach demselben Muster.

Ein ähnlicher Versuch wurde übrigens vor kurzem im Zusammenhang mit der **EU-Dienstleistungsrichtlinie** unternommen. Nach vielen klugen Überlegungen zur Offenheit der Märkte und zum Schutz vor bürokratischen Schikanen in grenzüberschreitenden Dienstleistungstätigkeiten innerhalb der EU gelangte schließlich das „**Herkunftslandprinzip**“ in die Gesetzesvorlage, das für die Sozialstandards von Dienstleistungsarbeitsplätzen in der EU durchgesetzt werden sollte. Dies hätte eine **massive soziale Abwärtsspirale** in den reicheren EU-Ländern zur Folge gehabt. Der Versuch scheiterte dann glücklicherweise an einer supranationalen Solidarisierung des **Handwerks in Europa** und letztlich im EU-Parlament. Dabei wurde „Herkunftslandprinzip“ durch „Erbringungslandprinzip“ ersetzt (ein Wort geändert bedeutet eine andere Welt!). Dieses erfolgreiche Gegensteuern ist übrigens ein Hinweis darauf, wie viel weiter Europa wäre, wenn

die EU insgesamt eine funktionierende Demokratie wäre und wie weit der Globus wäre, wenn er wenigstens ein Parlament à la EU-Parlament hätte.

Noch eine Vorhersage: Wo immer zum Schluss die Millenniumsentwicklungsziele nicht umgesetzt werden, werden diejenigen, die sie ohnehin nicht umsetzen wollten, gemeinsam mit den Markteuphorikern erklären, es hätte daran gelegen, dass man nicht bereit gewesen wäre, ein **neoliberales Öffnungsprogramm durchzusetzen**. Ersatzweise werden „böse Potentaten“, „naive Ökosoziale“ oder „Linke mit einer Denkstruktur von gestern“ der Grund gewesen sein. Dass die Weltbank- und IWF-Programme in der Logik des Washington Consensus gerade bei den „gehorsamsten“ Nehmerländer teilweise zu ökonomischen Katastrophen geführt haben, interessiert in diesem Falle nicht.

IV. Die Global Marshall Plan Initiative

IV.1 Zur Logik des Herangehens

Wir kann man eine schwierige Situation einer „**schiefen Ebene nach unten**“, wie sie in II.10 beschrieben wurde, vielleicht noch in eine „**schiefe Ebenen noch oben**“ verwandeln? Wie kann man ein Programm finden, das viele Unterstützer findet und das schwer zu torpedieren ist? Diese sind die **taktischen Fragen**, mit denen sich notgedrungen mittlerweile auch viele NGO's auf diesem Globus beschäftigen, wenn sie tiefer in das Thema schauen. Mit diesen Fragestellungen beschäftigt sich auch die **Global Marshall Plan Initiative**, die im Folgenden näher beschrieben wird [43, 57, 69].

Viele setzen sich in diesem Kontext für die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen ein, auch wenn diese, wie oben beschrieben, gewisse Schwachstellen haben. Viele Millionen Menschen auf diesem Globus helfen mit sehr konkreten Maßnahmen, die

Armut zu überwinden. Viele Menschen verfolgen entsprechende Ziele. Sie spenden und fordern von den Politikern, endlich etwas zu tun. „Es kann doch nicht wahr sein, dass wir das Problem nicht gelöst bekommen“ ist ein häufig gehörter Satz. Somit sind alle Politiker rund um den Globus unter einem ständigen Druck zu argumentieren und zumindest Pläne vorzulegen, die die drängenden Probleme der Welt angehen. Dasselbe gilt für weltweit operierende Unternehmen. NGO's nehmen die Firmen in die Pflicht und fragen: „Warum tut ihr nichts? Ihr seid doch die Starken, die Ökonomie dominiert doch, also macht was.“ Die Mehrheit der vernünftigen Menschen kann zwar nicht das System grundlegend verändern, aber sie kann die Mächtigen und Einflussreichen, von denen sie meint, sie seien für das derzeitige falsche Systemdesign zuständig, unter Druck setzen, z. B. durch **dauerndes Nachfragen** und durch **Vorschläge**. Hier setzt die Global Marshall Plan Initiative an.

IV.2 Die Global Marshall Plan Initiative – Herkunft, Programm, Zielvorstellungen

Die Welt befindet sich, wie dargestellt, zum Anfang des neuen Jahrhunderts in einer extrem schwierigen Situation. Es drohen **Kollaps** oder **Brasilianisierung**, während mit dem **Balancemodell** einer weltweiten **Ökosozialen Marktwirtschaft** zumindest ein hoffnungsvoller Ansatz besteht.

Hierbei handelt es sich um ein weltweites **Konsensmodell**. Nur im Konsens ist ein Modell mit Perspektive zu erreichen, eine weltweite **Ökosozialen Marktwirtschaft**, also eine Extension desjenigen Marktmodells auf dem Globus, das wir in Europa kennen, und das in den Regelsystemen aller funktionierenden Staaten in mehr oder weniger ausgeprägter Form ausgestaltet ist.

Als Ausweg aus der jetzigen globalen Krise eröffnet sich also der ökosoziale und im Kern ordoliberaler Ansatz regulierter Märkte, wie er für **Europa** (soziale Marktwirtschaft) und einige asiatische Volkswirtschaften (Netzwerkökonomien) typisch ist. Dieses Modell wäre im Rahmen der Weltökonomie fortzuentwickeln. Dies ist eine Leitidee des im Weiteren beschriebenen **Global Marshall Plan**, der Strukturbildung und Durchsetzung von Standards mit der Co-Finanzierung von Entwicklung verknüpft.

Die **Europäische Union** beweist in ihren Ausdehnungsprozessen permanent die Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes [12, 57], der sich im Regionalen in den letzten Jahren durchaus auch in den alten EU-Ländern, insbesondere auch Deutschland und Österreich, positiv ausgewirkt hat. International sei ebenso auch auf das erfolgreiche **Montrealer Protokoll** [13, 86] verwiesen, das nach derselben Logik vereinbart wurde.

Das europäische Modell ist in dieser Logik der wohl einzige erfolgversprechende Ansatz für Friedensfähigkeit und eine nachhaltige Entwicklung und steht in scharfem Kontrast zu dem marktradikalen Modell der Entfesselung der Ökonomie (**Turbokapitalismus**) ohne die Durchsetzung einer Verantwortung für die Umwelt und das Soziale. Dabei ist zu beachten, dass es den Marktfundamentalisten gelungen ist, ihre Position über manipulierte Bilder tief in den Gehirnen vieler Menschen zu verankern [18, 35, 50]. Gegenstrategien haben es daher schwer. Da diese zudem unter falschen Rahmenbedingungen umgesetzt werden müssen, müssen sie **doppelstrategisch** [56, 65] angelegt sein. Dies bedeutet zum einen, dass Anstrengungen für ein zukunftsfähiges, ökologisches und soziales Design der globalen Ökonomie (**Aktive Globalisierungsgestaltung**) zu unternehmen sind und andererseits, dass **intelligente Verteidigungsprozesse** in Deutschland und in Europa zu organisieren sind, die das Überleben der Unternehmen und der Gesellschaft unter heutigen Bedingungen sichern, solange ein zukunftsfähiges, ökologisches und soziales weltweites Ordnungsregime noch nicht implementiert ist (vgl. ergänzend auch www.bwa-deutschland.de).

IV.3 Der Global Marshall Plan – ein kompakter Überblick

Der Global Marshall Plan ist ein Konzept für eine Welt in Balance [43, 57, 69]. Er besteht aus fünf fest miteinander verknüpften strategischen Eckpfeilern.

- (1) **Rasche Verwirklichung der weltweit vereinbarten Millenniums-entwicklungsziele der Vereinten Nationen** als Zwischenschritt zu einer gerechten Weltordnung und zu nachhaltiger Entwicklung.

- (2) **Aufbringung von durchschnittlich 100 Mrd. US\$ pro Jahr zusätzlich im Zeitraum 2008-2015** für Entwicklungszusammenarbeit. Dies ist im Vergleich zum Niveau der Entwicklungsförderung und Kaufkraft 2004 zu sehen. Zusätzliche Mittel in mindestens dieser Höhe sind zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele und damit unmittelbar zusammenhängender Weltgemeinwohlanliegen erforderlich und ausschließlich für diesen Zweck einzusetzen.

- (3) **Faire Mechanismen zur Aufbringung der benötigten Mittel.** Die Global Marshall Plan Initiative unterstützt das angestrebte 0,7-Prozent-Finanzierungsniveau für Entwicklungszusammenarbeit auf Basis nationaler Budgets. Doch selbst bei optimistischer Annahme werden in den nächsten Jahren erhebliche Volumina im Verhältnis zu dem für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele erforderlichen Mittelbedarf fehlen. Deshalb und aus ordnungspolitischen Gründen soll ein wesentlicher Teil der Mittel zur Verwirklichung der Millenniumsziele **über Abgaben auf globale Transaktionen und den Verbrauch von Weltgemeingütern** aufgebracht werden.

- (4) Schrittweise Realisierung einer **weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft** und Überwindung des globalen Marktfundamentalismus durch Etablierung eines **besseren Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft**. Dies soll im Rahmen eines **fairen**

Weltvertrages geschehen. Dazu gehören Reformen und eine Verknüpfung bestehender Regelwerke und Institutionen für Wirtschaft, Umwelt, Soziales und Kultur (z. B. in den Regelungsbereichen UN, WTO, IWF, Weltbank, ILO, UNDP, UNEP und UNESCO).

- (5) Voraussetzung zur Erreichung eines vernünftigen Ordnungsrahmens sind eine **faire partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen** und ein adäquater Mittelfluss. Die Förderung von Good Governance, die Bekämpfung von Korruption und koordinierte und basisorientierte Formen von Mittelverwendung werden als entscheidend für eine **selbstgesteuerte Entwicklung angesehen**.

Mit dem Global Marshall Plan liegt ein Konzept vor, wie eine Zukunft in Balance erreicht werden kann. Die zunehmende Unterstützung für diesen Ansatz in Politik, Wirtschaft und im Bereich der Nichtregierungsorganisationen gibt Hoffnung. Der Weg aber, der vor uns liegt, ist noch lang und mühselig, und ein Erfolg ist alles andere als sicher.

IV.4 Warum unterstützt die Global Marshall Plan Initiative die Millenniumsentwicklungsziele?

Die in Teil III gegebenen Hinweise waren nicht uneingeschränkt euphorisch in Bezug auf die Millenniumsentwicklungsziele. Dennoch ist dieses Programm ein **Schritt in die richtige Richtung**. Dies gilt vor allem für Ziel 2 „**Bildung für alle**“, welches ein absolutes Schlüsselthema darstellt: Bildung für alle impliziert (1) das Ende von (sklavenartiger) Kinderarbeit, (2) Kompensationen für Eltern, die bisher von der Arbeit der Kinder leben, (3) ausreichend Nahrung und ausreichende medizinische Versorgung für alle Kinder. Diese drei Punkte garantieren ein Minimum an sozialem Ausgleich.

Warum unterstützt die Global Marshall Plan Initiative gerade diese Ziele und gerade dieses Programm? Die Erklärung liegt nahe: Möchte man auf diesem Globus etwas gegen die bestehenden, Status quo orientierten Kräfte erreichen, dann ist das Vernünftigste, was man tun kann, sich ambitionierte Ziele zu setzen, die bereits offiziell beschlossen sind. Dann kann man nicht mehr als „Träumer“ desavouiert werden. **Es drohen auch keine Berufsverbote.** Es ist von rechtlicher Seite her risikolos, für Ziele zu kämpfen, auf die sich alle Staaten geeinigt haben. Darum – und weil sie zudem vernünftig sind – kämpft der Global Marshall Plan für die Millenniumsentwicklungsziele. Es ist fast überraschend, dass sogar die USA diesen zugestimmt haben. Dies mag am rechtlich nicht verpflichtenden Charakter des Programms liegen [13].

Die Global Marshall Plan Initiative hält dabei auch an folgendem Prinzip fest: Selbst wenn jemand etwas beschlossen hat, was er gar nicht umsetzen will, **kann man ihn öffentlich in dieser Sache unter Druck setzen**, wenn man ihn beim Wort nimmt. Darum wird breit über diese Beschlüsse informiert, die interessanterweise kaum jemand kennt. Tag für Tag wird die Politik für diese vernünftigen Pläne gelobt und zugleich darum gebeten, endlich den Worten auch Taten folgen zu lassen und die Voraussetzungen für die Erfüllung der Versprechen zu schaffen, nachdem so viele Versprechen nicht erfüllt wurden. Der frühere UN-Generalsekretär **Kofi Annan** drückte es folgendermaßen aus: „Wir brauchen keine weiteren Versprechen. Wir müssen anfangen, die Versprechen einzuhalten, die wir bereits abgegeben haben“ Die Global Marshall Plan Initiative bietet an, dabei nach Kräften mitzuhelfen. Die Wirtschaft wird zudem dazu motiviert, dasselbe zu tun. Der Einsatz für die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen ist der erste der fünf aufeinander aufbauenden Bausteine des Global Marshall Plan.

IV.5 Warum setzt sich die Global Marshall Plan Initiative für die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ein?

Der zweite Baustein ist die Forderung nach **100 Mrd. Dollar** jährlich als zusätzliche Anschubfinanzierung für Entwicklung. Dieser Punkt ist einer, der der „anderen Seite“ nicht behagt, denn dieser könnte Folgen wie **„Bildung für alle“** haben und das ist für manchen unangenehm, viel unangenehmer noch als das Geld, das in dieses Thema hineinfließen würde. Darum wird meistens erklärt, dass genug Geld da sei, wenn es auch bei den Reichen selbst nie genug sein kann. Es gehe regelmäßig sogar zu viel Geld zu den Ärmsten, es scheitere nur an der Umsetzung der diversen Projekte. Angeblich helfen wir schon jetzt „zu Tode“ (vgl. hierzu V).

Die Global Marshall Plan Initiative kommentiert diesen Sachverhalt folgendermaßen: „Nach dem **11. September 2001**, als in einem furchtbaren Anschlag 4.000 Menschen in zwei Türmen ums Leben kamen, wurden die Ausgaben für Heimatsicherheit international um 100 Mrd. pro Jahr erhöht, dies sogar teilweise aus Mitteln für Entwicklungshilfe. Auf dem Globus verhungern jeden Tag sechsmal so viele Menschen wie am 11. September 2001 als Folge des Anschlags starben. Von 2001 bis heute hochgerechnet sind schon **12.000-mal** so viele Menschen verhungert wie am 11.09.2001 in den zwei Türmen ums Leben kamen. Diese etwa 50 Millionen Menschen allein sollten uns ein ausreichendes Motiv sein, soviel Geld für Armutsbekämpfung auszugeben wie es auch für Heimatsicherheit ausgegeben wird. Dieses würde auch der Sicherheit zugute kommen. **Jean Ziegler**, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, sagt: **„Wenn ein Kind heute verhungert, ist es eigentlich umgebracht worden“** [102]. Ein weiteres Faktum: In den Zeiten der Wiedervereinigung wurde in Deutschland pro Kopf etwa das **1000-fache an Transfer** geleistet als derzeit in der Entwicklungshilfe und dennoch bleibt noch viel Aufbauhilfe zu leisten. Betrachtet man die 1.000 superreichen Familien des Globus, deren kollektives Vermögen nach Steuern in 2005 um 900 Milliarden gewachsen ist, so stellt

diese Summe **die benötigten Mittel für die Global Marshall Plan Initiative bis 2015** dar. Eine letzte Anmerkung: Wie in Teil V dargestellt, ist auch ein möglicher Missbrauch der Aufbauhilfe kein Argument, nicht zu helfen. Es gibt anderswo viel mehr Missbrauch. Die „Failing States“, die den Missbrauch verursachen, resultieren aus Bedingungen, die die reiche Welt teilweise selber mitgeschaffen hat (vgl. V). Ziel muss es natürlich sein, die vorhandenen Mittel **wirkungsvoll** und **möglichst korruptionsfrei** zu nutzen. Ein mögliches Vorgehen wird in V beschrieben.

IV.6 Woher soll aus Sicht der Global Marshall Plan Initiative neues Geld für Entwicklung kommen?

In diesem Abschnitt wird die Frage gestellt, wie Entwicklung finanziert werden soll. Hierbei handelt es sich um eines der heikelsten Themen überhaupt. Die Marktfundamentalisten fordern immer, dass die durch Brasilianisierung gebeutelten sozialen Demokratien das Geld aufbringen. Diese haben aber das Geld nicht. Hier liegt der Grund dafür, dass es nur wenige Aktivitäten gibt. Auf der anderen Seite würde alleine eine Umsetzung des seit langem versprochenen **0,7 %-Ziels** ausreichen für eine Finanzierung des Global Marshall Plans. Deshalb unterstützt die Global Marshall Plan Initiative dieses 0,7 %-Ziel. Aus **ordnungspolitischer Sicht**, aber auch aus finanzieller Sicht wesentlicher wirkungsvoller wäre es, wenn endlich die **Belastung globaler Transaktionen**, z. B. in den Bereichen **Transport, Handel, Geld und Kreditierung** erfolgen würde. Im einzelnen geht es um eine Kerosinsteuer für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr, Abgaben auf den internationalen Handel, auf Finanztransaktionen und jetzt auch eine Abgabe auf Kredite an private und gewerbliche Kreditnehmer mit bestem Rating, wenn die Kredite auf neu geschöpftem Geld/Geldsurrogaten beruhen (Mehrgeldsteuer [79]). In der Folge von Basel II bekommen jetzt nämlich diejenigen, die ohnehin das meiste Eigentum als Sicherheit vorweisen können, Kredite zum absolut niedrigsten Zinssatz, während jeder Mittelständ-

ler, der um sein Überleben ringt, das Doppelte zahlt und jeder Bürger und jeder Student mit einem Überziehungskredit sogar das Dreifache an Zinsen zahlt.

Schließlich muss der Mittelständler sich an Personen bzw. Unternehmen mit großem Eigentum wenden, die den Kredit zu günstigeren Konditionen bekommen. Diese geben ihm im besten Fall einen teuren Kredit und behalten die Differenz. Die Global Marshall Plan Initiative vertritt die Auffassung, dass diejenigen, die mit 4 Prozent einen Kredit zum halben Zinssatz erhalten ohne weiteres 0,1 – 0,2 % für globale Entwicklung zusätzlich abgeben sollten, weil sie vom **globalen System der Geldwertschöpfung am meisten profitieren**. Eine Mehrgeldsteuer von durchschnittlich 0,1 % würde allein schon ausreichen, um den Global Marshall Plan zu finanzieren [79].

Noch einmal: Die reichsten Familien (Forbes-Liste 2006) erzielten in einem Jahr einen Vermögenszuwachs in Höhe von 900 Milliarden Dollar. Diese Summe allein würde zur Finanzierung des Global Marshall Plan bis 2015 ausreichen. **Huschmand Sabet** schlägt seit langem vor, dass diese Gruppe, die der Normalbevölkerung eine **Nullrunde** nach der anderen empfiehlt, ein Jahr eine solche einlegt. Die Finanzierung des Global Marshall Plan wäre damit gesichert [72].

Ein letzter Hinweis: Gegen keinen Plan wird so massiv angekämpft wie die Idee der Besteuerung der globalen Transaktionen zur Finanzierung internationaler Entwicklung. Hier haben die globalen Akteure ihre **systematischen Vorteile** gegenüber den nationalen Akteuren in sozialen Demokratien und den dortigen Mittelstand. Hier wird durch Schädigung der Umwelt explizit subventioniert. Hier werden steuerfreie Gewinne erzielt. Bis tief in sozialdemokratische und grüne Parteien hinein wurden Vorstellungen in Gehirnen aufgebaut, dass die Besteuerung globaler Transaktionen nicht möglich ist, obwohl dies nicht die Wahrheit ist. Der 2. Autor hat an anderer Stelle beschrieben, dass es sich hier um

Scheinargumente handelt [65], vgl. ergänzend auch [44, 103]. Ähnliche Aussagen gibt es mittlerweile auch in größerer Zahl von **Nobelpreisträgern der Wirtschaftswissenschaften** [74, 77, 87, 88, 101] oder auch von **George Soros**, einem der erfolgreichsten Finanzmarktakteure aller Zeiten [14, 80, 81]. Die Gegner der Besteuerung globaler Transaktionen aber bleiben hart und es besteht bisher kein Durchkommen, im Falle Deutschlands nicht einmal unter der Bedingung, dass alle EU-Staaten dasselbe beschließen.

IV.7 Wie sieht die Global Marshall Plan Initiative Fragen des weltinstitutionellen Designs?

Letzten Endes geht es um den **Ordnungsrahmen der Weltökonomie**, einen Punkt, den **Bundeskanzlerin Merkel** in großer Klarheit bei vielen öffentlichen Auftritten, auch bei ihren beiden großen Reden in Davos 2005 und 2006 klar formuliert hat [14, 41]. WTO, IWF und WB müssen soziale und ökologische Anliegen in das Rechtssystem inkorporieren. Die Global Marshall Plan Initiative fordert an dieser Stelle, dass in diesem Kontext 100 Milliarden Dollar jährlich als zusätzliche **Co-Finanzierung** eingesetzt werden sollen. Diese sollte es den ärmeren Ländern ermöglichen, in der WTO endlich zuzustimmen, dass sklavenartige Kinderarbeit und Umweltfrevel im internationalen Handel nicht mehr erlaubt ist. Mit einem WTO-Gesetz soll ein Minimum an Standards durchgesetzt werden, so wie es sie in jedem entwickelten Land gibt. Ein **besseres institutionelles ökonomisches Design** ist dabei von **zentraler Bedeutung**. Der Norden fordert ein solches häufig ein, bietet dabei aber nie die dazu benötigte Finanzierung an, was die ärmeren Länder dazu zwingt die sicherlich positiven Vorschläge **abzulehnen**. Die Global Marshall Plan Initiative hat Wege zur Mittelbeschaffung der Querfinanzierung aufgezeigt, damit die Entwicklungsländer endlich den geforderten Standards **zustimmen** sagen können. Dieselbe Logik der ‚Querfinanzierung gegen Standards‘ gilt heute in jedem modernen Staat und in der EU als Ganzes [12, 56, 65, 68, 70].

IV.8 Wie soll „neues“ Geld für Entwicklung eingesetzt werden?

Letztlich entscheidend ist die **Umsetzung** der Entwicklungsvorhaben. Missbrauch und Korruption müssen weitestgehend verhindert werden. Das ist ein schweres Stück Arbeit. Hierzu gibt es einige wichtige Überlegungen von der Global Marshall Plan Initiative [23, 49, 82]. Wichtig ist neben der Orientierung an **Transparency International** [90], auch eine Projektfinanzierung der Millenniumsentwicklungsziele im Sinne der **Strukturfonds der EU** und schließlich die Förderung individueller Aktivitäten.

In diesem Kontext sei auch **Mohammad Yunus** erwähnt, der in 2006 den Friedensnobelpreis bekommen hat [83, 101] und eng mit der Global Marshall Plan Initiative zusammenarbeitet. Yunus hat gezeigt, dass oftmals bereits die Vergabe eines Mikrokredits an Arme ausreicht, dass diese selbst aus der Armutsfalle herausfinden – **und dabei den Kredit voll zurückzahlen**. Er hätte auch den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verdient.

IV.9 Global Marshall Plan - Zusammenfassung und Ausblick

Es wurde die Logik beschrieben, nach der der Global Marshall Plan die Weltprobleme adressiert. Es ist sicher kein einfaches Programm, aber ähnlich kompliziert ist auch die derzeitige Lage der Welt. Die Global Marshall Plan Initiative darf sich vielfältiger Unterstützung erfreuen, ebenso zahlreicher Menschen mit guter Ausbildung, die dieselben Ziele verfolgen. An den Hochschulen beschäftigen sich mittlerweile viele Studenten mit diesen Fragestellungen und es existiert eine Vielzahl an Gruppen an, die diesen Umgang mit der Weltproblematik unterstützt.

Mit der **Bundeskanzlerin** Angela Merkel hat Deutschland eine promovierte Physikerin in einer wichtigen Funktion, die eines sofort verstanden hat: Komplexe ökonomische Sys-

teme lassen sich nur über die Variation der Randbedingungen steuern. Konsequenterweise hat Frau Merkel, wie bereits erwähnt, in ihren beiden Davos-Reden 2006 und 2007 gefordert [41], dass der Gedanke der **sozialen Marktwirtschaft auf den Globus ausgedehnt werden muss** und dass die WTO-Regelungen und die Regelungen der Finanzmärkte mit Sozial- und Ökostandards gekoppelt werden müssen. Diese ist die Kernforderung an ein zukunftsfähiges, globales ökosoziales Design [57].

Es ist lobenswert und ermutigend, dass es Aktivitäten wie die **Initiative für Nachhaltigkeit der Universität Duisburg-Essen** gibt, weil eine solche Aktivität an einer Universität kluge Köpfe bewegt. Letztlich wird der Kampf um die Gestaltung der Zukunft durch kluge Köpfe entschieden. Es geht darum, was diese Köpfe denken, wie sie kommunizieren und wovon sie träumen. Es geht um die Bilder, mit denen wir die Welt deuten [18, 35, 66]. Indem wir uns genügend austauschen können wir hoffentlich unseren Beitrag dazu leisten, eine bessere Welt zu schaffen: Nicht Kollaps, nicht Brasilianisierung sondern **Balance**, eine Welt für alle in Frieden mit der Umwelt, mit Frieden zwischen den Menschen, weniger hektisch, mit mehr Stabilität und guter Perspektive für alle.

V. Macht der Versuch zu helfen überhaupt Sinn?

V.1 Einstieg in die Debatte

Die Diskussion über die Überwindung der Armut, insbesondere in Afrika, ist in den letzten Jahren immer widersprüchlicher geworden. Im Besonderen erzeugt die Forderung vieler Akteure, die Millenniumsentwicklungsziele gerade auch in Afrika umzusetzen und weitere Fortschritte auch in Afrika – und nicht nur in China – zu erzielen, **Handlungsdruck**. Dies gilt dann auch für den Mehreinsatz von Geld für Entwicklung, was sofort **Gegendruck erzeugt**. Dies geschieht auf zwei Ebenen: Einerseits agieren in diesem Umfeld diejenigen, die wirklich helfen wollen, aber befürchten, dass das Geld an falschen Stellen ankommt, dass Hilfe also keine Hilfe ist. Andererseits agieren die, die nicht helfen wollen, die den Status quo erhalten wollen und deshalb verhindern wollen, dass überhaupt etwas erreicht wird. Aus der Perspektive der zweiten Gruppe erscheint es sehr hilfreich, die Sorgen der ersten Gruppe zu verstärken.

Ein weiteres Phänomen kommt hinzu: Aufgrund der sich weltweit **verschärfenden Ressourcenengpässe** werden Afrika und andere zurückliegende Teile der Welt zunehmend als **Rohstofflieferanten** interessant. Mittlerweile steigen auch Länder wie China massiv in den Rohstoffhandel ein und verändern damit auch die Wettbewerbsposition zu Gunsten eben z. B. der afrikanischen Lieferanten. In dieser Konstellation stellt sich die Frage, wie vorzugehen ist, wenn man eine Stärkung der ärmeren Welt **verhindern will**, um den Status quo der reichen Welt möglichst zu erhalten. Eines der raffiniertesten Argumente zielt darauf hin, zusätzliche Geldflüsse durch die gebetsmühlenartig vorgetragene Behauptung zu verhindern, dass genug Geld da sei. Das Problem sei nicht das Geld, das Problem sei, was mit dem Geld geschieht. Entwicklungshilfe bringe nur korrupte Eliten hervor, die sich im Wesentlichen damit beschäftigten, den Geldfluss zu kanalisieren und in ihre Taschen zu leiten. Was immer die „Herz-Jesu“-Helfer auch versuchen, das Geld

lande doch bei „üblen“ Potentaten. Auch habe man es in den Ländern des Südens, in Afrika, Asien und den arabischen Ländern, ohnehin häufig mit „Failing States“ und „Brutstätten des Terrorismus“ zu tun, Hilfe könne umgelenkt werden, um den Terror zu fördern.

Es sind also verschiedene Argumentationsstränge, die hier verknüpft werden:

- (1) Es ist genug Geld da.
- (2) Es bestehen die falschen Incentives.
- (3) Die Regierungen im Süden macht ohnehin nicht das Richtige.
- (4) Das Geld erreicht nicht die richtige Stelle. Eines der Hauptprobleme ist die Korruption.

Die verschiedenen Argumente werden nachfolgend behandelt.

V.2 Ohne Geldeinsatz keine Lösung der weltweiten Entwicklungsprobleme

Es ist eine Grundsaterfahrung, dass Entwicklungsprogramme Geld kosten. Sie kosten übrigens auch im Norden Geld, sogar viel Geld. Nicht ohne Grund war nach dem Zweiten Weltkrieg ein **Marshallplan** zum Wiederaufbau von Teilen Europas notwendig und hilfreich. Nicht ohne Grund werden **in der EU im Rahmen der Strukturfonds** erhebliche Mittel für zurückliegende Regionen bereitgestellt. Es wird bereits eingegriffen, wenn das Durchschnitts-BIP einer Region unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts sinkt. Nicht ohne Grund gibt es in Deutschland den **Länderfinanzausgleich** und etablierte sich nach der Wiedervereinigung den **Aufbau Ost**.

Überlegt man, wie viel weiter die damalige DDR als besonders leistungsstarkes Mitglied des früheren Ostblocks im Verhältnis zu den ärmsten Ländern der Welt war, dann ist es interessant festzustellen, dass wir in Deutschland nach der Wiedervereinigung mittlerweile fast 20 Jahren lang pro Jahr jeweils fast **100 Mal** so viele Mittel pro Kopf der Bevölkerung in den neuen Bundesländer in den dortigen Aufbau investiert haben wie die reichen Länder insgesamt weltweit, bezogen auf die Menschen mit weniger als 2 USD pro Tag Einkommen, pro Kopf und Jahr an Entwicklungshilfe investieren.

Im Übrigen ist auch in den neuen Bundesländern vieles noch immer nicht gelungen, auch bzgl. des **Aufbau Ost** gibt es noch Unzufriedenheit – obwohl auch unglaublich viel erreicht wurde. Aber wenn selbst bei einer exorbitant besseren Ausgangssituation und unter deutschen Governancebedingungen nicht einmal ein Faktor von fast 100 voll zufriedenstellende Lösungen hervorbringt, wie **absurd** ist dann eine Argumentation, die so tut, als sei im Süden zuviel Geld da? Eine Argumentation, die die in den letzten zehn Jahren dort investierten Mittel als so gigantisch darstellt, als müssten jetzt aber endlich alle Probleme erledigt sein und die Menschen dort auf eigenen Füßen stehen. Die Formulierung des „Fass ohne Boden“ ist eine Zumutung für jeden wachen Verstand. Was für Fässer gibt es denn hier? Wenn Entwicklung also tatsächlich gewollt ist, wenn Infrastrukturen errichtet werden sollen, Straßen und Brücken, Zugstrecken und Flughäfen, Universitäten und Talsperrren, Wasser- und Telefonleitungen, wenn Eliten im Süden motiviert werden sollen, sich für ihr Land und Ausbildungsfragen vor Ort massiv zu engagieren, dann kostet das alles sehr viel Geld. Geld allein ist nicht die Lösung, Geld ist nicht alles, aber **ohne erhebliche Geldmittel für Entwicklung wird es keinen Erfolg geben.**

V.3 Korruption anderswo und bei uns

Wenn über die Fehlleitung von Mitteln, etwa in Afrika, gesprochen wird, ist **Korruption** immer ein zentrales Thema. Ein Großteil des Wissens zu diesem wichtigen Thema ist

Transparency International zu verdanken [90], dem NGO, mit dem auch die Global Marshall Plan Initiative zusammenarbeitet. Mittel landen häufig an der falschen Stelle, und es scheint eine Folge der Korruption zu sein, dass die Mittel an der falschen Stelle landen. **Muhammad Yunus**, der Friedensnobelpreisträger des Jahres 2006, hat oft gesagt, er wundere sich, dass von der Entwicklungshilfe 90 Prozent auf dem Weg verloren gingen und nur 10 Prozent bei den Menschen ankommen - es müsse genau umgekehrt sein. Und er hat Recht. Allerdings sollte man mit in Betracht ziehen, dass die reiche Welt mit ihrer Entwicklungshilfe sehr oft eigene Interessen verfolgt, etwa die Förderung der eigenen Wirtschaft oder eigener Beratungsunternehmen oder aber auch die Durchsetzung spezieller Umsetzungsvorstellungen der eigenen Groß-NGOs, die mittlerweile an diesem Prozess ebenfalls gut partizipieren [49]. Es gibt auch Vorschriften, etwa in den USA, dass die Hälfte der eingesetzten Mittel für Entwicklung in den USA selber ausgegeben werden müssen. Meistens sind die Geldzuwendungen **konditioniert**, teils auch mit dem vernünftigen Ziel der Bekämpfung von Korruption. Dann müssen teure Experten eingesetzt werden, um die Vorgänge kontinuierlich zu prüfen. Verständlicherweise sind diese Experten gut honoriert und ihre Einsätze vor Ort sehr kostenintensiv. All dies muss mit den zur Verfügung stehenden Mitteln bezahlt werden. Desweiteren gelangt – fast naturgesetzlich – viel Geld zu Partnern auf beiden Seiten und zu den Eliten und zur Administration vor Ort.

Das ist bei uns allerdings nicht anders. Wann immer große Infrastrukturprojekte anstehen, gibt es z. B. Bauträger, die wesentlich involviert sind und die natürlich einen substantiellen Teil der Mittel erhalten. Ein großer Teil dieser Mittel geht in Planungsprozesse, Koordination, Übernahme von Bauträgerfunktionen, also in organisatorisch-intellektuelle Tätigkeiten, die Produktion von Plänen und Blaupausen bzw. das Aushandeln von Verträgen und die Durchführung juristischer Auseinandersetzungen. Hierbei handelt es sich um Aktivitäten mit geringem materiellen Input und großem intellektuellem Input, also im Allgemeinen um **interessante, gut bezahlte Aufgaben**.

Die Frage ist, wer derartige Positionen inne hat und wer nicht. Wer ist **Generalunternehmer**, wer nur Zuarbeiter, Unterauftragnehmer oder gar nur Dienstleister eines Unterauftragnehmers. Die Extremvarianten dieser Art von Zugriff, vor allem auch auf öffentliche Mittel, beschreibt Naomi Klein [31] in der Darstellung legaler internationaler „Plünderungsprozesse“ großer US-amerikanischer Beratungsunternehmen mit enger persönlicher Verbindung zur US-Exekution, z. B. im Kontext des Irak-Kriegs und des dortigen Wiederaufbaus.

Gelangen die Gelder zu den genannten Eliten, wird gerne – oft auch vorschnell – von Korruption gesprochen. An dieser Stelle ist jedoch Vorsicht geboten. Vieles, was hier passiert, wird in der reichen Welt selbst ganz anders interpretiert und bewertet: Hier spricht man von „**Relationship Management**“ es geht um Beziehungspflege und -nutzung. Man muss die richtigen Menschen kennen und die richtigen Menschen zusammenbringen. Derartige Vorgänge werden in der westlichen Welt als Teil der Wertschöpfung betrachtet. Wenn unsere **leistungsstärksten Investmentbanken** dafür sorgen, dass attraktive Firmenzusammenschlüsse erfolgen oder alternativ Firmen in Teile zerlegt und diese dann einzeln verkauft werden, dann wird mit einem solchen Vorgang viel Geld verdient. Oft beteiligen sich die Investmentbanken sogar selber als Investoren an derartigen Umstrukturierungen. In jedem Fall verbleiben bei ihnen enorme Summen. Gängig ist z. B., dass geschätzte Einsparungen nach Firmenzusammenschlüssen zu beispielsweise 20 Prozent über mehrere Jahre für die Organisation des Zusammenschlusses als Erfolgshonorar bei der entsprechenden Investmentbank, und teils bei den zuständigen Topmanagern der Bank, verbleiben (als **Erfolgsprämie**). Dies geschieht unabhängig von der tatsächlich eingebrachten Arbeitszeit.

Ausgefeilte Ideen, interessante Steuervermeidungskonstruktionen und die Verknüpfung der richtigen Personen sind der Input. Nicht ohne Grund beschäftigen die Banken gerne

ehemalige führende Politiker, deren Hauptfunktion es ist, Kontakte herzustellen, eben **Relationship Management zu betreiben**. Noch einmal: Die Gesamtleistung dieser Investmentbanken, die im Wesentlichen aus intellektueller Arbeit einiger weniger Personen über mehrere Monate besteht, wird in so exorbitanter Weise entlohnt, dass hier die **höchsten Gehälter** gezahlt werden, die überhaupt auf diesem Globus gezahlt werden, und zwar als **Erfolgsprämien**. Ex-Bundeskanzler und Weltökonom **Helmut Schmidt** hat vor kurzem in einem bedenkenswerten Artikel in „Die Zeit“ dazu bemerkt [75], dass es eigentlich ökonomisch absurd ist, dass eine Handvoll Investmentbanker auf diesem Wege in einem Jahr über 40 Milliarden Einkommen generiert.

Derartige Vorgehensweisen sind bei uns gängige Praxis und es spricht kein Mensch von Korruption, weil es de facto keine ist. Beziehungen werden ausgenutzt, weil es ökonomisch interessant ist. Hier geht es um die Ebene der Top-Verdiener. Sie ist Normalsterblichen verschlossen, hier gibt es keine Chancengleichheit. Es sind **Closed Shops von Insidern**. Der eine hat die Beziehung – oft in der Folge früherer herausragender Funktionen –, der andere hat sie nicht. Über eine derartige Beziehung zu verfügen, bedeutet, damit viel Geld verdienen zu können.

Wenn nun ökonomisch betrachtet vergleichbare Konstellationen im Süden des Globus in armen Ländern auftreten, dann wird schnell über Korruption und die „bösen Potentaten“ gesprochen und diese Situation als Argument herangezogen, warum man nicht helfen soll, statt sie als Argument dafür zu nutzen, Hilfe intelligenter zu organisieren, auch was die Rolle des Relationship Management anbelangt.

Dabei soll nicht geleugnet werden, dass es oft auch **Korruption gibt**. Diese ist begrifflich aber viel enger zu fassen, als es meist geschieht. Es ginge um die Situation, dass jemand in einem solchen Prozess Geld dafür erhält, dass er Dinge tut, die er nach gesetzlicher

Lage so nicht tun dürfte, oder auch, dass er das Geld im Rahmen eines Relationship Managements erhält, dieses aber nicht explizit als solches ausweist.

In dieser Situation ist die Frage zu stellen, wer profitiert: Nur jemand im Süden oder auch jemand im Norden? Betrachtet man die großen Entwicklungsprojekte, die auf Basis von Entwicklungshilfe getätigt wurden [39, 50], dann ist es häufig so, dass es Potentaten im Süden gibt, die profitieren, aber auch mächtige Akteure im Norden (nicht überraschend oft auch aus dem Umfeld der US Administration [18, 39, 50]), die dasselbe tun. Es überrascht nicht, dass auf beiden Seiten die Ebene der persönlichen Beziehungen zur Generierung von Einkommen genutzt werden, wobei oft erhebliche Geldsummen auf Schweizer Konten transportiert werden.

Es spricht sogar vieles dafür, dass diejenigen im Norden, die von diesen Geschäften profitieren, froh sind, dass es die verbündeten Eliten im Süden mit ihren vielfältigen Möglichkeiten vor Ort gibt. Viele Machtpromotoren im Norden sind auch froh, dass über diesen Mechanismus in Wechselwirkung mit lokalen Potentaten und **zu Lasten der dortigen Bevölkerung** knappe Ressourcen vergleichsweise preiswert zu ihnen gelangen können. Deshalb gibt es in Entwicklungs- und Korruptionsfragen, nicht überraschend, die größten Probleme in denjenigen armen Ländern, im Besonderen auch in Afrika, die über die **interessantesten Ressourcen** verfügen. Dort gibt es immer Kriege, interne Kriege, Bürgerkriege, die aus offiziell nicht genannten Quellen finanziert werden und von irgendwoher die Waffen beziehen. Ein solcher Krieg wird für manche ein lukratives Geschäft darstellen, bei dem die Ressourcen Afrikas in den Norden gelangen und die (auszumusternden) Waffen des Nordens als Gegenleistung nach Afrika. Diesen Zustand wollen manche nicht ändern. Die Argumentation, nicht helfen zu können, weil das Geld nur „böse Potentaten“ erreicht, ist in diesem Kontext eine besonders hilfreiche Strategie, um unter dem Vorwand, nichts Falsches tun zu wollen, **letztlich den Zustand so zu erhalten, wie er ist.**

V.4 Wie „Failing States“ und „böse Potentaten“ erzeugt werden

Man kann die in V.3 bisher beschriebene Situation noch viel grundsätzlicher betrachten. Ausgangspunkt dieser Betrachtungsweise sind die Eliten vergleichsweise armer Länder, die häufig als „böse Potentaten“, die „gierige“ Administration oder auch als die Warlords in „Failing States“ gesehen werden. In manchen schwachen Ländern sind Sie Zeuge signifikanter „legaler“ Ausplünderungsprozesse durch die reiche Welt, wie sie Naomi Klein in [31] beschreibt. Wenn man sich gegen „Ausplünderung“ nicht wehren kann, versucht man, zumindest zu profitieren.

Da, wo die Entwicklungen nicht so offensichtlich sind, wirken andere Mechanismen. Die betrachteten Gruppen sehen sich aus ihrem eigenen Blickwinkel heraus als die **Elite** und als solche wollen sie **wie die Führungskräfte der reichen Ländern leben**. Sie verfügen über Kontakte und Ressourcen und können sich oft aussuchen, wo auf dem Globus sie leben möchten. Wenn sie in ihrem Land bleiben, dann wollen sie – völlig nachvollziehbar – für sich angemessene Lebensumstände, gute Hospitäler für die Familien, zukunftssträchtige Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder, weltweite hochwertige Urlaube, Teilnahmemöglichkeiten an internationalen Ereignissen etc. Im Unterschied zur Situation der Eliten vor 200 Jahren, als sich der Westen im Zuge der Industrialisierung auf den Weg machte, sich eine Zukunft zu erobern, haben die Eliten von heute Wahlmöglichkeiten. Damals konnten die Leistungsstärksten, die für sich die Zukunft erobern wollten, dies nur bei sich zu Hause tun. Die unmittelbare Umgebung war die Stelle des Globus mit den besten Aussichten. Es gab für die damalige Elite also keine Möglichkeit, sich mit ihren Ressourcen dorthin „abzusetzen“, wo die Lebensbedingungen schon viel besser waren. Den Eliten der armen Welt steht heute die Möglichkeit offen, sich den Problemen ihrer eigenen Länder zu entziehen. Dies geschieht natürlich unter Mitnahme von erhebli-

chen Geldmitteln, in jedem Fall unter Mitnahme intellektueller Potenziale. Der Norden wiederum fördert diese Art der Migration zum eigenen Vorteil.

Hier liegt auch der tiefere Grund dafür, warum **Brain Drain** ein für den Norden so interessantes Geschäft ist und warum es sich, richtig betrachtet, um eine Art „**Diebstahl**“ handelt. Man lockt die aktivsten, die in wirtschaftlicher, intellektueller, künstlerischer und sportlicher Hinsicht besten Köpfe eines armen Landes in die reichen Länder, nachdem die Ausbildung zuvor vom armen Land selbst bezahlt wurde. Ähnliches gilt für die Auswahlprozesse wissenschaftlicher Exzellenz. Man holt sich die Besten bzw. lässt diese, und nur diese, kommen. Diese Menschen **stärken zukünftig das Potenzial der reichen Welt**, während das eigene Herkunftsland entsprechend geschwächt wird. Die Berechnung der Alfred Herrhausen Gesellschaft über den mittleren Wert des deutschen Gehirns [1] machen in Extrapolation deutlich, dass der Wechsel eines „Premium-Gehirns“ vom Süden in den Norden aus der Sicht der reichen Staaten leicht einen Wert in der Größenordnung von einer halben Million Dollar darstellt. Selbst wenn später Rücküberweisungen durch den Auswanderer in die Heimat stattfinden, ist dies nie ein voller Ausgleich für das, was die reiche Welt gewinnt und die arme Welt verliert.

Akzeptiert man, dass entsprechende Vertreter einer Elitestructur ärmerer Länder in ihren Ländern alles tun werden, um für sich einen hohen Lebensstandard zu sichern, der sich an den Lebensstandards des Nordens orientiert, dann ist bei der Armut des betreffenden Landes klar, dass sie aus rein mathematischen Gründen nur über die Durchsetzung bzw. Perpetuierung einer **extremen Ungleichheit** im Land realisierbar ist, wie es beispielsweise auch in Brasilien der Fall ist. Eben diese hohe Ungleichheit erzeugt dann Bedingungen in dem jeweiligen Staat, die tendenziell nicht den Verhältnissen in sozialen Demokratien entsprechen. Insbesondere handelt es sich um Bedingungen, unter denen es keine angemessene Ausbildung für die ganze Bevölkerung gibt, es sind auch keine Bedingun-

gen, unter denen Infrastruktur für alle entsteht. Es sind vielmehr Bedingungen, die irgendwann in Richtung „Failing State“ kippen können.

Die **hohen Renditeerwartungen** an alle ausländischen Investitionen in diesen Ländern, die heute üblich sind, machen es dort unmöglich von dem erzeugten Mehrwert soviel querzuveteilten, dass ein sozialer Ausgleich gelingen kann.

Ganz im Gegensatz zu der Situation der großen, heute reichen Nationen während ihres Konkurrenz- und Aufholwettbewerbs über die letzten Jahrhunderte, bedeutet die oben beschriebene Situation, dass **heute in den armen Ländern systematisch Bedingungen erzeugt werden**, unter denen die Eliten, indem sie sich bedienen, ihr eigenes Land in einen Zustand extremer sozialer Ungleichheit halten, der unter ungünstigen Umständen in einen Zustand führt, der unter die Kategorie „böser Potentaten“ oder „Failing States“ fällt.

Die Frage, wie das Geld zu dieser Elite gelangt, welcher Anteil offen ausgewiesen wird als Gehalt, welcher Anteil offen ausgewiesen wird als Relationship Management und welcher Anteil im engeren Sinne Korruption ist, ist eine Frage der spezifischen Verhältnisse. Was jedoch geschieht, geschieht mit fast naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit aus den gegebenen Verhältnissen heraus und könnte nur durch sehr viel Hilfe von außen verändert werden. Zu den Maßnahmen könnte auch die **Finanzierung der Eliten** zählen, jedoch nicht dadurch, dass man etwa deren Unterstützung verweigert, z. B. mit Hinweisen auf „böse Potentaten“ und „Failing States“, oder weil „Geld zuviel da sei“. Einzig verbleibende Alternative bleibt sonst nur, was man in einigen aufholenden Ländern mit **kommunistischer Vergangenheit** beobachten kann: Eine eher „spartanische Elite“, die von nationalen Motiven und Ideologien getrieben ist. Mit diesem Ansatz sind aber andere Probleme verbunden. Diese Art Struktur stirbt aus.

Co-Finanzierung ist deshalb ein zentrales Thema, wenn man eine bessere Welt schaffen will. Natürlich muss die Hilfe dann richtig eingesetzt werden. Diese Frage wird im nächsten Kapitel thematisiert. In jedem Fall muss die Hilfe insbesondere eine **deutliche Co-Finanzierung der dortigen Eliten** durch die reiche Welt beinhalten, um die motivationalen Voraussetzungen auf der wirtschaftlichen Seite zu schaffen, unter denen die Eliten ernsthaft daran arbeiten werden, ihr Land auf einen besseren Kurs zu bringen.

Noch einmal: Es geht um kein anderes Prinzip, als wenn in Deutschland über den Länderfinanzausgleich oder über gleiche Honorierung im öffentlichen Dienst in Stadt und Land Querfinanzierung in die Region geleistet wird, damit die Eliten in der Region verbleiben. Ein weiteres Beispiel ist der **Ausgleich über Strukturfonds in der EU**, der letzten Endes bewirkt, dass in den zurückliegenden Ländern Eliten am Fortschritt dieser Länder arbeiten und nicht ihre Länder verlassen, um in den Metropolen der reichen Welt für sich und ihre Familien eine aus persönlicher Sicht attraktivere Zukunft aufzubauen.

V.5 Hilfe, die ankommt

Fasst man das Gesagte zusammen, gelangt man zu einer Position bzgl. des Umgangs mit Entwicklungshilfe, wie sie charakteristisch ist für die **Global Marshall Plan Initiative**, aber darüber hinaus auch für alle, die im weitesten Sinne **ökosozial denken** (ausgeweitet auf die Weltökonomie).

Zunächst einmal muss es ein entscheidendes Ziel sein, **unmittelbar vor Ort zu helfen**. Es geht um Hilfe für die Menschen [82, 83, 100, 101]. Hier könnte es unmittelbar auch um Konzepte wie eine **Weltsozialhilfe** oder auch ein **weltweites bedingungsloses Grundeinkommen** [98] gehen. In diesem Text wurde beschrieben, wie gering die Summen prozentual sind, mit denen man alle Menschen von der Finanzausstattung her über die Grenze von 2 Dollar pro Tag würde bringen können. Es wurde auch folgendes verdeutlicht: Wäre die Welt demokratisch organisiert, wäre ein entsprechendes Aus-

gleichsprogramm innerhalb von kürzester Zeit geregelt. Die Verhältnisse sind jedoch derzeit anders. Es kommt deshalb darauf an, den Umfang an Hilfe soweit wie politisch möglich zu vermehren und gleichzeitig mit dieser Hilfe einen **großen ökonomischen Hebel** zu erzeugen. Man muss an der richtigen Stelle ansetzen, z. B. so wie **Mohammad Yunus** es mit seinen Kleinkrediten praktiziert. Bei Kleinkrediten zeigt sich die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen schon darin, dass es immer wieder gelingt, dass Kredite zurückgezahlt werden. Der Kredit ist eine unmittelbare Hilfe zur Selbsthilfe, er wird zurückbezahlt und kommt immer wieder neu zum Einsatz. Ähnlich würde man - mit de Soto [6] argumentierend - in jedem Fall versuchen, die **institutionellen Bedingungen** in sich entwickelnden Ländern so zu verändern, dass die Registrierung und Nutzung von Eigentum für ökonomische Zwecke erleichtert wird. Es ist eine Katastrophe, wie „ermüdend“ die bürokratischen Bedingungen in vielen zurückliegenden Ländern sind. Es ist dort fast unmöglich, auch nur die bürokratischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, als Individuum eine geregelte ökonomische Tätigkeit verfolgen zu können.

Orientierungshilfe werden immer die Erfahrungen mit der **regional orientierten Strukturhilfe** der EU sein. Mittel fließen auf regionaler Ebene, sie fließen nur bei geregelter Co-Finanzierung und der Fortschritt in den Projekten wird genauestens überprüft. Nur wenn Fortschritt nachgewiesen werden kann, fließt Geld. Die **Millenniumsentwicklungsziele** der Vereinten Nationen bieten sich zu großen Teilen geradezu dafür an, in dieser Weise umgesetzt zu werden, etwa wenn es um den **Bau von Schulen** oder **Straßen** geht. Das vielleicht wichtigste Ziel aber ist, dass **alle Kinder eine Schulbildung bekommen**, dass alle Menschen eine Ausbildung bekommen, denn gut ausgebildete Menschen können sich am ehesten gegen ihre Eliten wehren und können über lange Zeiträume bewirken, dass sich in ihren Ländern etwas zum Besseren verändert.

Es scheint klar zu sein, dass dieser Prozess **nur in Wechselwirkung mit den betreffenden Eliten gelingen kann**. Es muss also für diese attraktiv sein, sich auf diesen Prozess einzulassen. Es muss deshalb auch ein erheblicher Finanzierungsanteil für eben die-

se Eliten vorgesehen sein - und zwar völlig legal. Das mögen 20 oder 30 Prozent der Gesamtsumme sein, die in die entsprechenden administrativen Prozesse fließen, nicht anders als bei uns. Die Mittel sollten dafür fließen, dass der größte Teil des Geldes letztlich dorthin gelangt, wo er hin soll, z. B. in die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele oder unmittelbar in Hilfe vor Ort, die ankommt, etwa in Form von Kleinkrediten.

Eine solche Perspektive muss auch beinhalten, dass den Eliten im Sinne eines **Capacity Building** die Möglichkeit geboten wird, sich auf die zukünftige Situation einzustellen. Die Eliten umfassen meist den am besten ausgebildeten Teil und oft auch den unternehmerischsten Teil der jeweiligen Gesellschaft. Deshalb spricht vieles dafür, dass entsprechende Transformationen möglich sind. Auch dies muss motiviert und mit den genannten Mitteln finanziert werden, so wie auch die EU bei ihren Erweiterungsprozessen in frühen Phasen in **Capacity Building** investiert.

Darüber hinaus ist vieles auf der Ebene des unmittelbaren Handelns möglich. Die Global Marshall Plan Initiative hat gerade in diesem Bereich einen Schwerpunkt ihrer Überlegungen angestellt. Sie argumentiert dabei nicht frontal gegen die Entwicklungshilfe in ihrer heutigen Form, alleine schon aufgrund der dort bestehenden längerfristigen Perspektiven und persönlichen Vorinvestitionen, die bedacht werden müssen. Auch sind Strukturtransformationen langwierig. Das Hauptanliegen ist es, **zusätzliches Geld nach einer neuer Logik einzusetzen**. Mögliche Herangehensweisen wurden in drei größeren Publikationen dargestellt, die eine Reihe von Ansätzen aufzeigen, wie Hilfe so organisiert werden kann, dass sie bei den Menschen ankommt. Eine Publikation wurde herausgegeben von **Peter Hesse** [23], der seit 30 Jahren mit einer eigenen Stiftung im Entwicklungsbereich aktiv ist, eine zweite durch das Gespann **Rupert Neudeck** und **Winfried Pinger** [49], die große Erfahrungen im Bereich der NGO-Arbeit vor Ort und in der Entwicklungspolitik kombinieren. Wichtig ist auch die dritte Publikation von **Peter Spiegel** [82], der „Best Practice“-Anwendungen weltweit studiert hat und insbesondere die Idee des Lebensun-

ternehmers und des sozialen Unternehmers (wie übrigens auch **Muhammad Yunus**) propagiert. Die entsprechenden Bände sind allen, die sich für das Thema interessieren, zur Lektüre empfohlen.

Danksagung

Die Autoren danken den Mitgliedern der Initiative für Nachhaltigkeit der Universität Duisburg-Essen, insbesondere Jörn Wirtz für die Wechselwirkung in der Thematik wie auch in der Erstellung dieses Textes. Im FAW/n gilt Sabine Grau, Regina Simon und Carmen Weizinger Dank für die Geduld mit den vielen Überarbeitungszyklen des Textes, Dirk Solte, Thomas Kämpke, Michael Gerth und Tobias Rehfeld für inhaltliche Beiträge und Recherarbeiten. Viele Hinweise haben wir von Kooperationspartnern erhalten. Unser Dank gilt: Bert Beyers, Frithjof Finkbeiner, Frank Freimuth, Armin Frey, Michael Fromm, Klaudius Gansczyk, Dieter Härthe, Gerhard Heise, Ulrich Höpfner, Peter Hesse, Uwe Möller, Rupert Neudeck, Winfried Pinger, Josef Riegler, Ernst Scheiber, Knut Schwedler, Klemens Riegler, Surjo Soekadar, Peter Spiegel und Ernst Ulrich von Weizsäcker.

Literaturverzeichnis

1. Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog (ed.): Wieviel Bildung brauchen wir? Humankapital in Deutschland und seine Erträge. Frankfurt am Main, 2002
2. Bartosch, U., Gansczyk, K. (Hrsg.): Weltinnenpolitik 2007, LIT-Verlag, Münster, September 2007
3. Brüstle, Matthias A., Wolfgang G. Weber (Hrsg.), Die Wiederentdeckung der Langsamkeit, Verlag: Innsbruck University Press, 2006;
4. Bummel, A.: Internationale Demokratie entwickeln – Für eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen – Ein Strategiepapier des Komitees für eine demokratische UNO, Horizonte Verlag Stuttgart, Mai 2005
5. Davis, M.: Planet of Slums, Verso Verlag, London, 2006
6. de Soto, H.: Freiheit für das Kapital! Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert. Rowohlt, 2002
7. Deutsche Bank Research (Hrsg.), Bergheim, S.: Die glückliche Variante des Kapitalismus. Deutsche Bank Research, Aktuelle Themen 380, 2. April 2007
8. Diamond, J.: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2005
9. Ekardt, F.: Wird die Demokratie ungerecht – Politik in Zeiten der Globalisierung. C.H.Beck Verlag, 2007
10. Emmerich-Fritsche, A.: Vom Völkerrecht zum Weltrecht. Rechtsfragen der Globalisierung, Band 13. Duncker & Humblot, Berlin, 2007
11. Fischer, E. P., K. Wiegandt (Hrsg.): Die Zukunft der Erde – was verträgt unser Planet noch? Fischer Taschenbuch Verlag, 2006
12. Fischler, F., Ortner, Ch.: Europa – der Staat, den keiner will, Ecowin Verlag der Top Akademie GmbH Salzburg, 2006
13. Frey, A.: Das Konzept Weltvertrag: Evaluation internationaler Rahmenbedingungen. Dissertation, Universität Duisburg, 2007
14. Global Marshall Plan Initiative: Zitatesammlung – Die Welt braucht einen Global Marshall Plan, entstanden anlässlich des G8 Gipfels in Heiligendamm, Juni 2007, www.globalmarshallplan.org
15. Glotz, P.: Die beschleunigte Gesellschaft – Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus. Rowohlt Verlag, April 2001
16. Gore, A.: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Fischer, 1992
17. Gore, A.: Eine unbequeme Wahrheit. Film-DVD, 2007
18. Gore, A.: Angriff auf die Vernunft. Verlag Riemann, 2007
19. G8 Summit Declaration: Growth and Responsibility in the World Economy. Heiligendamm, 2007. www.g-8.de/Webs/G8/EN/G8Summit/SummitDocuments/summitdocuments.html
20. Held, D.: Soziale Demokratie im globalen Zeitalter. Suhrkamp Verlag, 2007

21. Hennicke, P., M. Müller: Weltmacht Energie – Herausforderung für Demokratie und Wohlstand. S. Hirzel Verlag, Stuttgart, 2005
22. Henry, T.: Bush: Kyoto treaty would have "wrecked" US economy.
<http://jurist.law.pitt.edu/paperchase/2005/07/bush-kyoto-treaty-would-have-wrecked.php>
23. Hesse, P.: Solidarität die ankommt! Ziel-effiziente Mittelverwendung in der Entwicklungszusammenarbeit, Global Marshall Plan Initiative, November 2006
24. Hoffmann, J.: Verfahren der Willensbildung und Selbstverwaltung im Internet. Schriftenreihe der Abteilung „Organisation und Technikgenese“ des Forschungsschwerpunkts Technik-Arbeit-Umwelt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 2002
25. Jarass, L. und G. M. Obermair: Wer soll das bezahlen? Metropolis Verlag, 2002
26. Jarass, L. und G. M. Obermair: Geheimnisse der Unternehmenssteuern, Metropolis Verlag, 2003
27. Jarass, L. und G. M. Obermair: Jeder sollte Steuern zahlen. Ein Beitrag zur Unternehmenssteuerreform 2008. Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2006
28. Kämpke, Th., Pestel, R., Radermacher, F.J.: A computational concept for normative equity. European J. of Law and Economics 15, 129-163, 2002
29. Kämpke, Th., M. Stark: The world income distribution and its equity. FAW Technical Report No. 022004, Ulm, 2003
30. Kapitza, S.: Population Blow-up and after. Report to the Club of Rome and the Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2005, ISBN 5-02-033528-2
31. Klein, Naomi: Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, S. Fischer Verlag, 2007
32. Küng, H.: Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft, (Hrsg.): Die Zukunft des wissens Wissen München, 1997
33. Küng, H. (ed.): Globale Unternehmen – globales Ethos. Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt, 2001
34. Küng, H.: Global Ethic – A Foundation for a new World Order, In: Pestel, R., F.J. Radermacher (eds.): Information Society, Globalisation and Sustainable Development: The promise of a 'European Way'. EXPO 2000 Conference, Hanover, Convention Center. Universitäts-Verlag Ulm GmbH, 2004, ISBN 3-89559-005-X
35. Lakoff, G.: Don't Think of an Elephant! Know Your Values and Frame the Debate. The Essential Guide for Progressives. Chelsea Green Publishing, White River Junction, Vermont, USA, 2004
36. Latif, Mojib, Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Bringen wir das Klima aus dem Takt? Hintergründe und Prognosen. Fischer Taschenbuch Verlag, 2007
37. Layard, R.: Die Glückliche Gesellschaft – Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005, ISBN 3-593-37663-6
38. Liedtke, P. M., Giarini, Orio: The Employment Dilemma and the Future of Work, Wie wir arbeiten werden. Bericht an den Club of Rome, Hoffmann und Campe, 1998
39. Loewe, J.: Das Wasser-Syndikat, Pforte Verlag, Februar 2007
40. Meadows, D., Meadows, D., Randers J.: Grenzen des Wachstums – Das 30-Jahre Update – Signal zum Kurswechsel, Hirzel Verlag, Stuttgart, Juni 2006

41. Merkel, A.: Rede anlässlich des Weltwirtschaftsforums am 25.01.2006 in Davos: www.bundesregierung.de/nn_23272/Content/DE/Rede/2006/01/2006-01-25-rede-von-bundeschkanzlerin-angela-merkel-auf-dem-weltwirtschaftsforum-am-25-januar-2006-in-davos.html
42. Mesarovic, M., R. Pestel, F. J. Radermacher: Which Future? Manuscript to the EU Project Terra 2000, FAW, 2003
43. Möller, U., F. J. Radermacher, J. Riegler, S. R. Soekadar und P. Spiegel.: Global Marshall Plan. Mit einem Planetary Contract für eine Ökosoziale Marktwirtschaft weltweit Frieden, Freiheit und nachhaltigen Wohlstand ermöglichen. Horizonte Verlag, Stuttgart, 2005
44. Müller, A.: Die Reformlüge – 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. Knauer Taschenbuch Verlag, 2005
45. Müller, H. J., Müller, H.: Zukunftswerkstatt Mariposa – Ein Kulturprojekt, Lindinger + Schmid Kunstprojekte und Verlag, März 2001
46. Müller, M.: Die Effizienzrevolution als Grundlage der Weltinnenpolitik. In: Bartosch, U. und Gansczyk, K. (Hrsg.): Weltinnenpolitik 2007. Erscheint 2007
47. Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Baden-Württemberg (NBBW): Wege zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Baden-Württemberg, Stuttgart, April 2007, <http://www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de/mainDaten/dokumente/dokumente.htm>
48. Neiryneck, J.: Der göttliche Ingenieur. expert-Verlag, Renningen, 1994
49. Neudeck, R., Pinger, W.: Stärke der Armen, Kraft der Würde. Ein Bericht an die Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2007
50. Perkins, J.: Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienste der Wirtschaftsmafia. Riemann Verlag, München, 2005
51. Pestel, R., F. J. Radermacher: ICT and Sustainability: Is there a chance? Manuscript to the EU Project TERRA 2000, FAW, 2003
52. Pestel, R., F. J. Radermacher: Equity, Wealth and Growth: Why Market Fundamentalism Makes Countries Poor. Manuscript to the EU Project TERRA 2000, FAW, 2003
53. Pitzke, M.: Das Ende der Klima-Farce. Spiegel Online, 03. April 2007; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,475343,00.html>
54. Radermacher, F. J.: Die neue Zukunftsformel. bild der wissenschaft, Heft 4/2002, S. 78-86, April 2002
55. Radermacher, F.J.: New Economy. Börsenrausch und Greencard: Spielt die Welt verrückt oder hat alles seine Logik? Beitrag für die Herbstakademie 2000, Veranstaltungsreihe des Zentrums für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZA-WiW), Universität Ulm, 25.09.2000; in: Wohin geht die Wissensgesellschaft? (R. Rüdell, C. Stadelhofer, eds.), Beiträge zur allgemeinen wissenschaftlichen Weiterbildung, Band 9, S. 80-128, Kleine Verlag, Bielefeld, 2002
56. Radermacher, F. J.: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien, 2002, ISBN: 3-7040-1950-X
57. Radermacher, F. J.: Global Marshall Plan / Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien, September 2004, ISBN 3-9501869-2-1

58. Radermacher, F. J.: Ökosoziale Grundlagen für Nachhaltigkeitspfade – Warum der Marktfundamentalismus die Welt arm macht. GAIA 13, Nr. 3, 170-175, 2004
59. Radermacher, F.J.: Kyoto-Vertrag und WTO: Es ist Zeit für einen neuen Ansatz in der Klimapolitik, Bericht FAW/n 2005
60. Radermacher, F. J.: Globalisierung gestalten – Die neue zentrale Aufgabe der Politik. Ein BWA-Impulsbuch, S. 15-82, Terra Media Verlag, Berlin, 2006
61. Radermacher, F. J.: Un-Gerechte Demokratie, Beitrag für das Webmagazin Cultura21.info, Mai 2007
62. Radermacher, F. J.: Was macht Gesellschaften reich? Eine systemische Betrachtung. FAW/n Report, Ulm, 2007.
63. Radermacher, F. J.: Zukunft der Arbeit als Wissensarbeit. In: Kornwachs, K. (Hrsg.): Bedingungen und Triebkräfte technologischer Innovationen - Beiträge aus Wissenschaft und Wirtschaft, Reihe achtech diskutiert. achtech, München Berlin, S. 172-193, 2007
64. Radermacher, F. J.: Globalisierung, Weltmarktordnung, Terrorgefahr: Was bringt die Zukunft? FAW/n Report, 2007
65. Radermacher, F. J., Beyers, B.: Welt mit Zukunft – Überleben im 21. Jahrhundert, Murmann Verlag, Hamburg 2007
66. Radermacher, F. J., S. Wehsener: Musical „The Globalization Saga - Balance or Destruction – Balance oder Zerstörung“. Ulm, 2003. Storybook (ISBN 3-89559-260-9), Video / DVD und CD bestellbar über Fax 0731 50-39111 oder radermacher@faw-neu-ulm.de
67. Rawls, J.: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp Verlag, 2001
68. Riegler, J.: Antworten auf die Zukunft, Ökosoziale Marktwirtschaft 1990, Adolf Holzhausens Nfg., Wien, ISBN 3- 900-518-05-X
69. Riegler, J., Radermacher, F. J.: Global Marshall Plan: Balance the world with an Eco-Social Market Economy. Ökosoziales Forum Europa, Wien und Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2004
70. Riegler, J., E. Scheiber: Querdenker - Ökosozial statt marktradikal. Österreichischer Biomasse-Verband, Wien, 2007
71. Risen, J.: State of War – Die geheime Geschichte der CIA und der Bush-Administration. Hoffmann und Campe, Hamburg, 2006
72. Sabet, H.: Globale Maßlosigkeit – Der (un)aufhaltbare Zusammenbruch des weltweiten Mittelstands, Ein Report an die Global Marshall Plan Initiative, Patmos Verlag GmbH & Co. KG, Düsseldorf, 2005
73. Sachs, J.: Das Ende der Armut – Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt, Pantheon Verlag, September 2006
74. Samuelson, P. A.: „Where Ricardo and Mills rebut and confirm arguments of mainstream economists supporting globalization“, Journal of Economic Perspectives 18, 2004, S. 135 – 146
75. Schmidt, H.: Beaufsichtigt die neuen Großspekulanten, Artikel erschienen in DIE ZEIT Nr. 6, 1. Februar 2007
76. Schmidt-Bleek, F.: Das MIPS-Konzept, Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor 10, München 1998

77. Sen, A.: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. Carl Hanser Verlag München Wien, 1999
78. Sen, A.: Die Identitätsfalle / Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, Beck Verlag, Februar 2007
79. Solte, D.: Analysen zum Weltfinanzsystem - Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung. Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n), Ulm, 2007
80. Soros, G.: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr. Alexander Fest Verlag, Berlin, 1998
81. Soros, G.: Der Globalisierungs-Report. Weltwirtschaft auf dem Prüfstand. Alexander Fest Verlag, Berlin, 2001
82. Spiegel, P.: Faktor Mensch – Ein humanes Weltwirtschaftswunder ist möglich, Ein Report an die Global Marshall Plan Initiative, Horizonte Verlag GmbH, Stuttgart, 2005, ISBN 3-89483-103-0
83. Spiegel, P.: Muhammad Yunus – Banker der Armen, Sein Leben, Seine Vision, Seine Wirkung. Herder Verlag, 2006
84. Steingart, G.: Weltkrieg und Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. Piper, 2006
85. Stern, N.: Stern Review on the Economics of Climate Change. London, 2006. <http://www.hm-treasury.gov.uk>
86. Stiftung Weltvertrag (Hrsg.): Global Contract Report: Diskussionapapier. Hamburg, 2005. Verfügbar unter URL: http://www.global-contract.de/e39/e105/e1069/GCRSWV_Report_01_deutsch1_ger.pdf
87. Stiglitz, J. E.: Die Chancen der Globalisierung. Siedler Verlag, München, 2006
88. Stiglitz, J. E., Charlton A.: Fair Trade – Agenda für einen fairen Welthandel. Murmann Verlag, September 2006
89. Tellis, A. J.: Punching the U.S. Military´s “Soft Ribs”: China´s Antisatellite Weapon Text in Strategic Perspective. Carnegie Endowment for International Peace, Policy Brief 51, June 2007
90. Transparency International. Jahrbuch Korruption 2005. Parthas, 2006
91. Victor, B.: Beten im Oval Office. Christlicher Fundamentalismus in den USA und die internationale Politik. Pendo, München Zürich, 2005
92. Vontobel, W.: Wirtschaftswachstum macht die Armen noch ärmer. Blick online, 9.5.2006, www.blick.ch/news/wirtschaft/vontobel/artikel36252
93. von Weizsäcker, E. U., A. B. Lovins, L. H. Lovins: Faktor Vier: doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch. Droemer-Knauer, 1995
94. von Weizsäcker, C. F., Picht, G.: Bedingungen des Friedens. Göttingen, 1964
95. von Weizsäcker, E. U., Young, O.R., Finger, M.: Limits to Privatization – How to Avoid Too Much of a Good Thing. Earthscan Publications Ltd., 2005
96. von Weizsäcker, E. U.: Ein Dollar, eine Stimme. Financial Times Deutschland, September 2007.
97. Watson, R.T. and the Core Writing Team (Eds.): IPCC Third Assessment Report. IPCC, Geneva, Switzerland. pp 184, 2001
98. Werner, G. W.: Ein Grund für die Zukunft: Das Grundeinkommen, Interviews und Reaktionen, Stuttgart 2006

99. Wicke, L., Spiegel, P., Wicke-Thüs, I.: Kyoto Plus, Beck Verlag, August 2006
100. Wuppertal Institut für Umwelt, Klima, Energie (Hrsg.): Fair Future – Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. C. H. Beck, 2005, ISBN 3-406-52788-4
101. Yunus, M.: Grameen – eine Bank für die Armen der Welt. Lübbe, 2001
102. Ziegler, J.: Das Imperium der Schande – Der Kampf gegen die Armut und Unterdrückung, Pantheon Verlag, Januar 2007
103. Zinn, K. G.: Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel. Köln, 2006

Weitere Informationen unter: www.bwa-deutschland.de, www.faw-neu-ulm.de oder www.globalmarshallplan.org

Unter der letztgenannten Adresse kann kostenlos der wöchentliche Newsletter der Global Marshall Plan Initiative abonniert sowie Bücher bestellt werden.